



BRÜCKEN BAUEN

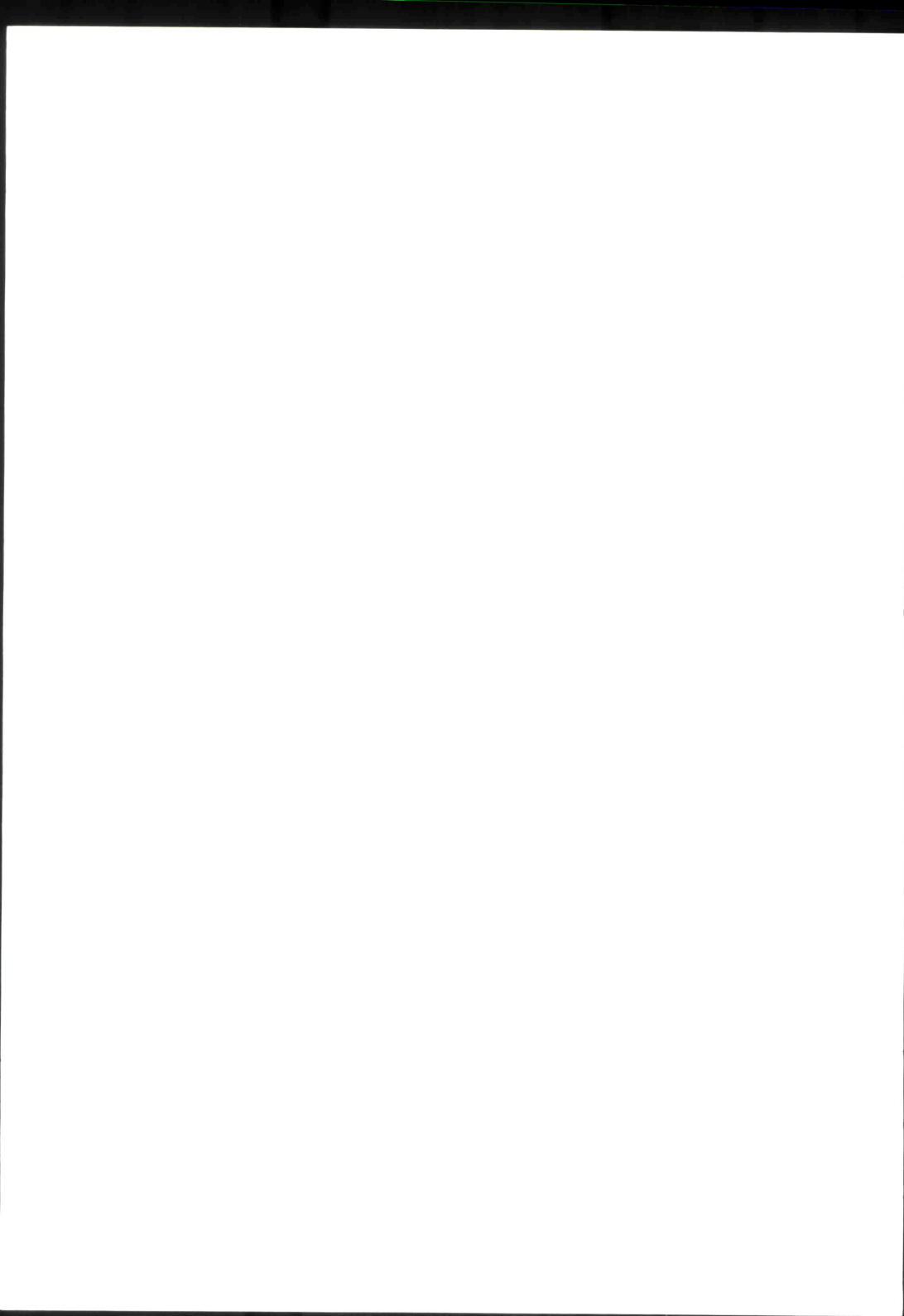
PROTOKOLL

**Kleiner Parteitag
der CDU Deutschlands
zur Familienpolitik
13. Dezember 1999
Berlin**



CDU

mitten im Leben.



**Kleiner Parteitag der
Christlich Demokratischen
Union Deutschlands**

13. Dezember 1999

Altes Stadthaus, Berlin

Niederschrift

Herausgeber:

**Christlich Demokratische Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle,
53113 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus**

Verlag und Gesamtherstellung:

**UBG-Medienzentrum, Egermannstraße 2,
53359 Rheinbach**

INHALT

Seite

Eröffnung und Begrüßung: Dr. Wolfgang Schäuble Vorsitzender der CDU Deutschlands	5
Wahl des Tagungspräsidiums	5
Beschlussfassung über die Tagesordnung	6
Bestätigung der Antragskommission	6
Wahl der Mandatsprüfungskommission	6
Wahl der Stimmzählkommission	6
Wahl einer Mandatsprüfungskommission für den 13. Parteitag der CDU Deutschlands	7
Grußwort des Landesvorsitzenden der CDU Berlin	7
Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands	12
Aussprache zum Bericht des Vorsitzenden	20
Bericht der Generalsekretärin der CDU Deutschlands; zugleich Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Lust auf Familie – Lust auf Verantwortung“	25
Aussprache zum Bericht der Generalsekretärin sowie Beratung und Beschlussfassung über den Antrag des Bundesvorstandes „Lust auf Familie – Lust auf Verantwortung“;	33
Bericht der Mandatsprüfungskommission	39
Schlusswort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands	66

ANHANG

Beschlussprotokoll	69
Beschluss „Lust auf Familie – Lust auf Verantwortung“	99
Namensverzeichnis	123

Eröffnung und Begrüßung

Dr. Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Delegierte! Liebe Freunde! Verehrte Gäste! Hiermit eröffne ich den Kleinen Parteitag der CDU Deutschlands und heiße Sie alle herzlich willkommen.

(Beifall)

Ich begrüße Sie an einem historischen Ort, dem Bärensaal im Alten Stadthaus Berlin. Vor etwas mehr als neun Jahren haben wir in diesem Saal – damals sah er allerdings ganz anders aus; die Decke war ziemlich nieder eingezogen – die Verhandlungen zum Vertrag über die deutsche Einheit aufgenommen. Sie werden verstehen, daß es in mir besondere Gefühle auslöst, daß wir heute unseren Kleinen Parteitag in diesem Raum, in dem wir den Weg zur deutschen Einheit geebnet haben, führen können.

(Beifall)

Ich begrüße herzlich den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, dem ich – wie allen Senatoren, die wiedergewählt worden sind – zu seiner Wiederwahl gratuliere.

(Beifall)

Ich heiße Christa Thoben herzlich willkommen, die von Nordrhein-Westfalen in das Amt der Senatorin für Wissenschaft und Kultur der deutschen Hauptstadt gewechselt ist. Besonders herzlich begrüße ich Eckart Werthebach, den Senator für Inneres der Stadt Berlin, der heute Hausherr ist. Lieber Herr Werthebach, herzlichen Dank, daß wir in diesem schönen Raum unseren Kleinen Parteitag durchführen können!

Ich begrüße besonders herzlich die zahlreichen Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen und freue mich, daß sie sich für das Thema unseres Parteitags, die Familienpolitik – wie wir – so sehr interessieren.

(Beifall)

Damit wir nicht viel Zeit verlieren – die Zeit ist knapp bemessen –, komme ich gleich zu TAGESORDNUNGSPUNKT 2:

WAHL DES TAGUNGSPRÄSIDIUMS

Sie finden in den Tagungsunterlagen den Vorschlag für das Tagungspräsidium, mit Eberhard Diepgen als Tagungspräsident. Wer dem Vorschlag des Bundesvorstands, Eberhard Diepgen an die Spitze des Tagungspräsidiums zu wählen, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen. Ich bitte Eberhard Diepgen, seines Amtes zu walten und übergebe die Leitung des Kleinen Parteitags an Eberhard Diepgen.

Eberhard Diepgen, Tagungspräsidium: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal bedanke ich mich vielmals für das Vertrauen dieses Kleinen Parteitages. Ich werde mich bemühen, gemeinsam mit den jetzt gleich noch zu wählenden weiteren

Mitgliedern des Parteitagepräsidiums, diesen Parteitag zügig zu leiten. Ich bitte Sie alle um Unterstützung dabei, dass wir in einer Atmosphäre der Sachlichkeit zügig zu einem Abschluss kommen und vor allen Dingen zu guten Ergebnissen gelangen.

Ihnen liegt die Liste derjenigen vor, die der Bundesvorstand zur weiteren Tagungsleitung vorschlägt. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir auch darüber abstimmen. Wer stimmt dieser Vorschlagsliste zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann gratuliere ich allen zur einstimmigen Wahl in das Tagungspräsidium.

Wir kommen damit zu TAGESORDNUNGSPUNKT 3:

BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DIE TAGESORDNUNG

Die vorgesehene Tagesordnung ist Ihnen mit der schriftlichen Einladung zugegangen und liegt in aktualisierter Form in den Tagungsunterlagen. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich fragen, wer dieser Tagesordnung zustimmen möchte. – Ich habe den Eindruck, einige sind bei der Abstimmung noch nicht richtig dabei. Das müssen wir zumindest für die noch kommenden Tagesordnungspunkte lernen. Ich gehe aber davon aus, dass das jetzt alles so akzeptiert worden ist.

Dann haben wir laut der Regularien die vom Bundesvorstand eingesetzte Antragskommission zu bestätigen; das ist TAGESORDNUNGSPUNKT 4:

BESTÄTIGUNG DER ANTRAGSKOMMISSION

Auch dazu finden Sie Vorschläge in den Tagungsunterlagen. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer dem Vorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Dann kommen wir zu TAGESORDNUNGSPUNKT 5:

WAHL DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Der Bundesvorstand schlägt Ihnen für diesen Kleinen Parteitag eine Mandatsprüfungskommission vor. Die Namensliste liegt Ihnen vor. Gibt es dazu Anmerkungen? – Ich gehe davon aus, dass all diejenigen, die dort genannt sind, auch anwesend sind. Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich bitte bei Zustimmung um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Nun kommen wir zu TAGESORDNUNGSPUNKT 6:

WAHL DER STIMMZÄHLKOMMISSION

Auch hierzu gibt es einen Vorschlag des Bundesvorstands. Ich vermute, dazu gibt es keine Wortmeldungen? – Auch keine Proteste gegen die Feststellung? – Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Jetzt rufe ich TAGESORDNUNGSPUNKT 7 auf:

WAHL EINER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION FÜR DEN 13. PARTEITAG DER CDU DEUTSCHLANDS

Dieser 13. Parteitag soll im April in Essen stattfinden. Nach § 10 unserer Geschäftsordnung hat der Bundesausschuss die Mandatsprüfungskommission zu wählen. Auch hierfür gibt es Vorschläge. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wer den Vorschlägen zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, dann darf ich Frau Müller bitten, das Präsidium zu übernehmen. Zuvor möchte ich noch einen organisatorischen Hinweis geben. Der Antragschluß für Sachanträge soll auf 11.30 Uhr festgesetzt werden. – Dazu gibt es sicherlich keine Gegenstimmen.

Hildegard Müller, Tagungspräsidium: Auch von mir einen herzlichen guten Morgen. Ich bitte um Aufmerksamkeit für einige weitere Bemerkungen. Das Büro der Antragskommission befindet sich in Raum 2401. Dazu soll es eine Ausschilderung geben. Ich hoffe, Sie werden sie finden. Wenn Sie einen Sachantrag stellen möchten, wenden Sie sich bitte an die Mitarbeiter der Antragskommission, die Ihnen gerne behilflich sind.

Ich weise darauf hin, dass gemäß § 27 unserer Geschäftsordnung ein Antrag nur gestellt werden kann, wenn er von mindestens sechs stimmberechtigten Delegierten unterstützt wird.

Die Sitzung der Antragskommission wird nach der Rede unseres Parteivorsitzenden Wolfgang Schäuble im Raum 2401 stattfinden.

Ich bitte nun die Mandatsprüfungskommission, sich im Tagungsbüro einzufinden.

Für Wortmeldungen während der jeweiligen Aussprache und der Antragsberatungen benutzen Sie bitte den Wortmeldezettel aus Ihren Delegiertenunterlagen. Von der Bühne aus gesehen rechts befindet sich eine Mitarbeiterin, die Wortmeldungen entgegennimmt. Von dort werden sie an das Tagungspräsidium weitergeleitet.

Bitte füllen Sie die Wortmeldezettel vollständig aus; geben Sie bitte auf jeden Fall an, zu welchem Thema Sie sprechen möchten. Das erleichtert uns die Organisation.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 8 auf:

GRUSSWORT DES LANDESVORSITZENDEN DER CDU BERLIN

Ich bitte den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Herrn Eberhard Diepgen, das Wort zu nehmen. Ich verbinde das mit meinem ausdrücklichen Glückwunsch zu seiner Wiederwahl.

(Beifall)

Eberhard Diepgen: Frau Vorsitzende! Lieber Wolfgang Schäuble! Liebe Angela Merkel! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es entspricht den Traditionen, dass der gastgebende Landesverband die Chance zu einem Grußwort erhält. Ich möchte das gerne nutzen. Allerdings weise ich gleich darauf hin: Ich bin ganz sicher, dass sich das Interesse des heutigen Tages vor allen Dingen an den Themen der Familienpolitik orientiert. Deswegen will ich den Gruß kurz, aber besonders herzlich fassen.

Herzlich willkommen also in Berlin und herzlich willkommen hier im Alten Stadthaus. Wolfgang Schäuble hat schon darauf hingewiesen: Es ist ein historischer Ort. Ich möchte allerdings noch ein ganz klein wenig weiter zurückblicken als zu den Daten der Wiedervereinigung Deutschlands. Dieses Alte Stadthaus ist einmal in Ergänzung zum Rathaus gebaut worden, das Sie gegenüber sehen, dem Roten Rathaus, das möglichst lange – allerdings nur vom Äußeren her – ein Rotes Rathaus bleiben soll.

(Beifall)

Wie das in der Geschichte zu sein pflegt: Dieses technische Rathaus hat sich immer darum bemüht, besonders repräsentativ zu erscheinen. Deswegen hat es einen besonders hohen Turm. Er ist höher als der des Rathauses. Das erwähne ich nur deswegen, weil sich einige Mitglieder des Deutschen Bundestags daran erinnern werden, dass die Frage, welches Gebäude höher sein solle, das Kanzleramt oder der Reichstag, bei den Bauentscheidungen der letzten Jahre eine gewisse Rolle spielte.

Meine Damen und Herren, hier, in diesem Areal, ist Geschichte geschrieben worden, und zwar schon bevor es zur Teilung Berlins kam. An diesem Ort ist einst die demokratisch gewählte Stadtverordnetenversammlung, ist der damalige Magistrat – Senat nannte er sich noch nicht – von den Kommunisten vertrieben worden: in den Westteil der Stadt, in das Rathaus Schöneberg.

Dieses Gebäude ist später wiederaufgebaut worden. Es war zerstört und wurde nur teilweise genutzt. Hier wurde deutsche Geschichte der Wiedervereinigung geschrieben. Als hier um die richtigen Daten, um die Einzelheiten der deutschen Vereinigung gerungen wurde – wie man auf Bildern erkennen kann, saß Angela Merkel als Pressesprecherin in der zweiten Reihe –, sah dieser Saal noch ganz anders aus. Er hatte eine tiefe Decke, wie das in der DDR üblich war; sie war abgehängt. Erst nachträglich, als diese Decke herausgenommen worden ist, ist so richtig die Luft hereingekommen, die Luft zum Atmen, die für viele, nein, für uns alle in Deutschland mit der Wiedervereinigung erst richtig wieder entstanden ist. Luft zum Atmen: Das kann man hier feststellen.

Meine Damen und Herren, dieser Bärensaal hat heute seine besondere Bewährungsprobe. So viele Pressevertreter habe ich bisher noch nie hier gesehen. So eng war es seit der Wiedererweihung in dieser neuen Form vor wenigen Monaten noch nicht. Ich hoffe, Sie fühlen sich dennoch wohl. Die Pressevertreter haben Anlaß zu besonders guter Berichterstattung. Ich will Sie zu guter, aber vor allen Dingen zu sachlicher und fairer Berichterstattung auffordern.

Meine Damen und Herren, zum Grußwort gehört ein kurzer Hinweis zu dem, was in Berlin im Augenblick geschieht. Die Stadt ist im Umbruch, im Aufbruch in das nächste Jahrhundert oder – wenn man es bescheiden ausdrücken will, wie wir Berliner das im allgemeinen tun – in das nächste Jahrzehnt. Die Stadt verändert sich, auch nach den totalen Verschiebungen an der wirtschaftlichen Basis. Nach einem Verlust von 60 Prozent der industriellen Arbeitsplätze sind wir erst auf dem Wege. Die Stadt ist eine große Baustelle. Das sehen Sie an den Kränen. Die Stadt ist nicht nur Baustelle, was ihr Selbstverständnis in Fragen der Architektur und der Stadtentwicklung angeht, sondern auch in dem, was gesellschaftlich geschieht: in den Gegensätzen, die die Stadt auch heute noch in vielen Teilbereichen prägen.

Ich formuliere insbesondere Gästen Deutschlands gegenüber immer sehr vereinfacht so, meine Damen und Herren: Der Ostteil der Stadt – er nannte sich „Hauptstadt der DDR“ – war Konzentrationspunkt des kommunistischen Systems in Deutschland. Der Westteil der Stadt war Symbol des Antikommunismus, Symbol für demokratische Entwicklung. Daraus die Stadt mit einer Identität zu machen, die Menschen zusammenzuführen, Widersprüche zu überwinden, das ist die Aufgabe, die in Berlin insbesondere bewältigt werden muß. Weil es da auch heute noch viele Gegensätze gibt, will ich hier vor dem Bundesausschuss der Union nur darauf hinweisen:

Eine der wichtigsten Aufgaben der Berliner Politik in den letzten neun Jahren, in den Jahren seit der Wiedervereinigung war, das alles in sozialer Balance zu gestalten und dabei den sozialen Frieden zu bewahren, die bestehenden Gegensätze so aufzulösen, dass man dabei die Menschen mitnimmt.

Das erforderte und erfordert eine harte und sehr deutliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, auch mit der PDS. Ich sage Ihnen ganz offen: Ich habe immer mit einem gewissen Kopfschütteln zur Kenntnis genommen, wenn irgendwo gesagt worden ist, wir müssten uns mit der PDS nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Vergangenheit, sondern auch hinsichtlich ihrer Konzepte für heute auseinandersetzen. Das ist ein Stück Selbstverständlichkeit. Aber zu den Fakten der Politik in Berlin gehört auch, dass es die PDS bisher nicht geschafft hat, sich von ihren Verwicklungen mit der Vergangenheit, sich von ihrer eigenen Geschichte, sich von der alten SED wirklich zu trennen. Bei ihr stehen immer noch die alten Strukturen im Vordergrund. Sie unterliegt immer noch sehr stark der Gefahr, in der aktuellen politischen Auseinandersetzung Ost gegen West aufzuhetzen. Damit erfüllt sie gerade nicht die Aufgabe im Sinne der Vereinigung und des Zusammenwachsens in Deutschland. Deswegen ist diese Partei eben auch nicht regierungsfähig.

(Beifall)

Das hat in Berlin zu bestimmten Konstellationen geführt. Aber auch das will ich sagen, meine Damen und Herren: Die letzten Wahlergebnisse sind dadurch gekennzeichnet, dass die PDS in dem Bereich, in dem das kommunistische System im geteilten Deutschland konzentriert war, wieder zur stärksten politischen Kraft geworden ist. Ziehen Sie daraus nicht etwa die falsche Schlussfolgerung, dass die Menschen wieder zurück wollen zur alten DDR. Wir sind vielmehr auf dem Weg, die Gegensätze abzubauen.

Dazu sind Diskussionen notwendig, dazu ist Kommunikation erforderlich, erzwungen von den Erfahrungen der Menschen im Bereich der alten DDR und des westlichen Systems. Aber wir kommen langsam dahin, dass die Menschen zueinander kommen und dass wir schrittweise gleiche Lebensbedingungen schaffen können. Dabei müssen Unterschiede, die aus den unterschiedlichen Erfahrungen in langen Jahrzehnten geteilter deutscher Geschichte resultieren, schrittweise überwunden werden.

Ich möchte Sie ausdrücklich bitten: Gucken Sie genau hin! Gerade hier in Berlin wird deutlich, dass man in vielen Punkten wirklich zu Angleichungen kommen muss. Das betrifft die Anerkennung von Lebensleistungen – dazu zählen auch Examina –, das betrifft den Bereich der Löhne und Gehälter. Man muss auf Dauer einfach akzeptieren, dass es sich hierbei nicht nur

um eine finanzielle, sondern auch um eine Frage der psychologischen Anerkennung, der emotionalen Grundlagen handelt, wenn in ein und derselben Stadt für ein und dieselbe Arbeit unterschiedliche Löhne gezahlt werden. Davon müssen wir langsam wegkommen. Das ist eine der Botschaften, die von Berlin immer wieder ausgeht.

Meine Damen und Herren, wir haben über ein besonderes Thema zu diskutieren: Familie. Ich möchte hierzu zwei aktuelle Hinweise geben und damit aufzeigen, was die Stadt an Erfahrung einzubringen hat. Toleranz, das Miteinander von unterschiedlichen Lebensformen, auch in der Gemeinsamkeit von Menschen, ist ein Stück Selbstverständlichkeit in dieser Stadt. Vielfalt, Internationalität und der Aufbau einer modernen Stadt für das nächste Jahrzehnt – oder Jahrhundert –, in der Verbindung von Tradition und Moderne, das ist es, was die Stadt Berlin ausmacht. Und ich behaupte, das ist auch das, was die Union selbst ist: das, was zu bewahren ist, zu bewahren, aber eindeutig in die Zukunft zu blicken, das heißt, die neuen gesellschaftlichen Entwicklungen zu gestalten, die Herausforderungen nicht nur auf gesellschaftlichem, sondern auch auf technischem und wirtschaftlichem Gebiet anzunehmen.

Ich hatte mir überlegt, ob ich bei diesem Grußwort auch einige Anmerkungen machen sollte zu einem Problem, mit dem sich der Berliner Senat in besonderer Weise auseinandersetzen muss. In den Medien wird jetzt oft die „Berliner Regierung“ kritisiert. Damit ist im Regelfall – das hoffe ich jedenfalls – nicht der Berliner Senat, die Berliner Regierung, sondern die Regierung in Berlin gemeint. Das ist tatsächlich eine Änderung, die unser Selbstverständnis als Stadt betrifft.

Meine Damen und Herren, ich will jetzt nichts zur Gesundheitsreform, zur Rentenreform, zur Steuerreform und ähnlichen Dingen sagen. Aber vor dem Hintergrund dessen, was die Stadt in ihrer Vielfalt, in ihrer Internationalität an Erfahrungen einbringt, scheint mir eine Bemerkung zu dem Gipfel von Helsinki notwendig zu sein.

Die Regierungschefs – sie wissen das – haben die Entscheidung getroffen, dass die Türkei jetzt offiziell zu den Kandidaten gehört, die in die Europäische Union aufgenommen werden können. Ich habe Sorgen, ob diese Entscheidung wirklich ein Beitrag ist zur Integration der 150 bis 160 000 Berlinerinnen und Berliner türkischen Ursprungs. Ich habe die große Sorge, dass eine solche Entscheidung eher den Eindruck vermittelt, es müssten von diesen Menschen in der Zukunft keine Integrationsleistungen mehr erbracht werden. Das wäre ein falsches Signal hinsichtlich der Entwicklung in Europa, in Berlin und in den großen Städten Deutschlands.

(Beifall)

Ich habe auch den Eindruck, dass hier Versprechungen, Erwartungen geweckt werden, die im Ergebnis nicht erfüllt werden können.

Die Union wird vor dem Hintergrund dieser Entscheidung von Helsinki – so wie es übrigens auch das Europäische Parlament gefordert hat – zunächst die Frage stellen müssen: Was verstehen wir unter Europa, wo sind die Grenzen von Europa? Diese Frage muss beantwortet werden, bevor man eine Entscheidung nach der anderen, jeweils bezogen auf einzelne Länder, trifft. Diese Debatte wird geführt werden müssen, nicht nur vor dem Hintergrund der Geographie Europas, nicht nur vor dem Hintergrund der ökonomischen Grundlagen Europas,

sondern auch vor dem Hintergrund der kulturellen Identität. Denn Europa war immer sehr stark von einem Kulturbegriff geprägt. Dazu gehören Christentum, Humanismus und Aufklärung. Diese Fakten müssen wir in europäische Diskussionen einbringen; sonst wird es die größten Schwierigkeiten geben, was die künftige Entwicklung Europas anlangt, weil die Zusammengehörigkeit der Menschen überfordert werden könnte.

(Beifall)

Ich will hier nicht zu Pessimismus aufrufen. Gerade wir in Berlin haben ein lebhaftes Interesse daran, dass die Europäische Union erweitert wird. Das gilt zum Beispiel mit Blick auf Polen, dessen Grenze 80 Kilometer vom Stadtzentrum Berlins entfernt ist. Polen gehört zu Europa, zur Europäischen Union. Wir wollen diese Grenze unmittelbar vor der eigenen Haustür nicht. Aber wir müssen mit Sorgfalt an das Thema herangehen und nicht mit oberflächlichen Diskussionen und falschen Versprechungen, wobei wir doch wissen, dass das, was der Türkei in den 60er-Jahren angeboten worden ist, in der letzten Zeit aus guten Gründen nicht erfüllt werden konnte.

Ich bin also sehr skeptisch und besorgt. Von einer Stadt aus, die sich zu ihrer Internationalität bekennt und die auf ihre Zukunft hinsichtlich der europäischen Dimension sieht, muss darauf hingewiesen werden, dass in Helsinki Beschlüsse gefasst worden sind, die in höchstem Maße problematisch sind und die in Deutschland und in Europa insgesamt erst noch diskutiert werden müssen. Denn eines darf nicht geschehen: Solche Entscheidungen dürfen den Prozess der Aufnahme beispielsweise Ungarns, Polens und Tschechiens – um nur drei Länder zu nennen – nicht aufhalten.

Diese Bemerkung war mir ganz wichtig vor dem Hintergrund der Entwicklung in dieser Stadt und angesichts der Frage, welche Identität und welche Möglichkeiten der Integration von Menschen, die aus anderen Ländern hierher gekommen sind, wir haben.

Ich heiße Sie also in dieser Stadt herzlich willkommen. Diese Stadt hat Zukunft. Sie ist dank ihrer Vielfalt in kultureller und wissenschaftlicher Hinsicht ein Aushängeschild; sie ist eine dienende Hauptstadt für ganz Deutschland. Herzlich willkommen und viel Erfolg bei den Beratungen der wichtigen Themen, die heute auf der Tagesordnung stehen! – Vielen Dank.

(Beifall)

Hildegard Müller, Tagungspräsidium: Sehr geehrter Herr Diepgen, ich danke Ihnen für Ihr „kurzes“ Grußwort.

(Heiterkeit)

Ich wünsche Ihnen eine glückliche Hand beim Regieren und Berlin eine glückliche Zukunft.

Ich möchte noch eine geschäftsleitende Bemerkung machen. Wie ich höre, ist die Akustik zwar gut. Aber wir würden uns die Arbeit etwas erleichtern, wenn wir versuchen würden, den Geräuschpegel im hinteren Teil zu senken.

Ich darf nun zu dem Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands überleiten. Ich erteile das Wort unserem Parteivorsitzenden, Dr. Wolfgang Schäuble, zu seinem politischen Bericht.

(Beifall)

Dr. Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Delegierte! Meine Damen und Herren! Unser Kleiner Parteitag findet große öffentliche Beachtung. Das ist gut so. Das Thema „Familie“, das wir uns schon auf dem Erfurter Parteitag für heute vorgenommen haben, verdient diese Beachtung. Unsere Antwort auf die Substanz- und Richtungslosigkeit des SPD-Parteitages vor knapp einer Woche braucht auch öffentliche Resonanz.

(Beifall)

Resonanz brauchen natürlich auch die Finanzen der CDU. Wir haben viel aufzuklären, aber nichts zu verbergen.

Seit im Zuge staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen die Übergabe von einer Million DM in einem Einkaufszentrum bei Sankt Margarethen bekannt wurde, überschlugen sich Spekulationen und Verdächtigungen. Die Parteiführung hat mit einmütiger Zustimmung von Präsidium und Bundesvorstand, auch in Abstimmung mit Helmut Kohl, alles zur Aufklärung Erforderliche und Mögliche auf den Weg gebracht. Wir haben alle Unterlagen einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft übergeben und sie beauftragt, zu prüfen, ob die Rechenschaftsberichte, die nach dem Parteiengesetz abzugeben waren, ergänzungs- oder korrekturbedürftig sind. Diese Prüfung erfolgt so schnell wie möglich, aber eben auch – das hat Vorrang – so gründlich wie nötig.

(Beifall)

Über das Ergebnis dieser Überprüfung werden wir Partei, Bundestagsverwaltung und die Öffentlichkeit unterrichten; etwaige Konsequenzen müssen wir tragen. Aber jetzt über Summen zu spekulieren macht wirklich keinen Sinn. Die Unabhängigkeit einer Prüfung bringt halt mit sich, daß man das Ergebnis abwarten muß.

Wir haben am 22. November 1999 beschlossen, die Zusammenarbeit mit der WirtschaftsprüfungsgmbH Weyrauch & Kapp in Frankfurt einvernehmlich zum Ende dieses Jahres zu beenden. Herr Weyrauch war seit Anfang der 70er Jahre für die Bundespartei beratend und treuhänderisch tätig. Er hat die offiziellen Spendenkonten der Bundespartei treuhänderisch verwaltet und die Bezahlung unserer leitenden Mitarbeiter – im wesentlichen Generalsekretäre, Bundesgeschäftsführer und Hauptabteilungsleiter – lohnbuchhalterisch betreut und abgewickelt, wozu die erforderlichen Mittel regelmäßig von der Bundesgeschäftsstelle überwiesen wurden. An diesem Vorgehen gibt es überhaupt nichts auszusetzen.

Unser Problem liegt ganz woanders: Soviel heute feststeht, hat es Zahlungsvorgänge – Einzahlungen und Auszahlungen – und zusätzliche Anderkonten außerhalb des Rechenwerks der Bundesgeschäftsstelle gegeben. Die Herkunft der Gelder ist bislang nur unvollständig geklärt. Da die von Weyrauch & Kapp übergebenen Unterlagen unvollständig sind, wird versucht, mit der kontoführenden Bank alle Kontenbewegungen nachzuvollziehen. Darüber hinaus habe ich den Mitarbeitern von Weyrauch & Kapp sowie den früheren Vorsitzenden, Generalsekretären, Schatzmeistern und zuständigen Mitarbeitern einen standardisierten Fragebogen unserer Wirtschaftsprüfer übersandt. Alle Befragten haben zugesagt, so schnell und umfassend wie möglich zu antworten.

Damit sich das alles nicht wiederholen kann, werden wir auf dem nächsten Bundesparteitag im April eine Änderung von Satzung und Finanzstatut vorschlagen, um die Trennung der Verantwortlichkeiten zwischen Schatzmeisterei einerseits und Bundesgeschäftsstelle andererseits aufzuheben und um vollständige Transparenz aller Einnahmen und Ausgaben sicherzustellen.

Herr Weyrauch hat gemäß eigenen Aussagen und gemäß den übergebenen Unterlagen nach dem Parteitag im November 1998 das letzte der Bundesgeschäftsstelle nicht bekannte Treuhandkonto für die Bundespartei geschlossen, um die neugewählte Parteiführung, so seine eigene Aussage, nicht über solche Konten in Kenntnis setzen zu müssen. Deshalb kann ich auch im Einvernehmen mit Matthias Wissmann und Angela Merkel erklären, daß es derartige Vorgänge in unserer Amtszeit nicht gegeben hat und daß es sie in unserer Amtszeit auch nicht geben wird.

(Beifall)

Die eine Million DM aus dem Einkaufszentrum hat übrigens, auch das steht fest, Konten der CDU Deutschlands niemals erreicht. Nach Aussagen aller war niemand – außer den unmittelbar Beteiligten – darüber informiert.

Für Konten der Bundespartei in der Schweiz oder in Liechtenstein gibt es nach allen vorhandenen Unterlagen und nach den Aussagen aller Befragten keinerlei Hinweise. Dasselbe gilt für angebliche Zahlungen von Elf-Aquitaine.

Diese absurden Verdächtigungen waren übrigens schon in der letzten Legislaturperiode des Bundestags Gegenstand eines Untersuchungsausschusses – man muß gelegentlich daran erinnern –, ohne jede Erkenntnis! Im Augenblick scheint es so, daß die zwielichtigsten Figuren für die wildesten Verdächtigungen weltweite Aufmerksamkeit finden können. Die CDU Deutschland hat mit dem nun wirklich nichts zu tun.

(Beifall)

Übrigens entbehrt auch der immer wieder geäußerte Verdacht jeder Grundlage, die CDU hätte sich nach 1990 geradezu wundersam finanziell erholt. Es war so gewesen: Alle Parteien haben im Jahr 1990 – nicht zuletzt als Folge der Verhandlungen, die in diesem Raum geführt worden sind – durch die Ausdehnung der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung auf die zur Bundestagswahl neu hinzugekommenen Wahlberechtigten in den neuen Bundesländern höhere Zahlungen erhalten. Normalerweise wird die Wahlkampfkostenerstattung in vier Jahresraten ausgezahlt. 1990 wurde der erhöhte Betrag insgesamt auf einmal überwiesen. So – und nur so – erklärt sich das vermeintliche Wunder, das viele meinten, entdeckt zu haben. Das war übrigens bei allen Parteien genau der gleiche Vorgang.

Das, liebe Freunde, ist der Sachverhalt, soweit er mir bekannt ist. Das ist vielleicht nüchterner als in den öffentlichen Spekulationen und Verdächtigungen, aber dafür, liebe Freunde, ist es präziser. Gleichwohl ist es nicht schön.

Aber genauso klar sage ich auch: Ich bin ganz überzeugt, daß Entscheidungen der Regierung von Helmut Kohl niemals käuflich waren.

(Beifall)

Wir haben übrigens in der Bundestagsfraktion einstimmig der Einsetzung des Untersuchungsausschusses zugestimmt, weil wir das größte Interesse an rascher und vollständiger Aufklärungen solcher Verdächtigungen haben.

Weil der SPD-Vorsitzende Schröder auf seinem Parteitag in der letzten Woche ganz unerträgliche Angriffe gegen die Union und gegen Helmut Kohl gerichtet hat, will ich hinzufügen: Wer Helmut Kohl kennt, der weiß, daß er nicht in die eigene Tasche gewirtschaftet hat.

(Beifall)

Helmut Kohl hat sich seine Hochzeit – sie liegt schon eine Weile zurück; er hat nur einmal geheiratet – nicht sponsern lassen, beim Hausbau hat er keine Sonderbetreuung durch die Veba bekommen, und zum Opernball nach Wien ist er auch nicht durch die Volkswagen AG eingeflogen worden.

(Beifall)

Helmut Kohl bleibt der Kanzler der Einheit, und die 16 Jahre seiner Kanzlerschaft waren 16 gute Jahre, für Deutschland und für Europa. Das lassen wir uns nicht kaputtmachen.

(Anhaltender Beifall)

Noch einmal, liebe Freunde: Was nicht in Ordnung war, muß aufgeklärt und abgestellt werden – je schneller, desto besser! Je rückhaltloser wir aufklären, um so besser bewahren wir unser Erbe vor dauerndem Schaden und können uns wieder auf unsere politische Aufgabe konzentrieren: Politik zu machen für unser Land, kraftvolle Opposition zu sein und bald wieder Regierungsverantwortung auch im Bund zu übernehmen.

Wie nötig das ist, hat nicht zuletzt der SPD-Parteitag bewiesen. Es geht schon wieder so wie im letzten Jahr in Leipzig: Jubel, Show und Inszenierung, aber keine Substanz. Gefällige Formulierungen für die Fernsehnachrichten und die Zeitungsüberschriften des nächsten Tages, aber keine Richtung. So war das ganze erste Jahr der Regierung Schröder.

Beim vielgepriesenen „Bündnis für Arbeit“ ist auch gestern wieder nichts herausgekommen. „Nachbessern“ ist das Unwort des Jahres: von 630-Mark-Jobs bis zur sogenannten Scheinselbstständigkeit, von der doppelten Staatsbürgerschaft bis zur Ökosteuern, vom Rentenbetrug bis zum Gesundheitschaos und Steuererhöhungen für den Mittelstand, Stillstand beim Aufbau Ost. Zum Aufbau Ost gab es übrigens kein Wort in Schröders Parteitagrede, und hinterher kam die Begründung, er habe doch schon zum zehnten Jahrestag des Mauerfalls gesprochen. So einsilbig ist der Herr doch sonst nicht. Und zum Mauerfall hätte er vielleicht besser geschwiegen; denn für die Einheit war er 1990 wirklich nicht.

(Beifall)

Deshalb hat die SPD in diesem Jahr zu Recht jede Wahl verloren, und im Osten ist sie sogar auf Platz 3 zurückgefallen. Nun wären die Niederlagen der SPD nicht so schlimm, aber die Kehrseite ist traurig: Es war ein verlorenes Jahr für Deutschland. Die Arbeitslosigkeit stagniert, obwohl viel mehr ältere Menschen aus dem Erwerbsleben ausscheiden, als junge hineinwachsen. In der wirtschaftlichen Entwicklung lagen wir am Ende aller Mitglieder der Euro-

zone. Alle internationalen Beobachter sind sich übrigens darin einig, daß für die Schwäche des Euro in erster Linie die Politik der deutschen Bundesregierung verantwortlich ist.

Jetzt glauben sie, wieder einmal von neuem anfangen zu können. Das wievielte Mal fangen die eigentlich wieder neu an, seit Schröder Kanzler ist? Was heißt schon „neu anfangen“? Bloß weil der Parteitag pflichtgemäß jubelt, dieses Mal Scharping abstrafft, Müntefering – Eberhard Diepgen – offenbar den roten Schal von Momper übernommen hat, Glogowski noch rasch zurückgetreten ist? Der wird nicht einmal mehr Minister wie Eichel oder Klimmt; Simonis und Clement können ja noch hoffen.

Von den Holzmann-Arbeitern wurde Schröder gefeiert. Aber der IG-Bau-Vorsitzende Wiesehügel, der beim Holzmann-Jubel noch dabeistand, stellt jetzt den Beitrag der Belegschaft zur Sanierung wieder in Frage. Der Holzmann-Vorsitzende ist inzwischen entlassen, und die Zweifel an der Tragfähigkeit des Sanierungskonzepts wachsen. Ich wünsche den Holzmann-Beschäftigten wirklich nicht, daß auch das wieder nur eine Schrödersche Eintagsfliege gewesen ist – ganz zu schweigen von der Frage, was eigentlich der Mittelstand sagt, wenn den Großen mit Staatskrediten geholfen wird und dem Mittelstand nicht.

(Beifall)

Es gibt kein schlüssiges Reform- und Regierungskonzept. Wie der Hase in der Spur: Haken links, Haken rechts. Vor der Sommerpause Tony Blair. Jetzt auf dem Parteitag Jospin. In Florenz, wo beide waren, schwieg der Kanzler; das nennt er dann „neue Mitte“. Vom Kaschmir zum Chamäleon. Und jetzt noch die Erbschaftsteuer.

(Beifall)

Wir, liebe Freunde, haben unseren Oppositionsauftrag angenommen – für vier Jahre, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Wir haben ein festes Koordinatensystem aus Werten und Erfahrung, und weil wir unseren Überzeugungen treu sind und unserer Grundlagen sicher, sind wir offen für Zukunft und Veränderungen. Das diskutieren wir in der Breite unserer Partei und mit allen Gruppen der Bevölkerung – mitten im Leben.

In einer Zeit schneller und großer Veränderungen – in unserer Gesellschaft, in der Arbeitswelt, in den Kommunikationssystemen, in den globalen Beziehungen – brauchen wir Kraft zu Veränderung. Schröder – entweder mit Zickzackkurs oder mit Stillstand – diskreditiert Reformen. Wir wollen Brücken bauen ins neue Millennium, in eine Ära der Freiheit, Brücken für alle. Jeder wird gebraucht. Keiner darf ausgegrenzt bleiben. Jeder muß seinen Beitrag leisten. Keiner ist unnützlich, der Spitzenakademiker nicht und der Lernbehinderte auch nicht. Das, liebe Freunde, ist unser Leitbild von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit.

(Beifall)

Freiheit und Verantwortung, Rechte und Pflichten, Leistung und Solidarität, das darf der Staat nicht zuschütten durch ein Übermaß von Steuern, Abgaben und Bürokratie. Wenn die Linken ein Problem zu erkennen glauben, fällt ihnen am Ende immer nur noch mehr Reglementierung, Bürokratie, Steuern und Abgaben ein. Man schaue sich den Krampf der sogenann-

ten Gesundheitsreform an! Als ob man wachsende Nachfrage nach Gesundheitsleistungen durch Budgetierung decken könnte! Zweiklassenmedizin ist die unausweichliche Folge, und das wollen wir nicht.

(Beifall)

Wir setzen auf Wahlfreiheit, auf Transparenz, auf die richtige Mischung von Eigenverantwortung und Solidarität. Deswegen brauchen wir auch eine Steuerreform, die ihren Namen verdient. Ach, wenn doch wenigstens Struck halten würde, was er verspricht! Aber eine Steuerreform, die ihren Namen verdient, muß die Steuern senken, für alle, auch und gerade für den Mittelstand, weil dort vor allem die Arbeitsplätze entstehen. Schröder und Eichel wollen jetzt nach Einkommensarten und Rechtsformen unterscheiden, also auch noch über Steuern mehr reglementieren und nicht entlasten. Entgegen allen Ankündigungen haben sie ja bisher die Steuern immer nur erhöht. Davon haben sie offenbar immer noch nicht genug, wie die Debatte um Vermögensteuer, Vermögensabgabe, Erbschaftsteuer und dergleichen mehr zeigt. Aber das ist der falsche Weg.

Übrigens, von Umwelt- und Entwicklungspolitik ist bei dieser Regierung überhaupt nicht mehr die Rede. Wir stehen zu unserer globalen Verantwortung an der Schwelle zum neuen Jahrtausend. Wenn eine Weltbevölkerung von sechs Milliarden Menschen – und im neuen Jahrhundert zehn Milliarden und mehr – die Ressourcen nicht erschöpfen, die Umweltbelastungen tragbar halten und nicht zu wenig berechenbaren Explosionen zwischen Arm und Reich führen soll, dann müssen wir eben Brücken bauen für gerechte Lebenschancen in allen Teilen der Welt. Auch das heißt Globalisierung, Globalisierung von Verantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten.

Wir wissen, die soziale Marktwirtschaft ist die sozial gerechteste und effizienteste Ordnung. Sie ist von Nutzen für die eine Welt, auch in ihrer ökologischen Dimension, um allen eine Chance auf Teilhabe zu bieten. Die neue soziale Marktwirtschaft muß die Prinzipien von wirtschaftlicher Effizienz und sozialer Gerechtigkeit in globalen Dimensionen wie in globalem Wettbewerb sichern.

Deshalb auch wollen wir ein großes und starkes Europa, ein Europa, das seiner Verantwortung für Frieden und Menschenwürde in dieser einen Welt gerecht werden kann. Die Erweiterung durch den Beitritt unserer osteuropäischen Nachbarn ist ein wichtiger Schritt. Wenn ganz Europa geeint ist, liebe Freunde, dann ist das die beste Vorbereitung auf das kommende Jahrhundert.

Aber die Voraussetzungen müssen die Beitrittskandidaten erfüllen, und über die Grenzen Europas im Sinne politischer Identität müssen wir uns – Eberhard Diepgen hat davon gesprochen – verständigen, ehe wir der Türkei Hoffnungen machen, von denen doch jeder weiß, daß sie auf absehbare Zeit nicht realisierbar sind.

(Beifall)

Ich teile die Sorge, daß der Beschluß von Helsinki die Akzeptanz der europäischen Einigung bei den Menschen so wenig befördert wie die Integration unserer türkischen Mitbürger in Deutschland.

Liebe Freunde, die Europäische Union muß reformiert werden, damit sie über die Erweiterung nicht in ihrer politischen Substanz zerstört wird. Ein großes und starkes Europa kann nur ein Europa der Subsidiarität sein, mit klarer Zuständigkeitsabgrenzung, damit nicht in einem bürokratischen Einertei Nähe und Bindung verlorengeht. Wir wollen Europa als eine politische Gemeinschaft auf der Grundlage gemeinsamer Werte, Geschichte und Kultur, also Identität und Dezentralisierung. Dafür hat Helsinki leider wenig, zu wenig gebracht. Es wird jetzt viel vom Historischen dieses Gipfels geredet, aber den großen Sprüchen und Ansprüchen wird man nur gerecht, wenn jetzt wirklich eine ernsthafte, ehrliche Debatte geführt wird, die die Menschen beteiligt und mitnimmt, eine Debatte über Inhalt, Ziele und Grenzen der europäischen Einigung, damit nicht über die Erweiterung die Substanz der europäischen Einigung aufs Spiel gesetzt und kaputtgemacht wird.

(Beifall)

Liebe Freunde, wer Brücken bauen will, braucht festes Fundament. Fundament der Freiheit sind Werte. Der freiheitliche Verfassungsstaat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht schaffen kann. Der Mensch ist auf Gemeinschaft angewiesen. Keiner lebt für sich allein.

Darin begründet sich der zentrale Wert der Familie für eine Zukunft in Freiheit. Familie ist die beste Form lebenslanger Solidarität zwischen Jung und Alt, Stark und Schwach. Sie ist und bleibt der erste und wichtigste Ort für die Ausbildung und Einübung von Werthaltungen und Überzeugungen.

Kinder und Jugendliche brauchen ein Zuhause, sie brauchen Liebe und Zuwendung, sie brauchen Vorbilder und Orientierungsmöglichkeiten. So und nur so können sie die Werte ausbilden, die sie brauchen, um selbständig zu urteilen und zu entscheiden, um Verantwortung für sich selbst und für andere zu entwickeln.

Mit unserer Familienpolitik wollen wir die Freiräume und die Rahmenbedingungen schaffen, die den Wertvorstellungen und Lebensentwürfen der Bürger entsprechen und die die Vielfalt familiärer Lebensweisen aufnehmen. Auf unserem Erfurter Parteitag haben wir uns – daran möchte ich heute erinnern – ein Arbeitsprogramm für unsere vier Jahre Opposition gegeben: zuerst die Familie. Das beraten wir heute. Ich danke Angela Merkel und allen Mitgliedern der Familienkommission für die intensive Vorarbeit, und ich danke allen, die in den zurückliegenden Wochen auf allen Ebenen so intensiv diskutiert haben. 676 Anträge – liebe Freunde, wir sind eine offen diskutierende Volkspartei, mitten im Leben.

(Beifall)

Wer Bewährtes erhalten, wer Familie stärken will, der muß neue Wirklichkeiten zur Kenntnis nehmen, er darf nicht mittels vorgefertigter Schablonen oder Ideologien an der gesellschaftlichen Entwicklung vorbeilaufen. Nur der Wandel ist beständig.

Wir wollen sich verändernde Lebenswirklichkeiten wahrnehmen, angemessen darauf reagieren und für die Familienpolitik zukunftstaugliche Leitlinien entwerfen. Für eine Gesellschaft der Freiheit ist es von herausragendem Interesse, daß Kinder verantwortlich großgezogen werden. Wir wollen alle Formen familiären Zusammenlebens stärken. Deswegen heißt es im Leitantrag: Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung

tragen. Das schließt übrigens ein, daß wir nach wie vor die dauerhafte Ehe als beste Grundlage dafür ansehen, daß Partnerschaft zwischen Mann und Frau und zwischen Eltern und Kindern dauerhaft gelebt werden kann.

Familie fördern heißt verantwortlich gelebte Partnerschaften unterstützen.

Das heißt aber auch: Wir brauchen wieder mehr Konzentration auf Erziehung. Kinder und Jugendliche wollen wir fördern und zugleich fordern. Es ist die Aufgabe der Erziehung, ihnen Möglichkeiten und Chancen für ein eigenständiges Leben zu eröffnen. Das geschieht nicht dadurch, daß man sie umfassend betreut und ihnen alles abnimmt, sondern dadurch, daß man ihnen mit Augenmaß Regeln beibringt, Grenzen setzt und Talente fördert. Es liegt, wie ich finde, eine tiefe Weisheit in dem amerikanischen Satz: „Wir sollten uns weniger bemühen, den Weg für unsere Kinder vorzubereiten als unsere Kinder für den Weg.“ Das ist anstrengend für Familien, Eltern und Erzieher. Aber es bedeutet eine bessere Vorbereitung auf die Zukunft, in der unsere Kinder leben werden.

Wir sollten über Familie und Kinder nicht nur unter ökonomischen Aspekten sprechen. Geld ist wichtig. Deswegen haben wir in der CDU das Konzept des Familiengeldes entwickelt, das das Kinder- und das Erziehungsgeld zusammenfaßt und Familien besser unterstützt. Das ist zukunftsorientiert. Wir wollen, daß Kinder in einer gesicherten Perspektive aufwachsen und daß die Erziehungsleistung der Eltern anerkannt wird. Deswegen plädieren wir für eine Neugestaltung des Erziehungsurlaubs. Wir prüfen auch, ob innerhalb einer Gesamtkonzeption der Rentenreform neben dem Faktor der gestiegenen Lebenserwartung Kinder als zweite demographische Komponente berücksichtigt werden können. Vor allem wollen wir uns dafür einsetzen, daß eine Entscheidung für die Familie leichter als jetzt fällt und daß dies nicht zu einer deutlichen finanziellen Verschlechterung im Vergleich zu Kinderlosen führt.

Aber Geld allein ist nicht alles. Wir hören ja andauernd davon, daß Kinder eine wirtschaftliche Belastung sind, gar ein Armutsrisiko darstellen, daß durch sie der Lebensstandard eingeschränkt wird und Familien schlechter dastehen als kinderlose Paare. Es geht mir nicht darum, das alles abzustreiten oder abzutun. Vielmehr geht es mir darum, daß dies allenfalls die halbe Wahrheit ist. Denn Kinder zu haben – das sollten wir als Gesellschaft wieder begreifen lernen – ist etwas Schönes. Sie bedeuten Reichtum; sie machen Freude. Elternarbeit ist nicht nur Last, sondern auch eine Lust.

(Beifall)

Wir als CDU sollten öfter darauf hinweisen, und zwar dort, wo Verhalten und Einstellungen geprägt werden: in der Öffentlichkeit, zu Hause bei den Nachbarn, im Verein und am Arbeitsplatz. Auch so schaffen wir ein besseres Klima für Kinder und für Familien.

Dazu gehört aber auch mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit in unserer Gesellschaft. Ein Schlüssel dazu ist die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Viele Familien wünschen sich heute, daß beide Elternteile in Erwerbsberufen arbeiten können. Dem gilt es von unseren Einrichtungen her Rechnung zu tragen. Hinzu kommt die größer gewordene Scheu, sich längerfristig zu binden. Diese hängt vielleicht nicht nur mit der viel beschworenen Individualisierung zusammen, sondern auch mit gestiegenen Mobilitätserwartungen und Anforderun-

gen der Wirtschaft. Es mangelt auch immer noch an Möglichkeiten der Betreuung von Kindern. Da ist seitens der Politik und auch seitens der Wirtschaft, die mit in der Verantwortung steht, noch viel zu tun.

Es geht um die Schaffung von mehr Wahlmöglichkeiten in den verschiedenen Phasen des Lebens. Eine an Freiheit und Gerechtigkeit orientierte Politik darf nicht Lebensmodelle vorschreiben, sondern muß Rahmenbedingungen setzen und Gestaltungsräume für die Menschen schaffen. Wenn wir in Richtung von Wahlmöglichkeiten denken, dann, liebe Freunde, zeigt das, daß wir Freiheit und Verantwortlichkeit ernst nehmen, daß wir den Menschen etwas zutrauen. Deswegen steht unsere CDU für neue Phantasie, für kreative Lösungen, für Zukunftsfähigkeit.

Das gilt übrigens genauso für Schule und Hochschule, für die Weiterentwicklung unseres Bildungssystems. Ich will daran erinnern: Das ist der nächste Punkt unseres Erfurter Arbeitsprogramms. Daran arbeitet Annette Schavan mit ihrer Kommission. Das wird Gegenstand unseres Parteitagess im April nächsten Jahres sein.

So, liebe Freunde, arbeiten wir inhaltlich, zielgerichtet, abgesprochen, Schritt für Schritt. Die Reform des Sozialstaats, Christian Wulff, steht auf der Agenda und die Neustrukturierung unserer föderalen Systeme, Christa Thoben, durch mehr Subsidiarität und Bürgernähe statt immer mehr Bürokratie und Zentralismus.

Auch das möchte ich sagen: Die Erfolge dieses Jahres beruhen nicht nur – vielleicht überwiegend, aber ganz gewiß nicht nur – auf der Enttäuschung über Rotgrün. Die Erfolge dieses Jahres haben vielmehr etwas mit unserem klaren Kurs zu tun, den wir in Grundsatzfragen genauso halten wie in der Steuerpolitik, bei der inneren Sicherheit und in Europa.

Wir werden unsere gestärkte Position im Bundesrat nicht zur Obstruktion mißbrauchen wie einst Lafontaine samt Schröder und Eichel. Deshalb haben wir der Regierung trotz ihres Rentenbetrugs angeboten, ohne Vorbedingungen gemeinsam die Altersversorgung zu sichern. Alleine schaffen die das ja sowieso nicht. Noch einmal vier Jahre kann die Rentenreform nicht warten, nachdem Schröder unseren richtigen Reformansatz zurückgenommen hat. Aber genauso klar sage ich auch: Die Rente mit 60 geht ganz bestimmt in die falsche Richtung. Das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir stehen zu unserer Verantwortung, Tag für Tag. Im Augenblick haben wir Gegenwind. Aber das wirft uns nicht um. Wenn wir schnell Klarheit schaffen und aus Fehlern Konsequenzen ziehen, legen wir Grund für neues Vertrauen. Unser Blick geht nach vorn. Wir müssen unsere Zeit nutzen. Wir sind schließlich nur noch knapp drei Jahre in der Opposition.

An der Schwelle zum neuen Jahrtausend wollen wir die Chance für eine Ära der Freiheit nutzen. Alle sollen daran teilhaben können. Wir bauen Brücken zwischen Ost und West sowie für eine faire Teilhabe aller am Wissen, für Chancen auf Arbeit, für eine Partnerschaft zwischen Mann und Frau, für Verantwortung zwischen den Generationen, für gerechte Lebenschancen in allen Teilen der Welt und auch für einen Ausgleich von Mensch, Natur und Technik.

So stimmt die Richtung. Darauf gründet Vertrauen. Das ist die Mitte, die alte wie die neue.

Das übrigens meinen wir, wenn wir in unserem Zukunftsprogramm wie in den Erfurter Leitsätzen davon sprechen, die modernste Gesellschaft Europas schaffen zu wollen, und zwar durch mehr Wahlmöglichkeiten für alle Bürger sowie durch vielfältige Chancen, Leistung und Innovation, aber auch durch Solidarität mit und Förderung von Benachteiligten, durch Toleranz und Gemeinsinn sowie durch Verantwortung für andere und für das Gemeinwohl. Ein klarer Kurs ist die Voraussetzung für Vertrauen. Ehrlichkeit und Ernsthaftigkeit gehören dazu. Unsere Zukunft liegt in der Freiheit als Teilhabe-, Chancen- und als Verantwortungsgemeinschaft. Nichts anderes heißt „Mitten im Leben“.

Liebe Freunde, am Ende eines Jahres mit vielen Erfolgen und an der Schwelle zum neuen Jahrtausend stehen wir vor großen Herausforderungen und Chancen. Die Union wird gebraucht. Rotgrün kann es nicht. Deshalb muß von diesem kleinen Parteitag die Botschaft ausgehen: Wir stehen zu unserer Pflicht. Wir arbeiten für die Zukunft unseres Landes. Wir haben ein festes Fundament und ein klares Konzept. So arbeiten wir weiter, und so, liebe Freunde, werden wir siegen. – Herzlichen Dank.

(Langanhaltender Beifall)

Eberhard Diepgen, Tagungspräsidium: Lieber Wolfgang Schäuble, der Bundesausschuss hat durch seinen Beifall für die klaren Aussagen zur Situation der Partei, für die Abrechnung mit der Bundesregierung und die klare Perspektive für die Zukunft gedankt. Vielen Dank dafür.

(Beifall)

Wir kommen nun zu PUNKT 10 der TAGESORDNUNG:

AUSSPRACHE ZUM BERICHT DES VORSITZENDEN

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir entsprechend der üblichen Verfahrensweise Wortmeldungen entgegennehmen. Als erster in der Aussprache hat Volker Rühle das Wort.

Volker Rühle: Herr Tagungspräsident, lieber Wolfgang! Meine Damen und Herren! Wolfgang, so wie du gesprochen hast, und so, wie Angela Merkel und andere in den letzten Wochen gehandelt haben – schnelle und gründliche Aufklärung –: Das ist der Konsens der Partei und die Basis für die zukünftige Arbeit.

(Beifall)

In den vergangenen Tagen ist auch deutlich geworden, dass es keinen Gegensatz zwischen der Bewahrung von Identität und grundlegender Aufklärung gibt. In Wirklichkeit gehört die Bereitschaft zur grundlegenden Aufklärung zur Identität der CDU. Deswegen werden wir beides miteinander verbinden.

(Beifall)

In unserem politischen System haben Parteien im übrigen eine Bedeutung, die weit über sie selbst hinausgeht. Ich kann es vielleicht so formulieren: Wir gehören uns nicht selbst. Wenn Sie sich die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland anschauen, stellen Sie fest, dass

keine Partei so eng mit historischen Entscheidungen dieses Landes verbunden ist wie die CDU. Das wird auch in Zukunft der Fall sein. Beginnend mit der Entscheidung Adenauers über die Westintegration, über die Wiederbewaffnung, ebenso die Entscheidung Ludwig Erhards, die Soziale Marktwirtschaft einzuführen, bis hin zu der späteren Entscheidung über die europäische Integration und die Entscheidungen zur Nachrüstung und zur Wiedervereinigung: Diese großen Entscheidungen in der Geschichte Deutschlands sind in der Regel Entscheidungen gewesen, die die Union im Konflikt mit den Sozialdemokraten richtig und zukunftsweisend für unser Land getroffen hat.

(Beifall)

Ich denke, daraus ergibt sich auch eine große Verantwortung, denn die Geschichte ist nicht zu Ende. Es wird auch in Zukunft solche Entscheidungssituationen geben. Deswegen geht es hier nicht nur um uns – wir gehören uns nicht selbst –, sondern es geht auch um unser Land. Unserem Land schulden wir eine kraftvolle, politisch führende Union, damit auch die Entscheidungen der Zukunft richtig für unser Land getroffen werden.

(Beifall)

Wolfgang Schäuble hat es angedeutet: Die Regierung Schröder ist kein Jota stärker geworden. Sie weiß bis heute eigentlich nicht, was sie will: von Kaschmir zum Chamäleon. Andere haben gesagt: Die Kehrtwendungen, die Gerhard Schröder in seinem ersten Amtsjahr gemacht hat, sind mehr, als ein Taxifahrer in Berlin in seinem ganzen Leben unternimmt. Das ist das Grundübel der rotgrünen Regierung. Ich denke, auch deswegen ist es wichtig, dass wir den politischen Wettbewerb wieder ankurbeln. Unser Land braucht den politischen Wettbewerb, und dafür braucht es eine starke Union.

(Beifall)

Lassen Sie mich aus der Sicht von jemandem, der am Anfang des nächsten Jahres in Schleswig-Holstein die ersten Landtagswahlen zu bestehen hat, noch folgendes hinzufügen. Diese Wahlen haben durch die Debatten der letzten Wochen natürlich ein zusätzliches Gewicht bekommen. Das wissen wir. Es hat sich aber überhaupt nichts daran geändert, dass die Schleswig-Holsteiner nach zwölf Jahren Regierungszeit der Sozialdemokraten – in den letzten vier Jahren ist es zusammen mit den Grünen noch schlechter geworden – einen Neuanfang wollen. Die Menschen in Schleswig-Holstein dürfen nicht um die Chance gebracht werden, einen Neuanfang, eine neue Regierung für ihr Land zu bekommen. Darum kämpfen wir in Schleswig-Holstein.

(Beifall)

Schleswig-Holstein gehört nicht zu den größten Bundesländern. Im Augenblick ist es eher ein politisches Leichtgewicht. Wenn wir uns an die Zeit erinnern, als dieses Land von Gerhard Stoltenberg geführt wurde, wenn wir uns an sein Gewicht in der Bundespolitik erinnern, muss man sagen: Manchmal habe ich geglaubt, dieser Mann spricht für ein Land mit 12 Millionen Einwohnern. Das war das Gewicht Schleswig-Holsteins in der deutschen Politik. Wenn ich mir anschau, was Rotgrün dort leistet, komme ich zu dem Ergebnis, dass dies jämmerlich ist. Manchmal hat man den Eindruck, dort leben weniger als 1 Million Menschen.

Es geht darum, dass Bildungsinnovationen und Wirtschaftsdynamik nicht nur im Süden unter der Führung der Union stattfinden. Wir brauchen auch Regierungen im Norden, die Bildungsinnovationen und Wirtschaftsdynamik schaffen, die den Ländern wieder Gewicht geben.

(Beifall)

Sie können sich deswegen darauf verlassen: Die CDU Schleswig-Holsteins wird kämpferisch in diese Wahlen gehen. Natürlich haben wir auch ein besonderes Interesse an der schnellen Aufklärung, damit der Blick wieder frei für die politische Auseinandersetzung in Schleswig-Holstein wird. Bei der ersten Wahl im nächsten Jahr, im nächsten Jahrzehnt, im nächsten Jahrhundert werden wir dann das Signal setzen, dass die Union auch weiterhin die führende Kraft in unserem Lande sein wird. Wir können sicher sein, auch in Zukunft werden schwierige und historische Entscheidungen auf uns zukommen. Dann brauchen wir wie in den letzten 50 Jahren eine Union, die die richtigen Entscheidungen für unser Land erkämpft. Deswegen ist es so wichtig, dass es nicht nur um unsere eigene Zukunft geht. Es geht vielmehr auch um die Zukunft Deutschlands. Lassen Sie uns in diesem Sinne miteinander an die Arbeit gehen und kämpfen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Eberhard Diepgen, Tagungspräsidium: Lieber Volker Rühle, Sie haben gesagt, die Union in Schleswig-Holstein wird kämpfen. Ich will Ihnen hier versichern: Die Union insgesamt wird für Ihren Sieg und für das richtige Signal für das Jahr 2000 kämpfen.

(Beifall)

Das Wort hat Uwe Lehmann-Brauns. Meine Damen und Herren, an dieser Stelle möchte ich noch den Hinweis geben, dass wir jetzt die allgemeine Aussprache zum Bericht des Vorsitzenden führen. Über familienpolitische Themen diskutieren wir nachher im Rahmen der weiteren Tagesordnungspunkte.

Dr. Uwe Lehmann-Brauns: Herr Vorsitzender, lieber Herr Diepgen! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir kurz ein paar Anmerkungen zum Spendenthema – wozu sonst? Ich schließe jede Form persönlicher Bereicherung und Vorteilsgewährung an Dritte auf unserer Seite aus. Anderenfalls wären wir hier auch das falsche Gremium.

Zweitens. Der vorliegende Verstoß gegen das Transparenzgebot des Parteiengesetzes ist offenzulegen, aufzuarbeiten, und gegebenenfalls ist auch eine Reform vorzunehmen. Ich sage ein Kompliment und einen Dank an Angela Merkel und Wolfgang Schäuble, die für die Integrität und die Aufklärungsbereitschaft der Union in der Öffentlichkeit stehen. Die Union schuldet wegen des eingetretenen Vertrauensschadens in der Tat Wiedergutmachung.

Drittens. Niemand wird in diesen Tagen so genau und schmerzlich zur Kenntnis nehmen wie Helmut Kohl, dass die partriarchalische Handhabung der Parteikasse in der Bilanz nicht auf der Habenseite erscheint.

Es erweist sich aber auch bei ihm als allzu menschliche Wahrheit, dass nur Pharisäer und Menschen ohne Verantwortung fehlerfrei sind. Die Öffentlichkeit und die Historiker werden ihn

ungeachtet seines überschießenden Patriarchats nach wie vor zu den großen Deutschen dieses Jahrhunderts zählen.

(Beifall)

Helmut Kohl hat die Verantwortung übernommen. Aber es dürfte wohl klar sein, dass wir alle mitverantwortlich sind. Wir haben 20 Jahre lang als Begünstigte seines Patriarchats gelebt, und wir haben damit gut gelebt. Da werden wir uns heute nicht feige drücken.

Fünftens. Ich bin sicher: Je rigoroser wir die Vorgänge aufklären, desto eher werden die Menschen die kurzatmige Schadenfreude unserer Gegner als Zeichen von deren Schwäche erkennen und der Union das Vertrauen zurückgeben. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Eberhard Diepgen, Tagungspräsidium: Als nächster hat sich Norbert Blüm zu Wort gemeldet.

Dr. Norbert Blüm: Meine lieben Freunde! Ich möchte nur ein paar kurze Bemerkungen machen. Ich stelle voran: Recht muss Recht bleiben – Aufklärung unbegrenzt, keine Vernebelung!

Dennoch will ich noch ein paar Sachen – ich habe mich ja öffentlich selten gemeldet – zu der Diskussion der letzten Tage und Wochen sagen. Da höre ich immer von einem „System Kohl“. Liebe Freunde, ich war mit dem Mann lange auf der Baustelle – sehr lange –, und trotzdem frage ich mich, was damit gemeint sein soll. Es gab kein kunstvolles Netzwerk. Ich habe mich eher als Teil einer Mannschaft gefühlt, die manchmal in schwerer See war, allerdings einen Kapitän hatte, der bei Turbulenzen das Steuer fest im Griff hatte und auch bei Gegenwind – und wir hatten sehr viel Gegenwind; wissen Sie, der Mut nach Kriegsschluss ist auch in der Politik sehr groß – Kurs gehalten hat. Wir mussten Entscheidungen treffen – da gab es keinen Modellversuch, da hat uns keine Enquete-Kommission vorgearbeitet –, im Zustand von Unsicherheit. Deshalb waren Fehler unvermeidlich.

Ich bekenne, dass die Politik Kohls auch immer von großen personalen Bindungen getragen war. Das ist keine Kumpanei. Ich will nicht in einer ideologischen Partei leben, in der es nur Programme gibt, der es nur um die Sache geht. Ich möchte in einer Partei leben, die nicht eine Zweckgemeinschaft zum Erwerb und Erhalt von Macht ist, sondern in der es Kollegialität und Zusammenhalt gibt. Nur eine solche Partei wird überhaupt überleben.

(Beifall)

Es war eher eine von Vertrauen gefestigte Verlässlichkeit. Dies hat Streitereien nicht ausgeschlossen. Auch ich habe mich an den Streitereien kräftig beteiligt, wenn auch vielleicht intern lauter als extern. Aber ich will noch einmal betonen: Ein Verlust von personalen Zusammenhängen wäre auch ein Verlust von Menschlichkeit.

Vielleicht ist dies auch eine Erklärung für die internationalen Erfolge von Helmut Kohl – das findet man in den ideologischen Seminaren nicht –: dass er mit Gorbatschow, Bush und Mitterrand nicht nur über Politik gesprochen hat. Vielleicht konnte er sie deshalb auch einmal anrempeln, ohne sie zu verletzen. Aber all das, was jetzt an Deutungen kommt, weise ich

zurück: Ich war nicht beteiligt, wir waren nicht beteiligt an einer Politik der Käuflichkeit. Schon der Verdacht ist eine Unverschämtheit.

(Beifall)

Ich habe eine Gesundheitsreform gegen die mächtigsten Lobbyisten, die es in Deutschland gibt, durchgesetzt. Dabei habe ich von meinem Vorarbeiter Helmut Kohl nie gehört, ich müsse die Pharmaindustrie mal ein bisschen sanfter behandeln.

Was Recht ist, muss Recht bleiben. Die Aufklärung muss unbegrenzt sein. Daran gibt es nichts zu deuteln. Aber was ich nicht so gerne habe, sind Leute auf Fluchtbewegungen, die noch vor vier Wochen, als noch ein Lichtkegel auf Helmut Kohl fiel, gerne auf seinem Schoß gesessen haben. Das habe ich nicht gerne. Wenn es regnet oder schneit, muss man sich genauso verhalten wie bei Sonnenschein. Es geht darum, auch in schweren Zeiten zusammenzuhalten.

(Beifall)

Das Wichtigste ist mir die Aufklärung. Sie muss unbegrenzt sein und Konsequenzen haben. Aber lasst uns Menschlichkeit und personale Bindungen auch in der Politik nicht zur Nebensache werden.

Jetzt noch ein paar Anmerkungen zur Rente. Ich begrüße Konsens. Es ist immer gut, die Alterssicherung auf breiter Basis zu festigen, auch wenn dies Anstrengungen kostet. Konsens ist allerdings keine Kumpanei. Es darf keinen Konsens geben, in dem man um des lieben Friedens willen das Falsche macht. Was auch nicht sein kann: dass der Konsens dazu dient, sozusagen die Spuren der SPD zu verwischen. Es war Rentenschwindel, und es bleibt Rentenschwindel, was die SPD gemacht hat.

(Beifall)

Wir sind doch nicht die Konkursverwalter. Ich erinnere mich nämlich noch – falls das jemand vergessen hat, müssen wir es auch der Öffentlichkeit sagen –: Unsere Rentenpolitik ist mit „Kahlschlag“ betitelt worden. Herzlos ist sie genannt worden. Das erzielte große Wirkung im Wahlkampf. Kaum war die Wahl vorbei, haben sie alles zurückgenommen und alle Versprechen gebrochen. Trotz eines wünschenswerten Konsenses können wir deshalb nicht zur Tagesordnung übergehen. Es war Rentenschwindel, und es bleibt Rentenschwindel.

Diese Regierung greift die Renten härter an und entlastet die Jungen weniger. Das ist genau seitenverkehrt. Einer solchen Politik wird man auch um des Konsenses willen nicht die Hand reichen können. Es führt kein Weg an einer demographischen Formel vorbei; da kann man noch so kunstvoll reden. Die Rente mit 60 mag ja populär sein. Ich habe aber noch nie verstanden, wie man Rentenprobleme dadurch lösen kann, dass man für mehr Rentner sorgt. Wenn die Menschen älter werden, können die Menschen nicht immer jünger in die Rente gehen. Das ist Geisterfaherei. Insofern glaube ich: Kooperation und Konsens ja, aber keine Kumpanei.

Eine bedürfnisabhängige Grundrente kann doch wohl nicht im Sinne der CDU sein. Versicherung hat nichts mit Fürsorge zu tun. Ich habe etwas dagegen, wenn ein Sozialstaat ständig fragt: Bist du reich? Bist du arm? – Ein Sozialstaat hat auch zu fragen: Warst du fleißig? Hast

du gearbeitet? Hast du Beiträge gezahlt? – Wenn man Beiträge bezahlt hat, muss man mehr bekommen, als wenn man keinen Beitrag gezahlt hat. Das ist jedenfalls mein Verständnis.

(Beifall)

Wer sich wie mein Vater beispielsweise die Kosten für ein Häuschen vom Mund abgespart hat – wer abends ein Bierchen weniger getrunken hat –, der ist nach diesem Verständnis nicht bedürftig, dessen Grundrente wird nicht aufgestockt. Wer dagegen sein Geld versoffen hat – es sei ihm ja gegönnt –, der bekommt es. Das ist keine Sozialpolitik, die man mit der CDU machen kann. Es geht auch um die Malocher, um die Fleißigen.

(Beifall)

Liebe Freunde, das war eigentlich schon alles, was ich zu sagen hatte. Ich ermuntere uns nur, dann, wenn es stürmisch wird, Standfestigkeit zu beweisen. Was uns nicht umschmeißt, macht uns nur stärker.

(Beifall)

Eberhard Diepgen, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, dieser Bundesausschuss hat ein Schwerpunktthema: Familie. Dem wollen wir uns jetzt widmen. Ich rufe deshalb TAGESORDNUNGSPUNKT 11 auf:

BERICHT DER GENERALSEKRÄTERIN DER CDU DEUTSCHLANDS;

zugleich

EINFÜHRUNG IN DEN ANTRAG DES BUNDESVORSTANDS
„LUST AUF FAMILIE – LUST AUF VERANTWORTUNG“

Das Wort hat Angela Merkel.

Dr. Angela Merkel, Generalsekretärin der CDU (mit Beifall begrüßt): Liebe Freunde! Dieser Kleine Parteitag zur Familienpolitik findet wenige Tag vor einem symbolträchtigen Jahreswechsel statt. Der Wechsel zum Jahr 2000 ist ein besonderer. Vor solchen Jahreswechseln blickt man zurück auf das, was war, und natürlich schaut man auch voraus auf das, was kommen mag, mit Neugier, mit Hoffnung, sicher mit vielen guten Vorsätzen – vielleicht auch ein wenig mit Bangen.

Wird es gut? Schaffe ich das, was ich mir vornehme? Welche Höhen und welche Tiefen müssen wir durchleben? Kommen wir voran? Diese Fragen haben wir uns als CDU auch Anfang dieses Jahres 1999 gestellt. Einige, die es nicht so gut mit uns gemeint haben, hätten es sicherlich ganz gerne gesehen, wenn wir nach der Bundestagswahl einfach den Kopf in den Sand gesteckt oder uns zerfleischt hätten. Doch diesen Gefallen haben wir diesen Leuten nicht getan. Nein, wir haben sie Lügen gestraft. Nicht Angst, nicht Streit oder Mutlosigkeit waren angesagt, sondern ganz einfach Aufbruch '99. Das war unser Motto für dieses Jahr. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall)

Aber, liebe Freunde, das war auch kein blindes Vorgehen. Das war kein trotziges „Weiter so!“ oder ein bloßes „Jetzt erst recht!“. Dieses Motto war unser ganzer selbstbewusster Anspruch. Wir, die Christlich Demokratische Union Deutschlands, sind wieder da. Wir sind eine großartige Partei. Wir sind im wahrsten Sinne des Wortes in Tagen der Siege wie auch in Tagen der Niederlagen eine Verantwortungsgemeinschaft.

(Vereinzelt Beifall)

Wir, das sind 640.000 Mitglieder. Seit 1998 sind Tausende hinzugekommen. Das ist großartig. Auf diesem Weg müssen wir fortfahren.

Wir, das sind diejenigen, die 1990 mit der deutschen Einheit – wir sind heute in einem solchen Raum – dazugekommen sind. Wir, das sind 10.000 Ortsverbände und über 300 Kreisverbände. Diese Verbände haben 676 Anträge zu unserem Schwerpunktthema vorgelegt. So viele Anträge, liebe Freunde, hat es bei einem kleinen Parteitag seit 25 Jahren nicht mehr gegeben. Darauf sind wir stolz.

Dafür bin ich Ihnen allen, die Sie sich an diesen Anträgen beteiligt haben, von ganzem Herzen dankbar. Denn damit haben wir unser gemeinsames Motto „Aufbruch '99“ in diesem Jahr Wahrheit werden lassen. Wir überstehen gemeinsam schwierige Zeiten. Wir erringen gemeinsam unsere Siege. Das heißt, Volkspartei der Mitte und eine Verantwortungsgemeinschaft zu sein.

Wir haben uns auf dem Erfurter Parteitag ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Wir wollen gemeinsam die modernste Gesellschaft Europas schaffen, wir wollen gemeinsam die modernste Partei Europas werden, aber nicht einfach so, nicht beliebig, nicht unser Fähnchen in den Wind hängen, sondern in einem ganz festen Bewusstsein, nämlich in dem Bewusstsein, dass Werte bei uns Zukunft haben.

(Beifall)

Liebe Freunde, auf dieser Grundlage haben wir in diesem Jahr einen Diskussionsprozess mit dem Leitmotiv „Projekt 21“ begonnen, der uns schrittweise zur Bundestagswahl 2002 führen soll. Als erstes Etappenziel beraten wir heute einen familienpolitischen Antrag. Wir tun dies in dem Bewusstsein, dass wir auch in Zukunft unserem Anspruch verpflichtet sein müssen, die Partei der Familie in Deutschland zu sein.

(Vereinzelt Beifall)

Die Sozialdemokraten, liebe Freunde, machen es sich sehr einfach. Sie haben bei ihrem Parteitag vor ein paar Tagen auf ihr Rednerpult das Motto „Zukunft braucht Mut“ geschrieben. Dagegen ist zunächst einmal nichts zu sagen. Aber Mut allein ist zuwenig, reicht nicht aus, ist richtungslos. Zukunft braucht viel mehr. Zukunft braucht eine Richtung. Zukunft braucht einen Kompass. Rotgrün ist richtungslos. Genau deshalb ist 1999 ein verlorenes Jahr für Deutschland.

(Beifall)

Liebe Freunde, die CDU dagegen ist eine Partei mit einer stolzen Tradition, mit Werten, die im christlichen Verständnis vom Menschen ihren Grund haben, mit einem ganz klaren Kompass

für Westbindung, für deutsche Einheit, für europäische Einigung, für Markt und Menschlichkeit, für die neue soziale Frage. Dieses Erbe wollen wir zukunftsfähig machen, wollen wir ins nächste Jahrtausend überführen. Deshalb heißt das Motto für heute: Brücken bauen.

Liebe Freunde, die Kinder, die in diesen Tagen geboren werden, werden die Bürger des 21. Jahrhunderts sein. Politik im 21. Jahrhundert zu gestalten, das verlangt von den politischen Parteien, Antworten auf veränderte Bedingungen zu geben. Weltweite Wirtschafts- und Finanzmärkte stellen in Zukunft die Politik der Nationalstaaten vor völlig neue Aufgaben und Herausforderungen. Wer wird in Zukunft wo, an welcher Stelle und für wen Entscheidungen treffen? Das sind die zentralen Fragen der Politik. Je weiter die Entscheidungsräume gefasst werden, je mehr sich die Märkte erweitern, um so wichtiger wird es in Zukunft sein, eine Frage zu beantworten: Was ist die Rolle des Einzelnen in der Gesellschaft, in welchen Wertvorstellungen lebt der Einzelne, wo ist seine Heimat, wo ist er verankert?

Liebe Freunde, wer diese Fragen unbeantwortet lässt, wird den Menschen in unserer Gesellschaft keine Orientierung geben können. Wir wollen das aber. Uns leitet dabei vor allem das christliche Verständnis vom Menschen, ein Verständnis, das die Würde des Einzelnen für unteilbar erklärt, das Partnerschaft, Verlässlichkeit und Treue, Zuwendung und Orientierung für die Jungen sowie Solidarität gegenüber den Alten als wesentliche Maßstäbe kennt. Das christliche Verständnis vom Menschen mutet dem Einzelnen Verantwortung zu und definiert zugleich die Verantwortung der Gesellschaft für ihre Mitglieder.

Die Familie ist dabei eine der tragenden Säulen unserer Gesellschaft. In der Familie wachsen Kinder auf, in ihr werden Alte behütet. Familien spiegeln den Wandel und den Lauf menschlichen Lebens wider. 80 Prozent der Menschen in unserer Gesellschaft leben in Familien. Das heißt, dass auch die Mehrzahl der 640.000 Mitglieder in unserer Partei eigene Erfahrungen mit dem Leben in einer Familie mitbringt. Ich glaube, das ist auch die Ursache dafür, dass wir hier so viele Anträge haben. 676 Anträge zeugen auch von den verschiedenen Vorstellungen zu diesem Thema. Deshalb sagt unsere Familienpolitik unendlich viel über unsere Vorstellungen von der Gesellschaft der Zukunft aus.

Liebe Freunde, wer neue Antworten auf neue Fragen finden will, wie wir uns das in den Erfurter Leitsätzen vorgenommen haben, der muss den Wandel der gesellschaftlichen Wirklichkeit erst einmal richtig beschreiben. Wir haben es in diesem Jahr 1999 erlebt. Die Sozialdemokraten sind völlig unfähig dazu, den Wandel zu beschreiben. Wir haben es bei der Gesundheitsreform gesehen, bei der Steuerreform: Stets mehr staatliche Belastungen, mehr staatlicher Dirigismus. Das sind mit Sicherheit die falschen Antworten für die Zukunft.

Deshalb, liebe Freunde, haben wir uns für unsere Familiendiskussion das Ziel gesteckt, die veränderte Wirklichkeit zuerst einmal wahrzunehmen. In verschiedenen Anhörungen haben wir Experten befragt.

Vieles hat sich in unserer Gesellschaft verändert. Es gibt mehr ältere Menschen und weniger Kinder. Fast paradoxerweise hat eine Entwicklung zu mehr Wohlstand und größerer Individualisierung zur Folge, dass die Entscheidung für Kinder schwerer zu fallen scheint. Familien leben heute in Konkurrenz zu anderen Lebensentwürfen.

Besonders erscheint es so, dass die höhere Qualifizierung von Frauen und Männern dazu führt, dass Entscheidungen für Kinder in einem späteren Lebensalter oder gar nicht fallen. Auch hat die Zahl der Alleinerziehenden zugenommen. Jede dritte Ehe in unserer Gesellschaft wird geschieden, und in 55 Prozent der Scheidungen sind minderjährige Kinder betroffen. Die Beziehungsgeflechte werden durch Alleinerziehende und die zunehmende Zahl von Scheidungen komplizierter. Auch die Arbeitswelt führt dazu, dass Familien nicht mehr in einem engen Netz von Verwandtschaftsbeziehungen leben.

Ebenso hat sich die Partnerschaft zwischen Mann und Frau in Ehe und Familie verändert. Männer wollen sich stärker um ihre Rolle als Väter kümmern. Frauen wollen immer mehr nicht einseitig auf die Rolle der Mutter und Ehefrau festgelegt sein, sondern Beruf und Familie vereinbaren. Junge Menschen verstehen Partnerschaft heute so, dass sie in der Ehe eigene Wege gemeinsam gehen wollen.

Liebe Freunde, das Verständnis einer Partei von Familienpolitik geht in die Kernbereiche unseres Grundverständnisses vom Menschen und der Gesellschaft. Dies ist deshalb so, weil die Entscheidung für Kinder einerseits eine private Entscheidung ist und auch in Zukunft sein wird. Der Staat kann und will den Menschen in einer freien und pluralen Gesellschaft nicht vorschreiben, wie sie leben sollen oder zu wollen haben. Andererseits haben wir als politische Partei eine klare Vorstellung von der Gesellschaft, in der wir leben wollen. Deshalb wollen wir den Menschen für ihr Leben Anreize geben. Ehe und Familie gehören dazu.

Dabei ist uns bewusst: In keinem anderen politischen Bereich gehen individuelle Entscheidungen und staatliche Möglichkeiten in so widersprüchlicher Art und Weise Hand in Hand. Einerseits haben Eltern und Kinder Erwartungen an die Gesellschaft. Das berührt das Verhältnis von Menschen mit Kindern und Kinderlosen in unserer Gesellschaft. Gesellschaftlicher Fortschritt darf auch nicht dadurch erkaufte werden, dass diejenigen immer mehr am materiellen Wohlstand teilhaben, die keine Kinder haben. Andererseits haben aber genauso die Mitglieder einer Gesellschaft berechnete Erwartungen an die Eltern. Die private individuelle Entscheidung von Menschen für Kinder bedeutet Verantwortung für diese Kinder.

(Beifall)

Diese Verantwortung kann niemals durch den Staat alleine übernommen werden.

Unser Verständnis vom Menschen – auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes – bedeutet deshalb immer ein gegenseitiges Geflecht von Erwartungen des Einzelnen an die Gesellschaft und der Gesellschaft an den einzelnen.

Dann wird auch folgendes klar: Kindern fordern ihre Eltern, und das zu Recht. Die Entscheidung für Kinder bedeutet, dass Eltern Zeit, Liebe und Zuwendung für ihre Kinder aufbringen. Diese Grundeinstellung spiegelt sich deshalb auch in unseren Leitideen für eine Förderung für Familien wider. Wenn es um die finanzielle Förderung von Familien geht, wird immer gelten: Der Staat kann den Familien nicht alle finanziellen Belastungen abnehmen. Er muss dies auch nicht tun. Die Erziehung von Kindern ist und bleibt vorrangig eine Aufgabe der Eltern, die nicht vollständig in Mark und Pfennig aufgewogen werden kann.

(Beifall)

Aber wir sagen genauso – und das beschreibt noch einmal dieses interessante Spannungsfeld von individueller Verantwortung und staatlichen Aufgaben –: Der Staat fördert Familien mit Kindern in den ersten Lebensjahren besonders stark, weil hier der Erziehungsbedarf sehr hoch und eine volle Vereinbarkeit von Beruf und Familie schwierig ist. In den späteren Lebensjahren fließt ein Teil der staatlichen Familienförderung in die Betreuung von Kindern und die Bildungseinrichtungen.

Wenn wir von der Förderung von Familien sprechen, dann stellt sich natürlich als erstes die Frage: Welchen Familienbegriff legen wir denn unserer Politik überhaupt zugrunde? Liebe Freunde, wir haben in der Familien-Kommission lange um diesen Begriff gerungen. Wir haben gesagt: Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung tragen. Diese Familiendefinition hat in der Partei eine ganze Zahl von Diskussionen ausgelöst, und das ist gut so. Aber eins ist klar: Dieser Familienbegriff unterscheidet sich deutlich vom dem der Sozialdemokraten. Bei denen heißt es nämlich ganz lapidar: „Familie ist, wo Kinder sind.“

Für uns sind dagegen der Begriff der Verantwortung und die gelebte Verantwortungsgemeinschaft Teil des Verständnisses von Familie.

(Beifall)

Weder im Kindergarten noch im Kinderheim, weder in der temporären Wohngemeinschaft noch anderswo, wo Kinder sind, ist schon Familie. Familie ist erst und nur dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung übernehmen.

Familie ist auch nicht nur die Erziehung von kleinen Kindern. Familie ist vielmehr eine lebenslange Aufgabe. Familie erstreckt sich über die Generationen und ist daher eine dauerhafte Einbindung in ein ganz festes Beziehungsgeflecht.

Wir sagen weiter: Partnerschaft und Gleichberechtigung von Mann und Frau sind heute grundlegende Voraussetzungen für eine dauerhafte Ehegemeinschaft. Die auf Dauer angelegte Ehe ist die beste Grundlage dafür, dass Vater und Mutter partnerschaftlich füreinander und für ihre Kinder Verantwortung übernehmen und gemeinsam zum Lebensunterhalt beitragen. Deshalb ist der besondere Schutz des Staates, unter den das Grundgesetz Ehe und Familie stellt, nach wie vor gut begründet. Dabei muss es bleiben. Liebe Freunde, in diesem Rahmen – aber auch nur in der Abgrenzung zur Familie – stehen dann auch unsere Aussagen zu nicht-ehelichen und gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften.

Wer Verantwortung übernimmt, investiert Zeit, Liebe, Nerven und Kraft. Er wirkt damit mit an der Gestaltung der Gesellschaft. Liebe Freunde, damit kommen wir zu einer der schwierigsten Fragen des 21. Jahrhunderts: Wir wollen, dass auch unter globalisierten Wirtschaftsbedingungen Antworten auf neue soziale Fragen gefunden werden. Wie sieht es zum Beispiel aus mit den Möglichkeiten der Teilhabe von Menschen an unserer Gesellschaft? Damit gelangen wir mitten in eines der spannendsten Felder, nämlich zu der Frage: Welche verschiedenen Formen von Arbeit kennen wir?

Unsere heutige Gesellschaft ist ganz stark durch die klassische Erwerbsarbeit bestimmt. Aber wir wissen, dass die gewohnte durchgängige, lebenslange Erwerbsbiographie in einem Berufszweig ein Modell der Vergangenheit sein wird. In der familienpolitischen Diskussion der

70er Jahre hat die CDU in diesem Zusammenhang den Begriff der Wahlfreiheit geprägt. Wahlfreiheit sollte damals zum Ausdruck bringen, dass sich Frauen und Männer frei entscheiden können, ob sie ihr Leben in der Familie als Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit oder allein in der Erwerbsarbeiten gestalten wollen.

Damit hatte die CDU gegenüber den Sozialdemokraten einen ganz visionären Schritt vollzogen. Wir haben nämlich verschiedene Formen von Arbeit definiert und nicht, wie es die Sozialdemokraten getan haben, die Gleichberechtigung einfach über die Erwerbstätigkeit der Frau festgelegt.

Heute müssen wir feststellen: Zwar trauen viele jüngere Frauen der CDU zu, dass sie die Familienarbeit besonders anerkennt. Sie machen aber Fragezeichen, wenn es darum geht, ob wir uns genauso intensiv für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie einsetzen. Deshalb will ich noch einmal ganz klar sagen, weil es sich hier um ein zentrales Feld der Diskussionen handelt: Es geht nicht darum, wertend zwischen Erwerbs- und Familienarbeit unterscheiden zu wollen. Es geht um etwas anderes: Manche Eltern würden gerne auf Erwerbsarbeit verzichten und sich für einige Zeit der Familienarbeit widmen, können dies aber aus finanziellen Gründen nicht. Andere würden die Vereinbarkeit von Beruf und Familie leben wollen, können dies aber nicht, weil Betreuungseinrichtungen für Kinder fehlen oder andere Gründe ausschlaggebend sind. Deshalb hat sich die vollkommene Wahlfreiheit als eine real vielleicht nie lebbare Situation herausgestellt.

Es muss also darum gehen, die verschiedenen Wahlmöglichkeiten zu erweitern und zu verbessern.

(Beifall)

Wir haben uns gerade aus diesem Grund in unserem Leitantrag dafür entschieden, in Zukunft bis zum sechsten Lebensjahr des Kindes eine neue finanzielle Förderung einzuführen: das Familiengeld. Das Familiengeld soll aus dem bisherigen Kindergeld und Erziehungsgeld bestehen. Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub, den wir in Zukunft Familienzeit nennen wollen, sind übrigens zentrale Größen christlich-demokratischer Familienpolitik, genauso wie die Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht.

Wir können heute mit Stolz sagen, dass unsere Ideen von Erziehungsurlaub, Erziehungsgeld und der Anerkennung von Rentenzeiten für die Erziehung von Kindern inzwischen von allen politischen Parteien geteilt werden. Das ist ein Erfolg der CDU Deutschlands, den uns keiner nehmen kann.

(Beifall)

Liebe Freunde, nun wollen wir dieses Familiengeld weiterentwickeln. Wenn ein einkommensabhängig gezahltes Familiengeld in Zukunft Maßstab für die Familienförderung in den sechs Lebensjahren sein soll, dann schließt sich daran sofort eine kontroverse Diskussion in unserer Partei an. Welchen Stellenwert soll dieses Familiengeld haben? Wollen wir die Familienarbeit in Form eines Gehaltes honorieren? Ich persönlich habe die Sorge, dass wir dadurch einer „Kommerzialisierung“ der Familie das Wort reden würden, was nicht unsere Sache ist.

(Beifall)

Wenn die Entscheidung für Kinder eine freiwillige ist, so ist die Bezahlung der Familienarbeit in Form eines Gehaltes aus meiner Sicht eine schwierige Angelegenheit. Manche fürchten auch – das muss man ebenfalls ernst nehmen –, dass eine solche Subjektförderung der Familien einen Abbau der Betreuungseinrichtungen von Kindern zur Folge hätte, was unserem Ziel einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie genau entgegenstünde.

(Beifall)

Trotzdem ist natürlich zu hinterfragen, in welcher Weise wir sowohl in den sozialen Sicherungssystemen als auch hinsichtlich der Bewertung der Familienarbeit eine Gleichwertigkeit von Familienarbeit und Erwerbsarbeit schaffen können; denn wir sagen auch: Familienarbeit und Erwerbsarbeit sollen gleichwertig sein.

So gibt es in diesem Kreise, insbesondere vom Hessischen Landesverband, einen Vorschlag, das Familiengeld mittelfristig zu einem Bruttoentgelt weiterzuentwickeln. Wir können die Diskussion in diesem Rahmen zwar führen. Aber meine Meinung ist klar: Ich glaube, dass die Frage, wie die verschiedenen Formen von Arbeit im nächsten Jahrhundert zu bewerten sind, eine der spannendsten ist, die wir in der Union diskutieren müssen, wenn wir von einer Teilhabegesellschaft für alle sprechen wollen.

(Beifall)

Ich sage aber auch: Wir werden es nicht zulassen, dass es in unserer Partei eine Aufteilung nach folgendem Motto gibt: Die einen müssen das Geld verdienen, was die anderen ausgeben. Wir werden die Teilhabegesellschaft des 21. Jahrhunderts nur schaffen, wenn wir alle aus unseren gewohnten und manchmal auch liebgewonnenen Schützengräben ein Stück weit herauskommen. Die Stellungsgefechte des vergangenen Jahrhunderts werden uns bei der Lösung der Fragen von morgen mit Sicherheit nicht helfen.

Deshalb glaube ich, dass neben dem Verhältnis von Familien- und Erwerbsarbeit als ein weiteres ganz wichtiges Feld die Frage ist, wie nach einer Familienzeit die Rückkehr in das Erwerbsleben stattfinden kann. Bis heute ist es so, dass wir zwar von der Gleichwertigkeit von Familienarbeit und Erwerbsarbeit sprechen. Wenn aber diejenigen, die Erziehungsarbeit geleistet haben, wieder in die Erwerbsarbeit zurückkehren wollen, werden sie behandelt, als handele es sich bei ihnen um Neueinsteiger. Dies kann nicht die Gleichwertigkeit beider Arbeiten sein. Das muss sich ändern.

(Beifall)

Wir machen in unserem Papier eine ganze Reihe von Vorschlägen, wie wir diesen Wiedereinstieg ins Berufsleben verbessern können und wie wir mehr Flexibilität in den Arbeitsverhältnissen schaffen können. Ich sage Ihnen voraus: Die Menschlichkeit unserer Gesellschaft wird auch daran zu beurteilen sein, ob wir Flexibilität immer nur dann fordern, wenn es uns hinsichtlich der Erwerbsarbeit passt, oder ob Flexibilität als ein Begriff verstanden wird, der für das gesamte Leben und für alle Lebensbereiche gelten muss.

Dies führt uns zu der Frage hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme. Wir haben heute bereits in der Arbeitslosenversicherung und in der Krankenversiche-

rung unterschiedliche Fördermaßstäbe für Menschen mit und ohne Kinder. Im Rentenrecht haben wir richtigerweise – die CDU hat dies immer vorangetrieben – die Anerkennung von Erziehungszeiten verbessert. Als Erziehender für die nach 1991 geborenen Kinder erhält man einen Rentenanspruch von 150 DM pro Jahr. Das ist eine gewaltige Verbesserung. Die eigenständige Sicherung der Frau, die meistens heute noch die Erziehungsarbeit leistet, bleibt trotzdem eine zentrale politische Aufgabe und soll verbessert werden.

Wir müssen natürlich auch die begrenzten finanziellen Ressourcen im Auge haben. Wenn wir Maßnahmen, wie zum Beispiel das Familiengeld, umsetzen, stellt sich immer wieder die Frage, ob es nicht auch Möglichkeiten gibt, Umverteilungen von denen mit Kindern zu denen ohne Kinder vorzunehmen.

(Teilweise Beifall)

Ich weiß, dass diejenigen, die die Diskussion um das Rentensystem seit langem verfolgen, größte Sorgen haben, ob dieses Rentensystem, das vielerlei Belastungen ausgesetzt ist, nicht überlastet wird. Ich sage aber auch: Wenn wir an der Schwelle zu einem neuen Jahrhundert die Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme diskutieren, dann darf es aus meiner Sicht keine Tabus geben.

(Beifall)

Deshalb haben wir aus der Arbeit der Familienkommission heraus zwei Prüfaufträge an die Sozialstaatskommission, geleitet von Christian Wulff, weitergeleitet und sie gebeten, diese beiden Prüfaufträge im Sinne der Familien redlich und vernünftig, aber auch weiterführend zu diskutieren.

Familienpolitik ist viel mehr als Politik der Förderung mit Geld. Deshalb ist in unserem Antrag die Verbesserung der Erziehungsfähigkeit von Eltern einer der ganz wichtigen Schwerpunkte. Was an präventiver Arbeit durch Beratung, Hilfestellung und Bildung im Bereich von Erziehung geleistet wird, braucht der Staat später an Fehlverhalten nicht wieder gutzumachen. Wir dürfen nicht die Augen verschließen vor den vielen Fällen von Drogen, Gewalt und Missbrauch von Kindern. Wir dürfen in unserer Gesellschaft nicht einfach wegschauen.

Die Anforderungen an Eltern, die heute Kinder erziehen, sind trotz materiellen Wohlstands an vielen Stellen gewachsen. Deshalb darf die Inanspruchnahme von Beratung nicht etwa mit dem Versagen bei der eigenen Erziehungsleistung gleichgesetzt werden. Wir müssen einen Beitrag dazu leisten, dass Bildungsangebote und Beratung zur Erziehung zur Normalität gehören, wann immer – und nicht erst dann, wenn sozusagen das Kind schon in den Brunnen gefallen ist – Eltern diese in Anspruch nehmen.

(Beifall)

Liebe Freunde, in unserem Antrag zeigen wir gerade am Beispiel der Familie, welche Herausforderungen uns das 21. Jahrhundert bringen wird. Wir versuchen, einige konkrete Antworten zu geben. Wir diskutieren über dieses Thema aber nicht allein unter materiellen Gesichtspunkten, sondern wir führen die Diskussion im Geist unseres christlichen Menschenbildes. Wir machen keine falschen finanziellen Versprechungen und bauen keine Luftschlösser.

Wir bekennen uns zu einer Politik der Senkung der Sozialstaatsquote. Wir setzen uns aber intensiv mit dem Begriff der Arbeit in der Zukunft auseinander. Wir diskutieren ein Thema, das Millionen und Abermillionen von Menschen jeden Tag bewegt.

Damit zeigen wir: Die Opposition von heute ist die Regierung von morgen. Dabei gilt: Erneuerung, auch programmatische Erneuerung, schafft Mehrheiten. Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als dass wir für eine Politik stehen, die auf der Höhe der Zeit steht, die aber trotzdem nicht beliebig ist. Wir stehen also für eine Politik, die dem Selbstverständnis unserer Partei entspricht, dem Selbstverständnis der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Deshalb freue ich mich auf eine spannende, ausführliche und mit dem heutigen Tag nicht zu Ende gehende Diskussion über das Thema „Familie – mitten im Leben“. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall)

Eberhard Diepgen, Tagungspräsidium: Liebe Angela Merkel, vielen Dank für Ihren Bericht. Ich verbinde diesen Dank mit einem Dank an all diejenigen, die an der Formulierung der Zielrichtungen in der letzten Zeit mitgearbeitet haben. Ich danke Ihnen auch dafür, dass Sie in den letzten Wochen, in denen es ganz schwierig war, immer „Ihre Frau“ gestanden haben. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

Angela Merkel hat darauf hingewiesen, dass wir jetzt intensiv diskutieren wollen. Mir ist aufgegeben worden, noch einmal darauf hinzuweisen, dass sich angesichts der vielen Wortmeldungen die Frage der Redezeit stellt. Das Parteitagspräsidium kann die Redezeit auf fünf Minuten begrenzen. Das möchte ich aber am Anfang der Debatte nicht tun. Sie wissen ja, dass ich ein gewisses Verständnis für leicht überzogene Redezeiten habe. Gegebenenfalls muss ich aber die Redezeit verkürzen.

Sie werden daher Verständnis haben, dass ich all diejenigen, die sich zu Wort gemeldet haben, bitte, darauf zu achten, dass wir noch Zeit für eine intensive Diskussion der Einzelpunkte – jetzt beginnt erst einmal die Generalaussprache – benötigen. – Als erste Rednerin hat Claudia Nolte das Wort.

Claudia Nolte: Herr Tagungspräsident! Herr Vorsitzender! Liebe Freunde! Ich gestehe, dass mir diese Rede nicht leicht fällt. Für mich sind Ehe und Familie das Fundament unserer Gesellschaft. Auch wenn ich immer wusste, dass eine Beziehung, dass eine Ehe scheitern kann, so trifft es doch besonders hart, wenn man seinen selbst gesteckten Ansprüchen nicht gerecht werden konnte.

Aber ein Ideal wird nicht deshalb in Frage gestellt, weil man es selber nicht erreichen konnte. Im Gegenteil: Das Leben in Ehe und Familie ist auch heute die meist gelebte und die verlässlichste Familienform. Sie entspricht unserem christlichen Verständnis vom Menschen.

Trennung bedeutet in der Regel Schmerz, vor allem für die Kinder. Die zunehmenden Scheidungszahlen deuten darauf hin, dass das Leben in Ehe und Familie, in Partnerschaft heute nicht einfacher geworden ist, dass die Ansprüche an den Partner gestiegen sind und damit auch oft die Enttäuschungen.

Die vielfältigen Familienformen sind deshalb für mich ein Zeichen dafür, dass es spezifische Problemlagen gibt. Aus meiner Erfahrung sage ich: Deshalb brauchen wir mehr Angebote, die helfen, Konflikte zu bewältigen, die rechtzeitig gegeben werden müssen. Darum finde ich es ganz entscheidend, dass wir in unserem Antrag all die Fragen der Erziehung und Bildung, Familienerholung, Familienbildung und Familienberatung vorgesehen haben. Ich hoffe, dass wir es dort, wo wir Verantwortung tragen, schaffen, diese Leistungen auszubauen.

Die Botschaft, die ich in diesem Zusammenhang in unserem Leitantrag für entscheidend halte, ist, dass wir die Lebensentscheidungen der Menschen respektieren, dass wir uns mit Bewertungen zurückhalten, was richtig oder falsch, was gut oder schlecht ist, ohne dabei Ehe und Familie als besondere Lebensform in Frage zu stellen.

Wir wollen für alle, die familiäre Verantwortung tragen, gute Familienpolitik machen. Ich denke, dabei können wir auf das aufbauen, was in 16 Jahren CDU-geführter Bundesregierung unter Helmut Kohl im Familienbereich geschaffen worden ist. Das ist genannt worden: Verlängerung der Erziehungszeiten, Erziehungsgeld, Anerkennung von Erziehungszeiten für die Rente, Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz.

Wir haben auch in finanziell schwierigen Zeiten die Leistungen für Familien ausgeweitet. Allein in der letzten Legislaturperiode sind im Rahmen von Kindergeld und Kinderfreibetrag jährlich 13 Milliarden DM dazugekommen. Das gab es noch nie in einer Legislaturperiode.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb halte ich den Vorschlag des Familiengeldes für eine gute Weiterentwicklung der bisherigen familienpolitischen Leistungen.

Ich halte es für richtig, dass wir dem Vorschlag eines Erziehungsgeldes nicht gefolgt sind. Ich sage ganz ehrlich: Ich glaube, wir würden damit zum einen Erwartungen wecken, die wir nicht erfüllen können. Eine marktnahe Vergütung ist schlicht und ergreifend nicht bezahlbar. Ich weiß auch nicht, ob es gut wäre, wenn der Staat diese Aufgabe in einer solchen Art und Weise übernehmen würde. Wir dürfen nicht mehr fordern, als wir selber morgen finanzieren können.

Ich halte es außerdem für nicht wünschenswert, Familien in die Form eines abhängigen Beschäftigungsverhältnisses zum Staat zu bringen. Das, was Eltern ihren Kindern an Liebe und Zuwendung geben, lässt sich nicht in einem Geldbetrag, in einem Gehalt, quantifizieren.

Besonders problematisch fand ich die Verknüpfung mit der Aufgabe des staatlichen Kinderbetreuungssystems. Ich finde, wir müssen akzeptieren, dass sich die Lebensplanung der jungen Menschen verändert hat, gerade auch der jungen Frauen, die auf Grund einer immer besseren Qualifikation ihren Beruf ausüben möchten. Deshalb dürfen wir die jungen Leute nicht vor Alternativen stellen, nach dem Motto: entweder Beruf oder Familie, weil sie sich dann eventuell – das darf uns nicht wundern – gegen Kinder entscheiden.

Genau das erleben wir heute. Dass die Kinderzahlen zurückgegangen sind, hat zum großen Teil damit zu tun, dass es immer mehr Frauen gibt, die überhaupt keine Kinder haben, die sich gegen Kinder entscheiden.

Deswegen tue ich mich mit dem Begriff „Wahlfreiheit“ schwer, wenn damit ausschließlich die beiden Alternativen gemeint sind: entweder nur Beruf oder nur Familie, mit der Erwartung, irgendwann einen finanziellen Verlustausgleich zu bekommen, der realistischerweise nicht zu leisten ist.

Deshalb bleibt in meinen Augen entscheidend: Wie schaffen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf? Dabei ist der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz besonders wichtig; denn die Kinderbetreuung ist in diesem Zusammenhang das A und O. Deshalb ist in meinen Augen jeder Versuch, aus der staatlichen Kinderbetreuung auszusteigen, hochproblematisch, weil dadurch dieser Rechtsanspruch in Frage gestellt wird. Ich fürchte, das würde auch zu Lasten der Qualität der Kinderbetreuung gehen. Auf die eine oder andere Frau würde auch der Druck größer werden, dann doch lieber zu Hause zu bleiben, um das Geld für die Betreuung zu sparen.

Ich meine, wir müssen vor allem im Grundschulbereich mehr machen. Wir brauchen mehr Angebote, wie Horte und betreuende Grundschule. Denn dort gibt es die Probleme, alles unter einen Hut zu bekommen.

Liebe Freunde, ich bin mir sicher, dass Ehe und Familie so populär bleiben, wie sie heute sind. Wir können aber wesentlich dabei mit helfen, dass die Wünsche der Menschen nach Beziehungen, nach einem Leben in einer Familie künftig noch leichter und stressfreier zu erfüllen sind. – Vielen Dank.

(Beifall)

Eberhard Diepgen, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Das Wort hat Jürgen Rüttgers.

Dr. Jürgen Rüttgers: Lieber Herr Diepgen! Liebe Freunde! Als ich heute morgen hier hinkam, haben mich viele Journalisten auf die Spendengeschichte angesprochen, aber nur einer auf das Thema Familie. Deswegen sage ich Ihnen zuerst einmal: Für mich als jemand, der im nächsten Jahr eine wichtige Landtagswahl zu bestehen hat, ist das Thema Familie viel wichtiger als der andere Bereich.

Zum ersten hat der Vorsitzende alles gesagt, was man zur Zeit dazu sagen kann. Für mich ist das Familienthema deshalb so wichtig, weil uns eins nicht passieren darf: Wir dürfen jetzt nicht aufhören, Politik zu machen, und dürfen nicht sprachlos werden. Das Problem ist politisch nur zu bewältigen, wenn wir jetzt Politik machen. Das ist wichtig!

(Beifall)

Zum zweiten: Ich habe noch nicht vergessen, dass wir vor einem Jahr die Bundestagswahl verloren haben – so schön die Gewinne in diesem Jahr waren. Mein Gefühl ist immer noch, dass uns die Leute nicht zufällig abgewählt haben, sondern dass sie einen Grund hatten. Der Grund lag meiner Ansicht nach darin, dass wir uns in einigen Feldern ein wenig vom Lebensgefühl und der Lebenswirklichkeit entfernt hatten.

Wenn man eine solche Niederlage kassiert hat, gibt es nur ein Rezept: ab ins Kloster, Boden schrubben, irgendwann wiederkommen und sagen, welche Konsequenzen wir daraus gezogen haben. Heute ziehen wir in einem wichtigen Punkt die Konsequenzen aus den Überlegungen von vor einem Jahr. Deswegen ist mir dieses Thema wichtig.

Aus diesem Grund ist es mir auch wichtig, dass wir in diesem Papier, das die Kommission entwickelt hat, neue Antworten geben, zum Beispiel beim Familienbild. Wir haben am Samstag vor einer Woche unseren Landesparteitag gehabt, eine Woche lang, quer durch das Land Nordrhein-Westfalen. Da soll doch keiner so tun, als ob es all unseren Mitgliedern leicht fällt, alles das, was in diesem Papier steht, so zu übernehmen. Die Wahrheit ist doch, dass es bei der Frage, was eigentlich Familie ist, bei einem Teil unserer Mitgliedschaft ein Ausblenden der Entwicklung der letzten Jahre gab. Man wollte die Wirklichkeit nicht wahrnehmen, weil es so schön war, an den eigenen Vorstellungen festzuhalten.

Die Wahrheit ist aber, dass sich unsere Gesellschaft verändert hat. Es ist die Wahrheit, dass die Menschen immer später heiraten, dass das erste Kind immer später kommt, dass die Zahl der Kinder mit Geschwistern abnimmt, dass die Anzahl der Familien ohne Kinder zunimmt, dass es immer mehr Alleinerziehende und immer mehr nichteheliche Lebensgemeinschaften gibt. Das alles ist Wirklichkeit. Für uns stellt sich die Frage: Wie antworten wir eigentlich in der Politik auf die veränderte Wirklichkeit?

Es gibt zwei klassische Antworten, die übrigens häufig zwischen links und rechts schön verteilt sind. Die eine Seite sagt, das Beste zur Lösung der Probleme sei, dass sich die Frauen beruflich zurücknehmen. Anders formuliert: Am besten bleiben die Frauen alle zu Hause; dann haben wir die Probleme mit der Kinderbetreuung und ähnliches nicht; dann können wir so weiterleben, wie wir das seit den letzten Jahrzehnten und Jahrhunderten gewohnt sind. – Das ist eine falsche Antwort.

(Beifall)

Dann gibt es noch die zweite Antwort, die lautet: Eine Frau kann sich nur dann selbst verwirklichen, wenn sie von morgens bis abends berufstätig ist. Auch das ist eine falsche Antwort, weil einfach der Herrgott die Menschen so geschaffen hat, wie sie sind. Es gehört eben zum Frausein genauso wie zum Mannsein, dass es schön ist, wenn man Mutter oder Vater ist. Auch das ist die Wahrheit.

(Beifall)

Vielleicht ist es jetzt das Wichtigste, dass wir mit diesem Papier eine dritte Position formulieren. Diese dritte Position zu vertreten – ich gebe das zu – fällt dem einen oder anderen schwer. Sie lautet:

Wir glauben nicht, dass wir als CDU, dass wir als Politiker überhaupt die Legitimation haben, den Menschen zu sagen, wie sie leben sollen. Das müssen sie selbst entscheiden, und übrigens: Sie tun es auch, unabhängig davon, was wir in unsere Programme hineinschreiben oder nicht hineinschreiben.

Wenn das richtig ist, heißt das ja nicht, dass wir unsere Werte, dass wir unser christliches Menschenbild aufgeben. Es heißt, dass wir die Wahrheit zur Kenntnis nehmen. Inzwischen geht mehr als die Hälfte aller Mütter neben der Erziehung arbeiten. Wenn ich das feststelle, muss ich zugleich sagen, dass für sie dieses Land nicht familienfreundlich ist. Meine Frau pflegt sich immer kaputtzulachen, wenn sie einen von uns hört, der sagt: Wir müssen Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren. Sie fragt mich dann angesichts unserer schul-

pflichtigen Kinder: Kannst du mir bitte einmal erklären, wie ich das eigentlich machen soll, wenn ich morgens um halb acht nicht weiß, ob der Älteste um zehn oder um elf oder um zwölf aus der Schule nach Hause kommt? Da ist nichts mit Vereinbarkeit! Das ist Realität in diesem Land, und die müssen wir ändern.

(Beifall)

Dann wird das Ganze mit dem Familienbild plötzlich sehr konkret. Es heißt dann zum Beispiel, dass wir heute den Sprung machen und sagen: Unsere ursprüngliche Haltung zur Ganztagschule ist passé; wir sind der Auffassung, wir brauchen in diesem Land mehr Ganztagschulen, eben damit beides besser miteinander vereinbar ist, übrigens dann nicht – wie in Nordrhein-Westfalen – nur bei Gesamtschulen. Ein entsprechendes Angebot muss bei allen Schulformen gemacht werden.

(Beifall)

Dann kommt die Frage, wann wir denn mit Kinderbetreuung anfangen, ob erst im Kindergarten, wie bei uns in Nordrhein-Westfalen, wo der Rechtsanspruch besteht, oder im Wege eines Angebots auch früher. Diese Frage werden wir anders beantworten müssen, als wir es bisher getan haben.

Mit diesen beiden Beispielen will ich es bewenden lassen. Das ist aber konkret das, was hinter dem Paradigmenwechsel steht, der sich in dem Satz fixiert: Wir schreiben den Leuten nicht mehr vor, wie sie zu leben haben. Wir holen sie da ab, wo sie in ihrer konkreten Wirklichkeit sind, und machen dann dieses Land familienfreundlich, weil wir immer noch der Auffassung sind, dass die Familie eigentlich die beste Zukunftssicherung für Kinder, Jugendliche und Eltern ist.

(Beifall)

Wer das durchdekliniert, kommt zu einer klaren Trias. Der erste Satz heißt, so wie es im Grundgesetz steht: Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.

Der zweite Satz heißt dann: Die Familie wird darüber hinaus besonders vom Staat gefördert.

Aber auch der dritte Satz ist dann wichtig, und der lautet: Andere Lebensformen und -gemeinschaften werden in diesem Land – zumindest nach unserer politischen Vorstellung – nicht diskriminiert.

Damit, liebe Freunde, bin ich bei einem Thema, das natürlich auch viele Menschen im Vorfeld bewegt hat. Da hat es, zumindest nach meinem Verständnis, auch die eine oder andere missverständliche Äußerung gegeben. Ich spreche jetzt von den gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften.

Das ist eine ganz konkrete Frage, und die Bundestagsfraktion wird ja – in wenigen Wochen oder in wenigen Monaten, das weiß man ja nicht – auf einen Gesetzentwurf von Rot-Grün reagieren müssen. Die wollen ja so etwas einbringen. Das erzählen die zwar schon seit einem Jahr, und sie schieben es dauernd hinaus, aber es kann ja sein, dass es kommt.

Dazu sage ich jetzt einmal, was in diesem Papier steht, damit das klar ist: Die CDU lehnt eingetragene Lebenspartnerschaften für gleichgeschlechtlich Orientierte ab. Das hat überhaupt

nichts mit Moral zu tun. Es hat etwas mit der Wahrnehmung unseres Rechtssystems zu tun. Zunächst: Es soll keiner so tun, als ob solche eingetragene Lebenspartnerschaften gegen das Grundgesetz verstoßen würden. Es gibt sie übrigens in unserem Bürgerlichen Gesetzbuch schon seit dem 1. Januar 1900. Nur zur Erinnerung: Da gab es so etwas wie die Verlobung. Sie ist ein bisschen aus der Mode gekommen, aber auch da gab es schon rechtliche Konsequenzen, bis hin zum Kranzgeld, das irgendwann einmal abgeschafft worden ist. – Das heißt, so etwas geht durchaus.

Die spannende Frage ist aber: Was hat es, wenn so etwas eingerichtet wird, für Konsequenzen? Da geht man ja nicht nur aufs Rathaus und trägt sich irgendwo ein, sondern das kann ja auch wieder auseinandergehen. Gilt dann zum Beispiel das Scheidungsfolgenrecht, das wir inzwischen an die Ehe angedockt haben? Wenn das nicht der Fall sein sollte, haben wir eine schwierige Situation.

Damit das übrigens auch jedem klar ist: Es soll doch keiner glauben, es wäre die rechtliche Eintragung solcher Lebensgemeinschaften nur für gleichgeschlechtlich Orientierte möglich. Den Prozess dagegen gewinne ich vor dem Bundesverfassungsgericht in kürzester Zeit unter Hinweis auf Art. 3: Diskriminierung der Heterosexuellen. Das muss für die sofort geöffnet werden.

Wenn das aber unterhalb des Scheidungsfolgenrechts geschieht, frage ich: Glaubt denn irgendjemand im Saal wahrhaftig, dass die jungen Leute, die heute schon Angst haben zu heiraten, weil sie Angst vor den Scheidungsfolgen haben, sich dann nicht als erstes eintragen lassen, statt zu heiraten? Das ist der Punkt, weshalb ich sage: Ich will diese eingetragene Lebenspartnerschaft nicht. Sie höhlt letztlich die Ehe aus. Das ist der Grund, weshalb es so formuliert ist. Das hat gar nichts mit Moral oder solchen Erwägungen zu tun.

(Beifall)

Nun kommt wieder der eben genannte dritte Satz: Nicht diskriminieren. Mich hat in einer Debatte einmal ein Homosexueller unglaublich beeindruckt, der gefragt hat: Können Sie als Christ mir eigentlich einmal sagen, was dagegen einzuwenden ist, wenn ein Homosexueller seinen aidskranken Freund bis zum Tode pflegt? Hat das nicht etwas mit Ihren Werten zu tun? – Da sage ich: Jawohl, das hat etwas mit Beständigkeit, mit Vertrauen, mit Zuneigung zu tun, auch bei Homosexuellen, genauso, wie es bei Heterosexuellen ist. Deshalb finde ich schon, dass wir gerade auch als christliche Demokraten, weil wir diese Werte haben, die Kraft haben müssen, einmal systematisch zu prüfen, ob bestimmte Vorschriften nicht geändert werden müssen, damit zum Beispiel die Eltern eines Homosexuellen den Freund nicht von Besuchen auf der Intensivstation ausschließen können.

(Beifall)

Wenn wir so herangehen, glaube ich, dass wir etwas sehr Vernünftiges machen. Wir erhalten unsere Grundsätze aufrecht. Wir sagen, wir wollen das Land familienfreundlich machen. Aber wir diskriminieren niemanden.

Angela Merkel hat auch etwas zu den finanziellen Fragen und zum Thema „Familiengeld“ gesagt. Ich finde das sehr vernünftig. Dazu in aller Offenheit: Ich habe gelesen, dass die CSU jetzt vorgeschlagen hat, es müssten 1000 DM sein. Ich warne ein bisschen davor, dass wir in

der Union jetzt nach dem Motto vorgehen: Wer ist am besten, wenn es darum geht, irgendwelche Zahlen in die Welt zu setzen? Ich bin nämlich noch nicht ganz sicher, dass wir schon verstanden haben, was wir in dem Papier eigentlich drinhaben, nicht nur beim Familiengeld.

Jetzt zitiere ich, liebe Freunde, einen anderen Satz, der mir unglaublich wichtig ist. Es steht dort, dass die CDU Deutschlands in Zukunft durchsetzt – das, was wir hier machen, ist ja keine Lyrik –, dass niemand wegen Kindern in die Sozialhilfe fällt. Dieser Satz ist mir unglaublich wichtig.

(Beifall)

Nur habe ich einmal versucht, im stillen Kämmerlein auszurechnen, was das kostet und was das in einem neuen System des Familienlastenausgleichs eigentlich heißt. Wir müssen klären, was das letztlich bedeutet, wenn man es in Relation zur Frage der Steuerreform – mit Ehegattensplitting u.ä. – setzt. Liebe Freunde, das wird noch harte Entscheidungen zur Folge haben! Die werden wir im Zusammenhang sehen müssen, wenn es uns um die Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme geht. Aber ich finde es wichtig, dass wir festhalten, dass es sich eben nicht um ein familienfreundliches Land handelt, wenn jemand plötzlich Sozialhilfe bekommen muss, bloß weil er Kinder hat. Das muss beendet werden, weil es ungerecht und unfair ist!

(Beifall)

Insofern glaube ich, dass wir mit dem jetzigen Papier über die eigentliche Familienpolitik hinaus etwas ganz Wichtiges tun. Wir sorgen dafür, dass sich diese Partei mit einem neuen Politikangebot an die Menschen wendet.

Am Anfang der heutigen Veranstaltung wurde ich gefragt: Sind Sie im Hinblick auf die Wahlen im Mai eigentlich gut gelaunt? – Ich habe den Journalisten gesagt: Wissen Sie, ich bin blendend gelaunt. Erstens gewinnen wir in Nordrhein-Westfalen die Wahlen, siehe Kommunalwahl mit 50,3 %. Zweitens weiß ich, dass 49 % aller Nordrhein-Westfalen eine andere Regierung wollen. Und es wäre jetzt verdammt schade, wenn wir solche Kämpfe verlieren würden, bloß weil wir plötzlich Angst kriegen. Wir haben alle Chancen, auch die nächsten Wahlen zu gewinnen, wenn wir sie gewinnen wollen. Das heißt: Politik machen, Politik machen, Politik machen – und nichts anderes.

(Beifall)

Eberhard Diepgen, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Wir sind voller Optimismus und Kraft. Angst kennen wir überhaupt nicht, und die nächsten Wahlen gewinnen wir.

Zwischendurch rufe ich jetzt PUNKT 12 der Tagesordnung auf:

BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Die heute eingesetzte Mandatsprüfungskommission hat die Unterlagen der Delegierten geprüft. Das Ergebnis darf ich Ihnen jetzt vortragen. Es wurde festgestellt, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt worden sind und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind. Die von den Bundesvorständen der Vereinigungen gewählten Delegierten sind entsprechend § 30 Abs. 1 Nr. 3 des Statuts weniger als zwölf Monate im Amt. Wir haben 144 voll

stimmberechtigte Delegierte. Um 11.50 Uhr waren 133 anwesend. Damit ist der Kleine Parteitag beschlussfähig.

Meine Damen und Herren, wir setzen die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 13 fort. Diese sollten wir zwischen 13.30 und 13.45 Uhr abschließen. Denn eine Fülle von Argumenten betreffen ja jeweils Einzelpunkte. Die Durchschlagskraft der einzelnen Argumente ist möglicherweise höher, wenn sie nachher im Zusammenhang mit den Einzelpunkten vorgetragen werden. Das bitte ich bei den folgenden Wortmeldungen zu beachten. – Wir kommen jetzt zur nächsten Wortmeldung von Rainer Eppelmann.

Rainer Eppelmann: Verehrter Tagungspräsident! Ich möchte an die Worte von Jürgen Rüttgers anknüpfen, dass wir Politik machen und Politik gestalten sollen. Angela Merkel hatte gerade mit ihrer Rede begonnen, da setzte sich eine Redakteurin einer Berliner Tageszeitung neben mich und fragte mich, ob ich nicht traurig sei, dass die erste Aussprache zu dem Bericht von Wolfgang Schäuble so kurz ausgefallen sei. Ich habe geantwortet, dass ich überhaupt nicht traurig gewesen bin. Denn als Mitglied des Präsidiums habe ich zum einen manches von dem, was Wolfgang Schäuble hier gesagt hat, schon länger gewusst. Auch in der Zeitung hat ja schon eine Fülle darüber gestanden. Ich habe zudem geantwortet, dass es um unsere Zukunft geht. Das Thema, das die Journalisten im Augenblick interessiert, hat mehr mit der Vergangenheit der Partei zu tun als mit der Zukunft unserer Gesellschaft.

Mit Blick auf die Zukunft macht mich nachdenklich, dass rund 80 Prozent der jungen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland heute die Frage, ob sie sich Kinder und eine Familie wünschen, mit Ja beantworten. Wenn man sie sich dann ein paar Jahre später anschaut und sich fragt, wie viele davon diesen Wunsch, der ihnen ja offensichtlich so wichtig war, dass sie ihn zumindest genannt haben, umgesetzt haben, dann war das nur die Hälfte. Nur die Hälfte der Jungen unter uns setzen einen Wunsch um, der ihnen wichtig ist.

Wir haben uns zu fragen, was wir verändern und verbessern müssen, damit unsere Gesellschaft kinder- und familienfreundlicher wird, als sie dies heute ist. Ich glaube, wir sind dabei, zu begreifen, dass das nur zum Teil etwas mit Geld zu tun hat.

Darum bin ich über die Formulierung in unserem Leitantrag „Familie ist überall dort, wo Eltern Verantwortung für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung tragen“ froh. Wir sehen die Familie als Schutzmacht für Kinder, denen nicht nur das Leben gegeben und geschenkt werden soll, sondern die sich in der Welt, in der sie leben, auch gestaltend zurechtfinden, die ihren Weg gehen sollen in dem Leben, das vor ihnen liegt.

Wir gehen dabei – auch das besagt dieser Satz – von einer Mehrgenerationenfamilie aus. Jeder kennt die Großmutter und den Großvater, die sich um ihre Enkel kümmern und so ihre eigenen Kinder entlasten. Das betrifft auch die Kinder und die Enkel, die sich um ihre pflegebedürftigen Eltern oder Großeltern kümmern. Das alles ist gelebte Familie, die uns wertvoll, wichtig und teuer ist.

Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Staates. Ich meine, das muss so bleiben. Wahr ist aber auch: Nicht aus jeder Ehe wird eine Familie in diesem Sinne, und nicht jede Familie entwickelt sich aus einer Ehe. Nehmen wir die Menschen, so wie sie sind! Nur

Ideologen wollen sie nach ihrem Bild neu schaffen. Zum Glück sind diese Zeiten – zumindest in Deutschland – vorbei, wo Ideologen bestimmen, wie Menschen zu sein haben und wie Menschen miteinander zu leben haben.

Das Familiengeld bündelt das Kindergeld und das Erziehungsgeld. Es soll für Eltern, für Vater und Mutter, mehr Wahlfreiheit dahin gehend schaffen, wer von beiden zu welcher Zeit die Erziehungsarbeit übernimmt und auf welche Art und Weise sie sie gestalten wollen.

Wir haben ein Gesamtkonzept für die Familie. Wir haben eine Vision. Wir haben ein gesellschaftliches Ziel, das wir benennen wollen: Vereinbarkeit von Beruf und Familie, echte Wahlfreiheit für Vater und Mutter, eine möglichst unkomplizierte Erziehungshilfe im Bedarfsfall da, wo es notwendig ist, und eine Dynamisierung der Familienbeiträge, die in Mark und Pfennig ausgezahlt werden.

Das ist ein gesellschaftliches Ziel, auf das wir uns einigen sollten. Ich bin sicher, wenn wir uns auf dieses Ziel heute einigen, dann wird es uns im Anschluss gelingen, die einzelnen Stufen und Schritte miteinander einvernehmlich und verträglich zu finden und abzustimmen.

98 Prozent unseres Papieres handelt von der Familienförderung. Wenige Sätze formulieren Respekt vor anderen Lebensoptionen. Unterhalb von Ehe und Familie, aber oberhalb der völligen Bindungslosigkeit sollten auch gleichgeschlechtliche Paare zusammenleben können. Das wollen wir im Mietrecht, in bezug auf den Krankheits- und den Todesfall prüfen. Dies muss meiner Meinung nach auch für eine christliche Partei möglich sein. Dort, wo familiäre Werte gelebt werden, wo Menschen Rechte und Pflichten, Treue und Verlässlichkeit leben, da sollte es keine Diskriminierung geben. Die Union hat kein Familienbild, das ausgrenzt, sondern ein Familienbild, das mit seinen Werten in die Gesellschaft ausstrahlen soll. Familiäre Werte sollten überall gelebt werden. Auch in der Politik und in der Wirtschaft ist es besser, miteinander als gegeneinander zu arbeiten.

Darum wünsche ich unserer Diskussion einen guten Verlauf. Ich hoffe, dass alle, die hier sitzen, daran interessiert sind, dass wir gemeinsam gesellschaftliche Ziele für unsere Familienpolitik formulieren können. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Eberhard Diepgen, Vorsitzender des Tagungspräsidiums: Vielen Dank. – Die Einhaltung von Terminen ist zwar nicht das Wichtigste. Aber ich werde nun nach einer Redezeit von fünf Minuten gewisse Hinweise geben.

Als nächster hat das Wort Dr. Hans Geisler und danach Rita Süßmuth.

Dr. Hans Geisler: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Leit-antrag ist aus meiner Sicht als wesentlicher Schritt in die richtige Richtung sehr zu begrüßen. Er kann jedoch wohl nicht als Ergebnis und Abschluss unseres Ringens um eine zukunftsorientierte Familienpolitik gelten, sondern als Zwischenbilanz. Ich fühle mich in dieser Hinsicht mit manchem Vorredner in Übereinstimmung. Wenn wir nicht mit großem Ernst und Engagement an seiner Konkretisierung und Ergänzung arbeiten, wird er keine tragfähige Grundlage für die Übernahme bundespolitischer Verantwortung bilden.

Ziele einer aktuellen Familienpolitik müssen unter anderem sein: die Belastungen, die Familien schwächen, zu verringern und Mängeln an Beziehungs- und Erziehungsfähigkeit vorzubeugen bzw. sie abzubauen. Einen wesentlichen Beitrag hierzu kann eine Familienbildungspolitik leisten, die durch folgende Schwerpunkte gekennzeichnet ist: Es sollte eine wesentlich größere Zielgruppe erreicht werden, als dies heute der Fall ist. Form und Inhalt müssen aktuellen Erkenntnissen der Pädagogik entsprechen, und die Angebote müssen mit Lebenssituationen verbunden werden, in denen eine relativ große Offenheit besteht, zum Beispiel bei der Eheschließung, bei der Geburt, beim Eintritt in den Kindergarten und beim Schulanfang.

Der im Leitantrag enthaltene Familienbildungsgutschein könnte bei gleichzeitiger Stärkung der Eigenverantwortung ein hilfreiches Instrument sein. Allerdings befindet er sich momentan noch im Stadium der guten Idee. Eine fachlich fundierte Konkretisierung ist ebenso notwendig wie kompatible Ergänzungsvorschläge, insbesondere deshalb, weil in Bayern mit einem vergleichbaren Konzept problematische Erfahrungen gemacht wurden.

Auch zwei weitere Forderungen des Leitantrages sind geeignet, die Belastungen von Familien abzubauen. Gleichzeitig würden sie die Wahlfreiheit von Eltern, insbesondere von Müttern, deutlich erhöhen. Ich meine den geforderten Ausbau von außerhäuslichen Betreuungseinrichtungen für Kinder und die Zahlung eines Familiengeldes. Beiden Forderungen stimme ich im Grundsatz zu, zumindest was die alten Bundesländer betrifft. Sie hören richtig: In Sachsen und auch in den anderen neuen Bundesländern besitzen wir ein bedarfsdeckendes Angebot an Kindertagesstätten für Kinder vom ersten bis zum zehnten Lebensjahr. Gerade deswegen ist es für uns offensichtlich, dass die beiden Forderungen, so wie sie im Leitantrag stehen, noch keine zukunftsweisende Kombination sind. Würden beide Maßnahmen realisiert, dann würden nicht wenige Eltern von Kleinkindern – ich meine Kinder bis zum dritten Lebensjahr; ich möchte nicht missverstanden werden – gleichzeitig das Familiengeld beziehen und zwei vollen Erwerbstätigkeiten nachgehen, was ihnen durch eine ganztägige Kinderbetreuung in einer Kindertagesstätte ermöglicht wird.

Sowohl das Familiengeld als auch die öffentliche Subvention der Kindertagesstätten belaufen sich dabei auf, ganz grob geschätzt, jeweils zirka 1 000 DM monatlich. Entscheidet sich die Familie jedoch dafür, dass beide Eltern halbtags erwerbstätig sind und abwechselnd das Kind selbst betreuen, dann büßt sie rechnerisch ein ganzes Gehalt und rund 1 000 DM staatliche Sachmittelförderung beim Kinderkrippenplatz ein. Das verstehe ich nicht unter gerechter Förderung und auch nicht unter der angestrebten echten Wahlfreiheit.

Das von uns vorgeschlagene und sowohl von unserem Landesverband als auch von Ministerpräsident Biedenkopf mitgetragene Erziehungsgehalt würde ohne jene Ungerechtigkeit und ohne die Verzerrung der Wahlfreiheit dieselben Ziele erreichen. Gerade die Verzerrung der Wahlfreiheit widerspricht eindeutig der Intention des Verfassungsgerichtsbeschlusses vom November letzten Jahres.

Ich plädiere nach wie vor für eine wie auch immer genannte – damit keine Fixierung auf den Begriff „Gehalt“ erfolgt – Leistung für Familien mit Kindern unter sechs Jahren, die unabhängig vom Kindergeld – das macht den Unterschied aus – rund 1 000 DM beträgt. Gleichzeitig müssten die Eltern jedoch einen Kinderkrippenbesuch voll finanzieren. Entsprechend den Grund-

leitlinien der CDU würden damit auch für den Betreuungsbereich weniger staatliche Kontrolle und Organisation und mehr elterliche Eigenverantwortung und Wahlfreiheit realisiert.

Auf Grund seiner pädagogischen Bedeutung müsste für den Kindergarten eine Kombilösung gefunden werden, die zum Beispiel durch einen Betreuungsscheck den halbtägigen Besuch einer Kindergartengruppe zu den geringen Elternbeiträgen wie derzeit ermöglicht. Erst für die darüber hinausgehende Betreuungszeit müssten die Eltern kostendeckende Beiträge entrichten.

Wenngleich wir im Freistaat Sachsen auf Grund der besonderen Historie den politischen Kraftakt leisten, ein bedarfsdeckendes Angebot an Kindertagesstätten sicherzustellen, so glaube ich doch nicht, dass dies auf der derzeitigen Grundlage in einem überschaubaren Zeitraum auch von den alten Bundesländern politisch geleistet werden kann. Durch unser Erziehungsgehalt und die damit verbundene Ausstattung der Eltern mit erheblicher Marktmacht, sprich, mit Geld, würde der privatisierte Aufbau von vielfältigen und den Elternbedürfnissen angepassten Betreuungsangeboten sicherlich deutlich schneller wachsen. Natürlich müsste dabei auch die staatliche Aufsicht wie derzeit die räumliche, hygienische und pädagogische Qualität der Einrichtung gewährleistet werden. Aus meiner Sicht wäre dies eine mit dem wünschenswerten Ausbau an Betreuungseinrichtungen ernsthaft kompatible und damit zukunftsfähige Förderung von Eltern. Gleichzeitig würde eine gleichmäßige Förderung von Eltern mit unterschiedlichen Lebensentwürfen wirklich Gerechtigkeit und Wahlfreiheit schaffen – im Gegensatz zu dem im Leitantrag vorgesehenen Modell, das, wenn man es ernsthaft zu Ende denkt, Eltern, die einen ganztägigen Krippenplatz für ihr Kind beanspruchen, was ihnen erst den Bezug von zwei vollen Einkommen ermöglicht, erheblich bevorzugt. Das scheint mir keine CDU-konforme Politik zu sein. Ich sage das mit der Gelassenheit eines Landespolitikers, der durch ein bedarfsdeckendes Angebot von Kinderbetreuungseinrichtungen sicherlich nicht einer „Heim-an-den-Herd-Politik“ bezichtigt werden kann. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Eberhard Diepgen, Tagungspräsident: Als vorletzte hat Frau Professor Rita Süssmuth das Wort. Danach spricht Frau Böhmer.

Prof. Dr. Rita Süssmuth: Herr Tagungspräsident, lieber Herr Diepgen! Liebe Anwesende! Ich glaube, dass wir mit dem Papier „Lust auf Familie“ das getan haben, was überfällig war, nämlich unsere Familienpolitik weiterzuentwickeln. Dabei sage ich allerdings zu Beginn: Die CDU hat keinerlei Anlass, ihre Familienpolitik der Vergangenheit zu verstecken, sondern sie hat vielmehr Anlass, sie offensiv zu vertreten. Wir haben keinen Grund, das Vergangene als geringe Leistung zu bezeichnen.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen sind wir auch der Auffassung, dass wir auf diesem Wege weitermachen sollten.

Ich möchte hier zu Beginn noch einmal sagen, dass es eine Renaissance der Familie und den großen Wunsch nach gelingendem Zusammenleben gibt. Wunsch und Wirklichkeit klaffen aber nach wie vor weit auseinander. Das zeigen uns die steigenden Ehescheidungsraten. Wenn wir sagen, 80 Prozent der Kinder leben in Familien, müssen wir auch wissen, dass die Statistik

nichts darüber aussagt, ob es sich dabei um die erste, zweite, dritte oder gar vierte Familie handelt. Die Kinder müssen folglich mit den entsprechenden Auseinandersetzungen fertig werden.

Zweitens halte ich es für wichtig, dass wir uns folgendes einmal vor Augen führen. Der Kinderwunsch und die Geburtenraten sind in den Ländern am größten, in denen Vereinbarkeit von Familie und Beruf am besten gegeben ist. In Europa haben wir die geringsten Geburtenraten gegenwärtig in Spanien, Italien und Griechenland. Wir müssen auch in diesem Zusammenhang erkennen, was wichtige Faktoren sind. Wenn wir danach fragen, so fällt auf, dass es um die Qualität der Beziehung geht.

Wenn ich hier noch einmal das Wort ergriffen habe, dann nicht deshalb, um den Antrag zu kritisieren, sondern um deutlich zu machen, dass es einen Bereich gibt, in dem wir gewissermaßen noch zu verhalten sind. Unsere Gesellschaft ist in großer Gefahr, was das Zusammenleben in friedfertigen und gewaltfreien Formen betrifft. Was sich bereits in Grundschulen und erst recht in Hauptschulen und Berufsschulen abspielt, müsste die CDU veranlassen, eine Offensive in Fragen der Erziehung in der Familie und in allen öffentlichen Lebensbereichen zu ergreifen, die bei anderen Parteien nicht ihresgleichen findet. Es hat keinen Zweck, ständig nur zu sagen: Wir wollen präventiv beraten und Bildung anbieten. – Das ist zwar notwendig, aber eine Gesellschaft, in der die Erwachsenen vor den Jugendlichen Angst haben angesichts dessen, mit welchen gewalttätigen Instrumenten sie sich außerhäuslich und innerhäuslich bewegen, in der die Blutmorde zunehmen, muss sich fragen, ob sie nicht gerade den Bereich der Erziehung und des Zusammenlebens, des Füreinander-Daseins und Füreinander-Sorgens maßgeblich vernachlässigt hat.

Ich sage hier noch einmal: natürlich schreiben wir keinem Menschen vor, wie er zu leben hat. Was aber die Frage der auch von unserer Verfassung her grundlegenden Werte des Zusammenlebens angeht, so gibt es keine wertfreie Familienpolitik und auch keine wertfreie Erziehungspolitik. Deswegen ist es ausschlaggebend, dass es eine breite gemeinschaftliche Anstrengung zur Verbesserung zivilisierten Verhaltens von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen gibt. Dazu gehört, Grenzen zu setzen und Regeln einzuhalten. Meistens fangen wir bei den ganz großen Dingen an, statt die kleinen Dinge zu ahnden. Ich habe deswegen den Wunsch – wir diskutieren in den Kreisverbänden ja weiter –, dass wir vor Ort darauf schauen, wie wir die Rahmenbedingungen für gelingendes Zusammenleben tatsächlich verbessern, damit Beziehungen nicht auseinanderbrechen und junge Menschen nicht den Weg in Aggression und Gewalt suchen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Eberhard Diepgen, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, mir liegen noch drei Wortmeldungen vor, und zwar von Maria Böhmer, Peter Rauen und Hartmut Schauerte. Darüber hinaus liegen noch mehrere Wortmeldungen zu den einzelnen Punkten des Leitantrages vor. Zu Ziffer 19 liegt, wie ich soeben höre, ebenfalls noch eine Wortmeldung vor. Auch diese Wortmeldung wollen wir jetzt noch mit abwickeln. Mit Ihrem Einverständnis möchte ich die Rednerliste für die Generalausprache damit schließen. – Es besteht Einverständnis.

Nun hat Frau Böhmer das Wort. Die mir hier ebenfalls vorliegende Wortmeldung von Frau Ilse Falk betrifft wiederum einen speziellen Punkt. Das wird hier richtig registriert.

Dr. Maria Böhmer: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Dass wir heute so intensiv über Familienpolitik diskutieren können, setzt ein klares Zeichen dafür, dass wir bereit sind, eines der zentralen Themen unserer Partei wieder deutlich in den Vordergrund zu rücken. Wir haben in der Tat in der Partei lebhaft Diskussionen zu den einzelnen Punkten des Antrages geführt. Ich bin mir sicher, dass wir auch heute zu zentralen Fragen konstruktiv streiten werden.

Ich will drei Punkte herausgreifen, weil ich glaube, dass sie kennzeichnend sind für diesen Leitantrag „Lust auf Familie – Lust auf Verantwortung“ – drei Punkte, an denen deutlich wird, dass wir Optionen schaffen, Anreize geben wollen, damit wir den unterschiedlichen Vorstellungen junger Menschen, Familie zu leben und Kinder großzuziehen, in Zukunft noch stärker Rechnung tragen können. Denn die Lebensvorstellungen von jungen Frauen und jungen Männern haben sich in den letzten Jahren in der Tat deutlich gewandelt. Wir müssen darauf Antworten geben und vor Ort konkret handeln.

Mir scheint der Punkt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf – so sehr wir dieses Thema in den letzten Jahren immer wieder aufgegriffen und voran gebracht haben – nach wie vor von zentraler Bedeutung zu sein. Denn was nützt es, wenn eine Familie 20 DM mehr Kindergeld bekommt und gleichzeitig die Beiträge für den Kindergarten um diesen Betrag erhöht werden? Das kann doch keine sinnvolle Familienförderung sein. Da müssen wir als CDU deutlich andere Akzente setzen.

(Beifall)

Beim Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ gibt es spannende Überlegungen. Für einen der spannendsten Punkte halte ich die Weiterentwicklung des Erziehungsurlaubes hin zu einer Familienzeit, mit einem Zeitkonto von drei Jahren, das innerhalb von acht Jahren in Anspruch genommen werden kann. Das entspricht auch durchaus einem modernen Zeitmanagement eines Unternehmens. Warum sollten wir den Familien nicht die Möglichkeit geben, dann, wenn die Kinder klein sind, selbst zu entscheiden, ob es nicht vielleicht notwendig ist, das erste und zweite Lebensjahr des Kindes zu Hause zu sein und das dritte Jahr an der Bruchstelle zwischen Kindergarten und Schule in Anspruch zu nehmen, um das gut zu bewältigen zu können.

Dies ist eine Überlegung, mit der Anreize gesetzt und Optionen geschaffen werden. Wir haben in diesem Zusammenhang einen neuen Weg eröffnet. Wir haben immer an das Bewusstsein der Väter appelliert, sie mögen sich mehr einbringen in die Erziehungszeit und selbst Erziehungsurlaub nehmen. Aber wir wissen, wie schwierig das oft ist. Jetzt wollen wir die Möglichkeit geben, ein Partnerschaftshalbjahr in Anspruch zu nehmen. Manch einer hat gefragt: Warum macht ihr denn das? Ich glaube, man muss einfach den Mut haben, auch hier neue Wege zu beschreiten, um zu Lösungen zu kommen, die schließlich eine partnerschaftliche Erziehung der Kinder in der Familie ermöglichen. Mütter und Väter sollen dabei gleiche Chancen haben, zu erfahren, wie ihre Kinder groß werden.

Ich will einen zweiten Punkt ansprechen, der in dieser Diskussion heute eine wesentliche Rolle spielen wird. Es geht um die Frage, wie die Förderung von Familien gelingt. Wir haben uns hier für die Einführung eines Familiengeldes entschieden, für die Zusammenführung von Er-

ziehungsgeld und Kindergeld. Eben noch haben wir ein Plädoyer für ein Familiengehalt gehört. Lassen Sie mich dazu in aller Deutlichkeit sagen: So verführerisch dieser Vorschlag auf den ersten Blick scheint, ich halte ihn – nicht nur unter dem Gesichtspunkt, was das letztlich finanziell für die Familien bedeutet, sondern auch unter dem Aspekt, wie das Verhältnis von Staat zu Familie insgesamt ist – für einen Vorschlag, der außerordentlich problematisch ist. Denn ich kann mir den Staat nicht als Arbeitgeber der Familie vorstellen und möchte mir das auch nicht vorstellen.

(Beifall)

Es wäre auch ein Trugschluss, zu glauben, dass sich durch ein solches Familiengehalt die Situation derjenigen, die die Kinder erziehen, im Alter verbessern würde. Denn derzeit gilt – das haben wir als CDU durchgesetzt – die Anerkennung von Kindererziehungszeiten im Rentenrecht. Um zu wissen, wieviel das wert ist, muss man sich noch einmal ganz deutlich vor Augen führen: Das sind 860 DM monatlich, die für die Kindererziehung in den ersten drei Lebensjahren des Kindes geleistet werden. Wenn dagegen von einem Familiengehalt von beispielsweise 1.000 DM noch die Beiträge zur Sozialversicherung geleistet werden müssten, dann muss man fragen: Was bleibt letztendlich von diesem Familiengehalt übrig? Was bleibt denn für die Bezahlung der Kinderbetreuungskosten und der Kosten für den Kindergarten? Umgekehrt dürfen wir die Anrechnung der Kindererziehung auf die Beiträge zur Rentenkasse nicht reduzieren. Denn das ist eine Leistung, die eine Revolution in der Rentenversicherung darstellte. Deshalb gilt es, diesen Vorschlag auszubauen. Also: Lassen Sie uns an diesem Punkt genau hinschauen und dann zu der Lösung finden, die vielen Familien besser gerecht wird.

Ein letzter Punkt, zur Frage der Alterseinkommen. Wir sind heute in der Situation, dass wir merken: Diejenigen, die Kinder erzogen haben, haben bei den Alterseinkünften Nachteile in Kauf zu nehmen, und das betrifft überwiegend die Frauen. In 25 Jahren, so sagen die neuesten Untersuchungen, werden die Frauen, die drei Kinder erzogen haben, nur ein Drittel der Alterseinkünfte beziehen, die Frauen, die keine Kinder erzogen haben, bekommen. Das ist eine Ungerechtigkeit, die wir so nicht länger stehen lassen können. Deshalb bitte ich Sie alle: Lassen Sie uns ein deutliches Zeichen dafür setzen, dass wir die Kindererziehungszeiten, deren Anrechnung im Rentenrecht wir durchgesetzt haben, weiter ausbauen, damit Kindererziehung ihren Stellenwert im Rentenrecht behält und damit Schluss ist mit der Benachteiligung derjenigen in der Rente, die Kinder erzogen haben. All denjenigen, die ihren Beitrag geleistet haben, müssen wir bei den Alterseinkünften entgegenkommen. Ich glaube, wenn wir diese deutliche Weichenstellung vornehmen, können wir damit als CDU nach draußen dringen und sagen: Wir haben die Politik für die Familie modernisiert. Wir haben sie weiterentwickelt, und wir geben damit den jungen Familien eine Chance. – Danke.

(Beifall)

Eberhard Diepgen, Tagungspräsidium: Als Nächster hat das Wort Peter Rauen.

Peter Rauen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die Mittelstandsvereinigungen von CDU und CSU tragen diesen Leitantrag zur Familienpolitik mit. Alles, was dort geschrieben steht zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wird von vielen Betrieben praktiziert und gelebt. Wir glauben, dass in diesem Bereich bei gutem Willen mit den

Firmen, mit Unternehmensverbänden, mit den Kammern noch sehr viel erreicht werden kann. Wir tragen ausdrücklich mit, dass die Familienarbeit materiell und ideell verbessert werden muss. Ich verschweige nicht, dass wir Probleme haben mit den Forderungen nach Teilzeit in der Erziehungsphase und der Zeit danach, vor allen Dingen dann, wenn dies gesetzlich so verankert wird. Aber es ist ja wohl geplant, dies mehr auf freiwilliger Basis zu erreichen.

Was uns besonders wichtig erscheint, ist die Festlegung des Antrags, dass wir bei unserer Familienpolitik eine Absenkung der Staats- und Abgabenquote im Blick behalten, so wie wir das in unseren Erfurter Beschlüssen deutlich festgelegt haben. Deshalb sind wir entschieden gegen die Einführung eines erwerbsunabhängigen Familiengehaltes und auch gegen den Prüf-antrag, der von Hessen gestellt wird. Wir müssen an dieser Stelle einfach bereit sein, zu ver-gewärtigen, dass sich dieses Gehalt an den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts orientieren soll. Das besagt nun einmal, dass für eine Familie mit zwei Kindern 48.000 DM steuerfrei gestellt werden müssen. Wenn man den Arbeitgeberanteil des Staates hinzunimmt, erhöht sich dieser Betrag auf 60.000 DM pro Jahr. Im letzten Jahr gab es knapp 600.000 Ge-burten; es gab aber auch schon Jahre mit 900.000 Geburten. Legt man also einen Mittelwert von 750.000 zugrunde und rechnet das – wie das die CDA gemacht hat – auf drei Jahre hoch, innerhalb derer dieses erwerbsunabhängige Familiengehalt zu zahlen wäre, dann käme man auf 2,1 Millionen Fallzahlen. Multipliziert mit dem Betrag von 60.000 DM verursachte das Ko-sten von 130 Milliarden DM.

Das ist absolut unvereinbar mit unserer Zielsetzung, die Steuer- und Abgabenquote und die Staatsquote zu senken. Deshalb bitte ich die Diskussionen nicht zum Gegenstand von Be-schlüssen in diesem Papier zu machen. Denn was nützt dem Vater oder der Mutter die schön-ste Familienpolitik, wenn sie nicht gemäß ihren Wünschen Arbeit finden? Deshalb bitte ich wirklich darum, diese Forderungen nicht weiterzuverfolgen oder als Erweiterung in dieses Papier aufzunehmen. – Schönen Dank.

(Beifall)

Hildegard Müller, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Rauen. Ich erteile das Wort Her-mann-Josef Arentz.

Hermann-Josef Arentz: Frau Präsidentin! Meine lieben Parteifreunde und Parteifreundin-nen! Als die CDA auf dem Parteitag in Erfurt den Antrag gestellt hat, einen eigenen Parteitag zum Thema Familie durchzuführen, hatten wir noch keine Vorstellung, wie gut dieses Unter-nehmen werden würde. Ich finde, wir können heute alle sagen, dass wir stolz darauf sind, dass wir, die CDU, die Partei sind, die wieder Lust auf Familie machen will. Die Art und Weise, wie die Beratungen in der Familien-Kommission unter der Leitung von Angela Merkel gelaufen sind, waren ein absoluter Gewinn für alle, die daran teilgenommen haben. Wir sind program-matisch ein ganzes Stück weitergekommen.

Ich will auf drei Punkte hinweisen, die wesentlich sind.

Erstens. Wir, die Union, haben mit dem Thema des Familienbegriffs eine kleine Kulturrevolu-tion hinter uns gebracht. Was hier an der Stirnwand steht, „CDU mitten im Leben“, wird mit die-sem überarbeiteten Familienbegriff deutlich. Ich fand es schon ganz spannend, dass uns zum

Beispiel in einer Anhörung in Berlin Vertreter des Familienbundes der deutschen Katholiken, Vertreterinnen der katholischen Frauenverbände und der Familienbildungsstätten bestätigt haben, dass wir mit der realitätsnahen Beschreibung dessen, was für viele Menschen heute Familie ist, ohne Aufgabe der Werte, die wir genauso in dieses Papier hineingeschrieben haben, auf dem richtigen Wege sind. Wir sollten das mit großem Selbstbewusstsein und mit großem Engagement in den nächsten Monaten nach vorne tragen.

Der zweite wesentliche Punkt ist die materielle und immaterielle Aufwertung der Familienarbeit. Ich will an einen kleinen Satz anschließen, den Jürgen Rüttgers eben gesagt hat: Mehr als die Hälfte aller Mütter geht neben der Erziehung auch arbeiten. Ich sage Ihnen ganz klar: Meine Frau ist im Moment mit zwei kleinen Kindern zu Hause. Sie muss genauso arbeiten wie wir alle. Erziehungsarbeit ist Arbeit.

(Beifall)

Deshalb müssen wir darüber nachdenken: Welchen Arbeitsbegriff legen wir eigentlich zugrunde? In den Sonntagsreden, liebe Freunde, sprechen wir vom Ehrenamt und von der freiwilligen sozialen Tätigkeit, von der Selbsthilfe, von der Erziehung und von der Pflege. Wenn es dann darum geht, Geld zu verteilen, zählt wieder nur die Erwerbsarbeit. Die Spaltung der Gesellschaft in diejenigen, die arbeiten und dafür Geld und soziale Sicherheit bekommen, und diejenigen, die arbeiten und etwas zwingend Notwendiges für die Zukunft der Gesellschaft tun und dafür ein „Vergelt's Gott“ erhalten und vielleicht einmal eine schöne Rede, dürfen wir nicht mehr mitmachen. Hier sind wir mit unserem Papier zumindest im Ansatz auf dem richtigen Wege.

(Vereinzelt Beifall)

Denn es ist in der Tat richtig: Das, was wir in der Kommission unter „Familiengeld“ beschrieben haben, ist das Maximum dessen, was im Moment möglich ist. Da stimmen wir von den Sozialausschüssen mit dem, was Peter Rauen und andere Vertreter der Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigung gesagt haben, überein. Dass man darüber hinaus darüber nachdenken sollte, ob es langfristig andere Perspektiven gibt, ohne den Staat zum Arbeitgeber von Eltern zu machen – eine grauenhafte Vorstellung, die kein Mensch will –, das sollten wir, wie die hessischen Freunde es vorgeschlagen haben – die sind unverdächtig, immer nur die Anträge der CDA abzuschreiben –, sehr wohl erwägen und prüfen.

Wichtig ist uns die Aussage, dass keiner, weil er Kinder hat, in der Sozialhilfe landen soll. Wir hatten 1970 nur jedes 60. Kind in der Sozialhilfe. Heute ist es jedes 6. Kind. Das zeigt, dass wir trotz aller Anstrengungen in der Familienförderung – die geht fast ausschließlich auf das Konto der CDU; auch das gebietet die Wahrheit zu sagen – im Grunde die Benachteiligung von Familien in den letzten 30 Jahren nicht haben kleiner machen können. Vielmehr ist sie im materiellen Bereich eher angestiegen. Die Aussage, keiner soll wegen Kindern in die Sozialhilfe abrutschen, ist nur unglaublich teuer zu verwirklichen. Aber ich finde sie trotzdem richtig. Wir müssen langfristig dahin kommen, dass nicht der Kleinverdiener mit mehreren Kindern gegenüber dem Sozialhilfeempfänger mit mehreren Kindern der Dumme ist. Daher müssen wir dem Kleinverdiener, der sein Geld selber verdient, für seine Kinder genauso viel Unterstützung geben wie dem Sozialhilfeempfänger, der nicht verdienen will oder nicht verdienen kann, meine liebe Freunde.

(Beifall)

Ich komme zu einem letzten Punkt. Ich sage das nur als kurze Anmerkung, weil wir uns im Ziel einig sind. Über den Weg haben wir jedoch sehr unterschiedliche Vorstellungen. Wir sind uns in dem Ziel einig, dass wir über die drei Jahre Erziehungszeit in der Rentenversicherung für Kindererziehung herauskommen müssen, dass wir das erweitern wollen, weil Kindererziehung für die Gesellschaft mehr wert ist. Darüber besteht große Einigkeit. Wir sind aber überhaupt nicht einig in der Frage, wie wir das organisieren wollen, ob zusätzlich aus Steuermitteln oder aus den Beiträgen der Versicherten. Ich möchte ganz herzlich darum bitten, sehr gründlich zu überlegen, das aus Beiträgen zu finanzieren. Denn die beitragsfinanzierten Systeme der sozialen Sicherung haben schon jetzt genug Probleme und werden bei der demographischen Entwicklung in Zukunft noch mehr Probleme bekommen. Ob wir klug beraten sind – prüfen muss man alles; damit bin ich sehr einverstanden –, Arbeit noch teurer zu machen, indem wir wünschenswerte familienpolitische Dinge in Zukunft zusätzlich aus Beiträgen finanzieren, wage ich zu bezweifeln. – Danke schön.

(Beifall)

Hildegard Müller, Tagungspräsidium: Ich erteile als letztem Redner in der allgemeinen Aussprache Hartmut Schauerte das Wort.

Hartmut Schauerte: Herr Vorsitzender! Liebe Freunde! Niemand hier im Saal lässt sich gern in der Bereitschaft überbieten, etwas für Familien zu tun. Aber wir müssen die Frage erweitern. Denn wir vergrößern mit dem, was wir heute beschließen, den Ausgabenblock, die Belastungen und Abgaben durch Beiträge und Steuern. Das lässt sich nicht vermeiden. Seien wir ehrlich: Das, was wir hier beschließen, kostet irgendwann Geld und wird die Diskussion um die Staats- und Abgabenquote neu entfachen.

Wir von der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung sind der Meinung, dass die Familie ein vorrangiges Feld ist und dass es deswegen vertretbar sein kann und geboten ist, so zu entscheiden, wie es im Prinzip vorgeschlagen wird. Aber wir möchten darauf hinweisen, dass daraus Konsequenzen erwachsen. Denn der schwerere Teil unserer Entscheidung wird am Ende der sein, wie wir die Gegenfinanzierung hinbekommen, wo wir in unserem Gemeinwesen die Beträge erwirtschaften, damit das bezahlt werden kann. Wer heute in dieser Weise ja zur Familie sagt – wir unterstreichen das –, der muss wissen, dass er zum Beispiel in der Rentenpolitik irgendwann Antworten auf diese Ausgaben geben muss, die wir hier beschließen werden.

(Vereinzelt Beifall)

Ich denke, das gehört zur Ehrlichkeit dazu. Sonst machen wir uns etwas vor.

Eine zweite Bemerkung. Man erkennt sofort die Spannung, wenn man auf der einen Seite für die Familie Flexibilität bei der Arbeitszeit fordert und auf der anderen Seite Flexibilität im Arbeitsmarkt haben will. Beides kann sich gegenseitig stören. Hier haben wir eine schwierige Gratwanderung zu meistern. Man darf nicht das eine gegen das andere ausspielen, sonst wird der Ertrag geringer. Wir müssen aufpassen, dass wir bei dem, was wir an neuen Ansprüchen formulieren, nicht die Flexibilität, die der Arbeitsmarkt braucht, belasten und gefährden. Wir dürfen nicht einseitig auf die Vorteile für die Familie blicken. Ich will das an einem Punkt deutlich machen.

Die Berechtigung, Erziehungszeit in Anspruch zu nehmen, soll auf sechs Jahre ausgedehnt werden. Das ist eine ganz wesentliche Veränderung. Wenn damit verbunden ist, dass während dieser sechs Jahre der Arbeitsplatz geschützt ist, also ein faktisches Kündigungsverbot besteht, dann geht das unter keinen Umständen.

Dann würden wir den Arbeitsmarkt in eine Enge treiben – und damit Arbeitsplätze gefährden –, was sich am Ende zu Lasten der Familie auswirken würde; denn jeder, der jemanden einstellt, würde darauf achten, dass er die Kosten für diese lange Frist nicht zu tragen hat. Sprich: Er stellt jemanden ein, von dem er hofft, dass diese Frist von sechs Jahren bei ihm nicht zum Tragen kommt.

Stellen Sie sich das einmal in einem mittelständischen Betrieb vor – das mag vielleicht noch in der öffentlichen Verwaltung gehen –: Ein Betrieb hat 20 oder 30 Mitarbeiter, davon einen Buchhalter. Für ihn kommt plötzlich die Familienphase zum Tragen. Der Inhaber des Betriebes kann sechs Jahre lang nicht neu entscheiden, weil er nicht weiß, ob der Vater am Ende dieser sechs Jahre einen Teil seines Erziehungszeitraums nutzt, wenn er den vollen Zeitraum zu Anfang nicht ausgeschöpft hat. Das darf nicht sein. Ich weise hierauf nur symbolisch hin.

Wir müssen bei allem, was wir tun, darauf achten, dass aus dem, was wir wollen, nicht so feste Rechtsansprüche werden, dass der Arbeitsmarkt wieder unbeweglicher wird. Denn darüber sind wir uns doch einig: Ein großer Teil der Arbeitsmarktproblematik in Deutschland hängt auch zusammen mit der mangelnden Flexibilität unseres Arbeitsmarktes und unseres Arbeitsrechtes. Das heute im Kopf zu haben ist auch wichtig, damit wir uns darüber nicht eines Tages streiten müssen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Hildegard Müller, Tagungspräsidium: Ich schließe die Aussprache. Ich danke allen, die an der Aussprache teilgenommen haben. – Ich gebe nun zur Antragsberatung und Beschlussfassung die Tagesleitung weiter an Frau Dr. Annette Schavan.

Dr. Annette Schavan, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, uns liegen vor die Sammlung der Anträge und die Empfehlungen der Antragskommission sowie die heute verteilte Sammlung der Initiativanträge. Wir haben im Verlauf der Beratungen über insgesamt 37 Ziffern zu beraten, über – das ist heute morgen schon gesagt worden – 680 Anträge. Deshalb darf ich alle bitten, die Redebeiträge so zu gestalten, dass wir das alles heute Nachmittag gut bewältigen können.

Ich verzichte zunächst auf eine klare zeitliche Begrenzung der Redebeiträge. Ich bitte aber, darauf zu achten, dass sie nicht länger als drei Minuten dauern.

Ich rufe zunächst die Anträge A 1 bis A 11 zum Antrag des Bundesvorstandes auf. Diese elf Anträge sind ohne konkreten Bezug auf eine Ziffer. Sie finden sie auf den Seiten 1 bis 3 der Antragsbroschüre.

Mir liegen zu diesen Anträgen keine Wortmeldungen vor. Ich frage die Antragskommission, ob sie noch etwas hinzufügen möchte. – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 1 bis A 11 zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei 1 Gegenstimme so angenommen.

Dann rufe ich die Ziffer 1 des Antrages auf. Das sind die Anträge A 12 bis A 19. Das ist in der Antragsbroschüre auf den Seiten 3 und 4. Auch hierzu liegen mir keine Wortmeldungen vor. Die Antragskommission hat sich auch nicht gemeldet.

Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 12 bis A 19 abstimmen. Wer der Empfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so angenommen.

Ich rufe die Ziffer 2 auf. Das sind die Anträge A 20 bis A 34; in der Antragsbroschüre auf den Seiten 4 bis 8. Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Antragskommission hat sich auch nicht gemeldet.

Ich lasse abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 20 bis A 34 zustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 3 auf. Das sind die Anträge A 35 bis A 42 und A 647. Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich lasse abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei 1 Gegenstimme so angenommen.

Ich rufe die Ziffer 4 auf. Das sind die Anträge A 43 und A 45 bis A 63; in der Antragsbroschüre auf den Seiten 11 bis 15. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse darüber abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 5 auf. Das sind die Anträge A 44 und A 64 bis A 69; auf den Seiten 11 und 15 und 16 der Antragsbroschüre. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 6 auf. Das sind die Anträge A 70 bis A 83, auf den Seiten 16 bis 19 der Antragsbroschüre. Keine Wortmeldungen. Wer stimmt der Empfehlung der Antragskommission zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei 1 Gegenstimme angenommen.

Ich rufe Ziffer 7 auf. Das sind die Anträge A 84 bis A 100; auf den Seiten 19 bis 22 der Antragsbroschüre. Keine Wortmeldungen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 8 auf. Das sind die Anträge A 101 bis A 125; auf den Seiten 22 bis 27 der Antragsbroschüre. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so angenommen.

Wir kommen zur Ziffer 9, das heißt zu den Anträgen A 126 bis A 138. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei 1 Gegenstimme so angenommen.

Ich rufe Ziffer 10 auf. Das sind die Anträge A 139 bis A 154; auf den Seiten 31 bis 34 der Antragsbroschüre. Ich bitte diejenigen um das Kartenzeichen, die der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünschen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei 1 Gegenstimme so angenommen.

Wir kommen zur Ziffer 11. Das sind die Anträge A 155 bis A 163; auf den Seiten 34 und 35 der Antragsbroschüre. Hierzu liegt mir die Wortmeldung von Frau Störr-Ritter aus Baden-Württemberg vor. Bitte schön.

Dorothea Störr-Ritter: Die Ziffer 11 macht deutlich, dass Politik in einer freien und offenen Gesellschaft nicht vorschreibt, wie Menschen zu leben haben. Es ist sicherlich richtig, dies auch so festzuhalten. Wir sind aber der Auffassung, dass gerade in diesem Kontext auch noch einmal festgeschrieben sein sollte, dass wir hier nicht Beliebigkeiten verfallen möchten, sondern dass wir als CDU der Ehe vor allen anderen partnerschaftlichen Lebensformen den Vorrang geben. Dies sollten wir an dieser Stelle auch deutlich sagen.

Wir sprechen in unserem Leitantrag ja davon, „Lust auf Verantwortung“ zu erzeugen. Die Übernahme von Verantwortung geschieht nach unserer Auffassung am eindeutigsten und am verpflichtendsten eben durch das Ja bei der Eheschließung. Deshalb ist die Ehe auch das tragfähigste Fundament, um Familie zu gründen und Zusammenhalt zu schaffen, das nicht beliebig aufgelöst werden kann.

Deshalb sollten wir uns mit dieser Gegenüberstellung noch einmal ganz deutlich zum Vorrang der Ehe für uns bekennen. In diesem Absatz würde sich für uns die Möglichkeit dazu bieten. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Dr. Annette Schavan, Tagungspräsidium: Danke schön. Frau Störr-Ritter hat zu dem Antrag A 157 des Landesverbandes Baden-Württemberg gesprochen. Wünscht die Antragskommission das Wort? – Bitte schön, Herr Arentz.

Hermann-Josef Arentz, Antragskommission: Wir empfehlen Ihnen, die Ziffer 11 in der Fassung der Antragskommission anzunehmen. Den Punkt, den Frau Störr-Ritter völlig zu Recht gerade deutlich gemacht hat und der auch Bestandteil der CDU-Politik ist, ist fast wörtlich in der Ziffer 13 enthalten. Wir können aber nicht jeden richtigen Punkt in jeder Ziffer aufnehmen, weil sie sonst zu lang werden würden. Deswegen bitte ich um Verständnis, dass der angesprochene Punkt nur in Ziffer 13 berücksichtigt ist. Es gibt keinen Dissens in der Sache. Aber eine nochmalige Berücksichtigung dieses Punktes schien der Antragskommission nicht sinnvoll zu sein.

Dr. Annette Schavan, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Arentz. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Dies ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt über den Antrag des Landesverbandes Baden-Württemberg abstimmen, in der Ziffer 11 eine entsprechende Änderung vorzunehmen.

Wer dies wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Damit hat sich das Plenum mit eindeutiger Mehrheit gegen den Antrag ausgesprochen.

Wir kommen nun zu der Abstimmung über die Anträge A 155 bis A 163, exklusive des Antrages A 157, über den wir gerade abgestimmt haben. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Die Empfehlungen sind bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Ich rufe die Ziffer 12 auf. Dazu gehören die Anträge A 164 bis A 190 sowie der Initiativantrag A 677. Sie finden diese Anträge auf den Seiten 35 bis 41 der Antragsbroschüre und auf der Seite 1 der Sammlung der Initiativanträge. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit sind die Empfehlungen bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung angenommen.

Ich rufe die Ziffer 13 mit den Anträgen A 191 bis A 205 auf den Seiten 41 bis 44 auf. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer den Empfehlungen der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Die Empfehlungen sind einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 14 mit den Anträgen A 206 bis A 232 auf den Seiten 44 bis 49 auf. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Die Empfehlungen sind einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 15 mit den Anträgen A 233 bis A 236 auf der Seite 49 der Antragsbroschüre auf. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer den Empfehlungen zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Die Empfehlungen sind einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 16 mit den Anträgen A 237 bis A 251 auf den Seiten 49 bis 54 der Antragsbroschüre auf. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer den Empfehlungen zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Die Empfehlungen sind einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 17 mit den Anträgen A 252 bis A 272 auf den Seiten 54 bis 58 auf. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer den Empfehlungen zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Die Empfehlungen sind einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 18 mit den Anträgen A 273 bis A 288 auf. Wer diesen Empfehlungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit sind die Empfehlungen angenommen.

Ich rufe die Ziffer 19 mit den Anträgen A 289 bis A 319 auf. Dazu liegen insgesamt vier Wortmeldungen vor. Zunächst bekommt Frau Ilse Falk zum Antrag A 289 das Wort.

Ilse Falk: Frau Tagungspräsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich zur Ziffer 19 Absatz 3 wegen der neuen Beschlussempfehlung der Antragskommission zu den Initiativanträgen zu Wort gemeldet.

Ich bin der Meinung, dass die Antragskommission mit dieser Beschlussempfehlung hinter dem zurückfällt, was ursprünglich in der Ziffer 19 auf einen guten Weg gebracht worden ist. Wie viele andere unterstütze auch ich die Ziffer 19 bezüglich ihrer Formulierung. Ich freue mich, dass die CDU den Weg des Gesprächs bezüglich eines Themas geht, das bisher noch in der Tabuzone verborgen geblieben ist.

Zum Grundsätzlichen: Homosexualität wird von vielen immer noch verklemmt gesehen. Homosexualität ist keine Krankheit und ist daher nicht ansteckend. Sie entsteht nicht durch Nachahmung. Ich denke, dies muss einmal klar gesagt werden. Keiner oder keine von denjenigen, die sich jetzt häufig moralisierend zu Wort melden, kann begründen, warum ausgerechnet er oder sie nicht homosexuell ist. Das heißt: Die Homosexualität hat biologische Gründe und keine anderen.

(Zuruf: Falsch!)

Als Christen treten wir dafür ein, dass alle Menschen in ihrer Eigenart von Gott so gewollt sind, wie sie sind, und dass wir sie als von Gott so gewollte Wesen akzeptieren.

Es geht jetzt darum, in welcher Form Menschen ihre von Gott gewollte Einmaligkeit leben können. Die Rahmenbedingungen dafür gibt die Politik vor. Die meisten Menschen können wählen, in welcher Verbindlichkeit zu anderen sie ihr Leben führen wollen: ob als Single mit oder ohne Kinder, als Verheiratete oder Nichtverheiratete mit oder ohne Kinder, mit wechselnden Partnern oder in auf Dauer angelegten Partnerschaften.

Die CDU setzt sich mit dem heutigen Antrag zur Familienpolitik ganz deutlich dafür ein, dass Menschen in Verantwortung zueinander leben und dass sie Verantwortung füreinander übernehmen. Das ist genau der Konflikt, der von Menschen in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften angesprochen wird. Denn die Homosexuellen sind die einzigen, die nicht völlig frei wählen können, in welcher Form sie leben wollen. Der Weg der verbindlichen Erklärung ist ihnen nämlich verbaut.

Viele von ihnen wollen ihr Leben mit Rechten und Pflichten führen. Besonders die Pflichten gegenüber dem anderen sind ihnen wichtig. Die bestehenden Gesetze behindern sie in manchen Punkten, die daraus erwachsenden Rechte tatsächlich in Anspruch zu nehmen. Deshalb gibt es für mich schwerwiegende Gründe, den Antrag, wie er ursprünglich von der Antragskommission empfohlen wurde, anzunehmen: Erstens holen wir mit diesem Vorschlag das Thema aus der Tabuzone heraus.

Wir wollen mit Schwulen und Lesben über ihre Probleme, über ihre Anliegen sprechen. Wir wollen uns gegenseitig besser kennen lernen.

Zweitens sagen wir: Wir wollen prüfen, welche rechtlichen Hindernisse, welche Hemmnisse es gibt und wie diese am besten und durchgreifend beseitigt werden können.

Wir wollen aber keine rechtliche Gleichstellung mit der Ehe. Allerdings wollen wir prüfen – das steht im Gegensatz zu dem neu vorgelegten Antrag –, welcher Weg der richtige ist. Wir sollten uns durch ein Rechtsinstitut nicht festlegen, sondern es sollte offen bleiben, wie dem Anliegen besser Rechnung getragen werden kann.

Ich bin entschieden gegen eine „Ehe light“, aber ebenso entschieden bin ich für ein Vorankommen im Sinne der Homosexuellen, der Schwulen und Lesben, in ihrem Anliegen, ihre Pflichten durch Rechte ergänzt zu bekommen. Deshalb bitte ich Sie um Ihre Zustimmung zu der ursprünglichen Beschlussempfehlung der Antragskommission.

(Beifall)

Dr. Annette Schavan, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Glowka aus Baden-Württemberg.

Rudl Glowka: Frau Vorsitzende! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bekenne hier offen und frei: Ich persönlich habe mit der Ziffer 19 des Leitantrages große Probleme. Ich habe keine Probleme mit der Formulierung, ich meine aber, dass gleichgeschlechtliche Partnerschaften nicht in den Begriff „Familie“ hineinpassen.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen plädiere ich dafür, dass wir diesen Passus ganz streichen und ihn meinetwegen in das Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands hineinschreiben.

Ich gebe zu, ich habe das Glück, seit 35 Jahren in einer glücklichen Ehe verheiratet zu sein. Ehe und Familie sind für mich Vater, Mutter, Kinder oder Mutter und Kinder. Aber ich kann nicht erkennen, wo bei gleichgeschlechtlichen Partnerschaften Familie gelebt werden kann.

Deswegen spreche ich mich dafür aus, dass dem Antrag 313 zugestimmt wird. Ich bitte Sie um Ihr Vertrauen und gleichzeitig um Verständnis, dass ich nicht für mich alleine, sondern für viele spreche, die ebenso denken wie ich. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Dr. Annette Schavan, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Rathjen aus Hannover.

Albert Rathjen: Die gleichen Bedenken, die mein Vorredner eben vorgetragen hatte, hat auch der CDU-Bezirksverband Stade in Niedersachsen. Ich meine, die Änderung der Ziffer 19 durch die Antragskommission, die in diesem Initiativantrag vorliegt, ist aus unserer Sicht nicht hinnehmbar. Es geht dabei insbesondere um den Satz, dass zum Beispiel in gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften Werte gelebt werden können, die für unsere Gesellschaft angeblich so grundlegend sind. Mit diesem Satz kommen wir unserer Ansicht nach zu sehr dem Zeitgeist entgegen. Das kann sich die CDU eigentlich nicht leisten. Das kann nicht im Sinne unseres Grundsatzprogramms sein.

Ich meine, wir müssen einerseits den notwendigen Respekt vor der persönlichen Entscheidung von Menschen für solche Lebensgemeinschaften entgegenbringen und andererseits die Notwendigkeit erkennen, gesellschaftliche Leitbilder zu formulieren. Das ist unsere Aufgabe, und das muss in Ziffer 19 stärker berücksichtigt werden. Das heißt, wir müssen dort deutlichere Konturen herausarbeiten.

Außerdem wird in Ziffer 19 deutlich, dass die Situation der Kinder zu wenig berücksichtigt wird, dass die Interessenlage der Eltern zu stark betont wird. Es wird zu wenig darüber gesprochen, unter welchen Bedingungen Kinder letzten Endes leben sollen und sich entwickeln können.

Aus diesem Grund lehnen wir den Vorschlag der Antragskommission ab. Ich spreche hier zu Antrag 294; einige andere Anträge sind ähnlich formuliert. Darüber müssen wir auf jeden Fall nachdenken.

Dr. Annette Schavan, Tagungspräsidium: Danke schön. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Brauksiepe, bitte schön.

Dr. Ralf Brauksiepe: Ich möchte mich ausdrücklich dafür aussprechen, was die Kollegin Ilse Falk angesprochen hat. Ich möchte also im Sinne der ursprünglichen Fassung der Antragskommission dafür werben, hier nicht Optionen zu verspielen. Wir sollten jetzt nicht solche Dinge ohne genaue Kenntnis dessen, womit wir auch seitens der Regierung konfrontiert werden, von vornherein ablehnen.

Die Formulierung, die uns die Antragskommission ursprünglich vorgelegt hatte, macht klar, von welchen Werten wir ausgehen, sie macht auch klar, dass wir anerkennen, dass anderswo andere Werte gelebt werden können – wie es Jürgen Rüttgers mit dem pflegebedürftigen Aidskranken anschaulich dargestellt hat. Wir sollten bei der ursprünglichen Fassung bleiben. Wir sollten nicht ohne Not Optionen aus der Hand schlagen, wie wir mit konkreten Problemen von Menschen umgehen, denen wir helfen wollen.

(Beifall)

Dr. Annette Schavan, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Brauksiepe. – Frau Rönsch, bitte schön, und dann die Generalsekretärin.

Hannelore Rönsch: Frau Präsidentin! Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU ist die Partei der Toleranz, und die CDU ist die Partei der Partnerschaft. Aber vor allem sind wir die Partei der Familie; denn bei niemand anderem ist sie so gut aufgehoben wie bei uns.

Wenn Sie bedenken, dass die Sozialdemokraten einmal gesagt haben, dass Familie dort ist, wo man aus einem gemeinsamen Kühlschrank lebt, merken Sie, wie zwingend notwendig dieser Parteitag ist.

Ich habe mich als Mitglied der Antragskommission speziell zu diesem Punkt gemeldet, weil ich meine, dass der Wandel in unserer Gesellschaft auch uns ergriffen hat. Wir müssen ihn erkennen und sollten auch Partnerschaften, die in anderer Weise gelebt werden, mit in unser Bild der Familie aufnehmen.

Durchaus gibt es bei lesbischen, bei homosexuellen Partnerschaften Familie, wenn einer der beiden Partner Kinder mit einbringt. Wenn Familie dort ist, wo Eltern für Kinder Verantwortung tragen – so wie wir es an anderer Stelle beschlossen haben –, dann finden wir auch dort gelebte Familie.

Wenn die SPD demnächst mit einem Antrag kommt, ein gesondertes Rechtsinstitut zu schaffen, kann es nicht sein, dass wir hier noch einmal darüber diskutieren. Wir meinen schon, dass dieser Teil der gelebten Lebenswirklichkeit, der Partnerschaften, auch in unser Papier hier gehört und dass wir uns dem stellen müssen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin ganz entschieden dagegen, dass jede gesellschaftliche Entwicklung von Minderheiten irgendwo in einem Rechtsinstitut festgeschrieben wird. Ich bekenne mich aber sehr nachdrücklich dazu, dass man gerade bei diesen Partnerschaften sehr genau überprüfen muss, wo die juristische Wirklichkeit das Zusammenleben von Männern oder das Zusammenleben von Frauen erschwert. Wir sind aufgefordert, nachzuprüfen und deutlich zu machen, wo man im privatrechtlichen Bereich diese Schwierigkeiten in der Zukunft abbauen kann.

Gegen eine eingetragene Partnerschaft werde ich mich entschieden wenden. Dies hat auch die Antragskommission so gesehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sollten uns diesem Thema offen zuwenden und sollten so, wie die Antragskommission in ihrer letzten Fassung entschieden hat, auch beschließen. Wir haben sicher noch einen weiten Weg der Diskussion zu gehen, aber lassen Sie uns starten! Lassen Sie nicht zu, dass wir von den Sozialdemokraten in diesem Punkt auseinanderdividiert werden!

(Beifall)

Dr. Annette Schavan, Tagungspräsidium: Das Wort hat die Generalsekretärin.

Dr. Angela Merkel, Generalsekretärin der CDU: Liebe Freunde! Ich habe mich ergänzend zu dem, was Hannelore Rönsch gerade gesagt hat, noch einmal gemeldet, weil ich den Eindruck habe, dass es bei dieser Frage Feuer von zwei Seiten gibt.

Wir haben gestern im Bundesvorstand noch einmal ganz intensiv diskutiert und haben festgestellt, dass die sehr breite Diskussion dieser gesamten Ziffer zu einigen Missverständnissen in der Partei geführt hat. Ein Missverständnis bestand darin – ich weiß nicht genau, Ilse Falk, ob das auch jetzt wieder im Raume steht –, ob zum Beispiel der Aidskranke, von dem Jürgen Rüttgers heute gesprochen hat, Besuch bekommen kann. Das wollen wir.

Dies wollen wir aber in einzelrechtlichen Veränderungen, wenn sie denn notwendig sind, tun, und wir wollen kein neues Rechtsinstitut schaffen.

(Beifall)

Ohne irgendetwas vorwegzunehmen, glaube ich, dass dies in der aktuellen Diskussion der Klarstellung dient, und deshalb ist es hier eingearbeitet worden.

Ansonsten haben wir als Antragskommission und auch als Familienkommission bereits gesagt, dass wir uns dieser Diskussion über Partnerschaften in anderen Lebensformen nicht einfach entziehen können. Wenn wir eine Partei sein wollen, die die Wirklichkeit wahrnimmt, müssen wir einerseits schreiben, was wir unter Familie verstehen, müssen andererseits aber auch ein Wort zu Partnerschaften in anderen Formen sagen.

So, wie die Ziffer 19 jetzt formuliert ist, sagt sie, was wir wollen, sagt aber auch noch klarer als bisher, was wir nicht wollen. Wir wollen weder die rechtliche Gleichstellung mit der Ehe noch eigene Rechtsinstitute in anderer Form, aber die Prüfung, ob es notwendig ist, einzelgesetzliche Bestimmungen zu ändern. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Annette Schavan, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, es lag eine Reihe von Anträgen vor. Das Resümee der Diskussion über diese Anträge finden Sie in der Sammlung der Initiativanträge auf den Seiten 1 und 2. Die neue Empfehlung der Antragskommission zur Ziffer 19 ist das Ergebnis der Diskussion, und darüber lasse ich jetzt abstimmen.

Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt gegen die Empfehlung? – 9 Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? – 2 Enthaltungen.

Ich komme zur Ziffer 20. Dazu gehören die Anträge 320 bis 371 und der Antrag 678. Mir liegen hierzu keine Wortmeldungen vor. Wer den Empfehlungen der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Ziffer 21. Dazu gehören die Anträge 372 bis 413 und von den Initiativanträgen die Nrn. 679 bis 680. Liegen Wortmeldungen vor? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich um das Kartenzeichen bei Zustimmung zu den Empfehlungen der Antragskommission. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 22 auf. Dazu gehören die Anträge 414 bis 428 und aus der Sammlung der Initiativanträge der Antrag 681. Auch hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 23 mit den Anträgen 429 bis 456 auf den Seiten 89 bis 95 auf. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer den Empfehlungen zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 24 mit den Anträgen 457 bis 480 auf den Seiten 95 bis 99 auf. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer den Empfehlungen zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

Ich rufe die Ziffer 25 mit den Anträgen 481 bis 500 auf den Seiten 99 bis 102 auf. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer stimmt den Empfehlungen zu? Ich bitte um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 26 mit den Anträgen 501 bis 532 und Antrag 682 aus der Sammlung der Initiativanträge auf. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer den Empfehlungen zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? – Bei einer Gegenstimme angenommen.

Ich rufe Ziffer 27 mit den Anträgen 533 bis 541 auf den Seiten 110 bis 112 auf. Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann lasse ich über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmt, gebe bitte das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – So angenommen.

Ich komme zur Ziffer 28 mit dem Antrag 542 auf Seite 112 der Antragsbroschüre. Auch dazu liegt keine Wortmeldung vor. Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – So angenommen.

Ich rufe Ziffer 29 mit den Anträgen 543 bis 615 auf den Seiten 112 bis 130 und dem Antrag 683 auf Seite 5 der Sammlung der Initiativanträge auf. Hierzu gibt es zwei Wortmeldungen. Das Wort bekommt zunächst Herr Gerald Weiß aus dem Landesverband Hessen. Bitte schön!

Gerald Weiß: Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Generalsekretärin hat in ihrer Einführung vorhin die Bewertung der verschiedenen Formen der Arbeit als eine der spannendsten Fragen überhaupt bezeichnet, und das hat sie auch im Kontext mit der hessischen Initiative festgestellt, das Familiengeld längerfristig nicht als Netto-, sondern als Bruttoleistung auszugestalten. Ja, es ist eine spannende Frage, und in der fachlichen wie in der politischen Diskussion spielt sie mit Recht eine hervorgehobene Rolle. Deshalb sind wir dafür, dass diese spannende Frage weiter in der Prüfung bleibt. Das ist das Anliegen unseres hessischen Antrages. Wir wollen, dass längerfristig geprüft wird, inwieweit wir hier zu einer brutto ausgestalteten Leistung kommen können.

Vielleicht kann ich einige Ohrwürmer abarbeiten, die im Zusammenhang mit der hessischen Initiative unterwegs sind. Auch aus unserer Sicht ist der Staat natürlich nicht Arbeitgeber der Familie, aber er muss Organisator eines fairen und leistungsfähigen Familienlasten- und -leistungsausgleichs sein. Das ist unsere Position.

Zweitens. Auch wir sehen, dass die immateriellen Bedingungen – vorwiegend der Vereinbarkeit von Beruf und Familie – sehr wichtig sind. Aber die materielle Seite ist auch wichtig. Ohne materielle Gerechtigkeit gegenüber den Familien ist es um die wirkliche Entscheidungsfreiheit schlecht bestellt. Deshalb muss man beides im Zusammenhang sehen.

Drittens sind wir dafür, Familienarbeit und Erziehungsarbeit so aufzuwerten, dass das Familiengeld ein echtes Leistungsäquivalent ist und nicht mit einem huldvoll gewährten Sozialtransfer verwechselt werden kann. Familienpolitik ist nicht Sozialpolitik im engeren Sinne, sondern ist Gesellschaftspolitik. Wir wollen, dass Erziehungsarbeit leistungsäquivalent und damit auch ein Stück marktnäher bewertet wird, und dies, wenn möglich, durch die Gestaltung als Bruttoleistung.

Gestaltung als Bruttoleistung verstehen wir in zweierlei Hinsicht: dass diese Leistung der Besteuerung unterworfen wird und dass davon Rentenversicherungsbeiträge gezahlt werden. Eigene Rentenversicherungsbeiträge begründen eine eigene, eigentumsähnliche Anwartschaft. Die Erziehungsrente auf eigene Beiträge zu begründen, die insoweit die bisherigen Staatszuschüsse kostenneutral ersetzen, das ist die staatsfernste und damit gegenüber Willkür am weitesten abgesicherte Form der Gestaltung von Rentenanwartschaften.

Deshalb wollen wir, dass aus einem Bruttofamiliengeld eigene Rentenversicherungsbeiträge gezahlt werden.

Des weiteren sind wir dafür, den Progressionsmechanismus im Einkommensteuerrecht dergestalt nutzbar zu machen, dass in der Nettowirkung dort mehr Familiengeld ankommt, wo es besonders gebraucht wird. Ein Familienlastenausgleich muss alle Familien erreichen. In der Familienförderung kann sehr wohl differenziert werden. Da haben wir eine leistungsfähige Koppelung. Denn die Progressionswirkung kann sich sehr wohl stärker dort entfalten und konzentrieren, wo mehr Hilfe gebraucht wird.

Mehr fordern wir nicht. Diese beiden Aspekte mitzuprüfen, das ist das Anliegen unseres Initiativantrages. Wir möchten Sie bitten, heute nicht eine Prüfung vorzunehmen – wir wollen ja nicht, dass unser Anliegen als Ziel zementiert und abschließend festgelegt wird –, sondern offen zu sein, diesen Aspekt auch weiterhin zu prüfen. Deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung zu dem Initiativantrag aus Hessen. – Danke.

(Beifall)

Dr. Annette Schavan, Tagungspräsidium: Unmittelbar dazu hat sich Herr Doss gemeldet.

Hansjürgen Doss: Frau Präsidentin! Wenn man von sich selbst spricht, dann bedeutet das – wenn man einen zeitnahen Begriff verwendet –, dass man sich outet. Ich spreche hier aus eigener Erfahrung. Wir haben drei Kinder. Vor diesem Hintergrund weiß ich, was eine Familie kostet. Ich würde mich nicht überbieten lassen wollen, wenn es um die Interessen der Familie geht.

Aber ich möchte auf den hier gewünschten Prüfungsauftrag zu sprechen kommen. Wenn wir uns mit ihm beschäftigen und ihn weiterberaten, dann hat dies bereits die präjudizierende Wirkung, dass es denkbar ist, dass wir den Erwerbsarbeitsplatz mit dem Arbeitsplatz in der Familie gleichstellen. Das halte ich für eine solch qualitative Veränderung unserer Gesellschaft, dass ich dem nicht folgen kann.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bitte Sie ganz herzlich, die Familie als privaten Lebensraum zu erhalten. Eine Förderung ist zu bejahen, ein staatliches Alimentieren nicht. Meine Damen, meine Herren, wir brauchen klare Orientierungen im Hinblick auf unsere Familienpolitik. Ein Bruttolohn, der vergleichbar ist mit dem, was jemand erhält, der morgens zur Arbeit geht und dessen Beschäftigung wahrhaftig nicht immer eine Selbstverwirklichung ist, wenn Sie zum Beispiel an die Arbeit auf einer Baustelle denken, ist nicht richtig. Eine solche Tätigkeit ist nicht vergleichbar mit der Tätigkeit in der Familie.

Ich bin ein wirklich engagierter Familienvater. Das können Sie mir glauben. Ich weiß, was Familienarbeit bedeutet. Wir sind selbständig. Neben dieser Tatsache hat meine Frau drei Kinder aufgezogen. Es kann doch nicht darauf hinauslaufen, dass wir am Ende die Familienarbeit alimentieren. Eine nächste Frage wird lauten: Wie ist das mit dem Ehrenamt? Sollte man das am Ende nicht auch kommerziell abwickeln? Das kann so nicht gehen.

Ich bitte Sie also herzlich darum, die Familie nach Kräften zu unterstützen, aber um Himmels willen keinen Bruttolohn für die liebenswerte Arbeit in der Familie einführen zu wollen.

(Beifall)

Dr. Annette Schavan, Tagungspräsidium: Danke schön. – Jetzt erhält Frau Müller das Wort und dann Frau Dr. Böhmer.

Hildegard Müller: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich möchte mich aus mehreren Gründen, die ich nur kurz ansprechen möchte, ausdrücklich gegen den Prüfauftrag aussprechen. Es ist nicht so, dass die Familienkommission nicht ausführlich über das Pro und Kontra eines Familiengehaltes diskutiert hätte. Wir haben uns erst nach dieser Diskussion dafür entschlossen, Ihnen hier heute die Einführung eines Familiengeldes vorzuschlagen und zu sagen: Dies ist in unseren Augen der bessere Weg. Ein Familiengeld und die Leistungen, die es schon heute gibt, kommt den unterschiedlichen Bedürftigkeiten viel besser entgegen. Der Staat kann und darf nicht Arbeitgeber der Familien sein. Diesen Eindruck, so denke ich, sollten wir nicht erwecken. Ich halte das für ganz elementar.

Ich glaube auch, dass der Gedanke eines Bruttogehaltes nicht nur ein unrealistisches, sondern auch ein falsches Versprechen ist.

(Vereinzelt Beifall)

Die eigenständige Sicherung von Frauen zum Beispiel ist ein separates Thema. Dieses Thema sollten wir hier nicht über die soziale Sicherung und das Familiengeld, über das hier gesprochen worden ist, abhandeln. Wenn wir ganz ehrlich sind, müssen wir feststellen, dass wir die geforderte Wahlfreiheit durch ein Erziehungsgehalt nicht schaffen. Das ist aus Sicht gerade meiner Generation ein sehr wichtiger Punkt. Denn ich möchte mich nicht dafür rechtfertigen, ob ich arbeiten gehe oder nicht.

(Beifall)

Dr. Annette Schavan, Tagungspräsidium: Frau Böhmer, bitte.

Dr. Maria Böhmer, Antragskommission: Ich möchte noch einmal die Ablehnung der Antragskommission im Hinblick auf diesen Prüfauftrag kurz begründen. Wir glauben, dass es notwendig ist, an dieser ganz wesentlichen Stelle des Leitantes „Lust auf Familie“ eine klare Richtungsentscheidung zu treffen, da es sich hier in der Tat zum einen um das grundsätzliche Verständnis des Verhältnisses von Staat und Familie handelt und da zum anderen die Dimension der finanziellen Förderung angesprochen worden ist.

Lassen Sie mich noch einmal etwas dazu sagen, was eine verbesserte Sicherung durch ein solches Familiengeld, wie es in dem hessischen Antrag genannt wird, das aber durch die dort geforderte Bruttoleistung letztendlich ein Familiengeld wäre, im Hinblick auf die Alterssicherung der Erziehenden bedeuten würde. Ich habe vorhin schon einmal ausgeführt: Derzeit sind die Kindererziehungsjahre 860 DM pro Monat wert. Wenn man das auf ein Bruttoentgelt hochrechnet, müsste man zu einem Bruttoentgelt von rund gerechnet 4 000 DM kommen. Allein diese Dimension macht deutlich, in welchen Größenordnungen wir uns bewegen und was wir an anderer Stelle tun müssen, um die Erziehungsleistung im Rentenrecht anzuerkennen.

Ein weiterer Punkt ist, dass wir, was die Kinderbetreuung anbetrifft, sehen, dass das Netz der Kinderbetreuungseinrichtungen in Gefahr geraten könnte und dass damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die wir in unserem Antrag sehr deutlich untermauern, wiederum in Frage gestellt würde.

Hinzu kommt: Das Ziel jeder Familienförderung ist letztendlich, dass wir die Erziehungskraft der Familie stärken. Es besteht die Frage, ob dies mit einem solchen Familiengeld auf Bruttobasis tatsächlich erreicht würde oder ob die Familien ein solches Familiengeld nicht für den Konsumbereich statt für die gezielte und bessere Erziehung der Kinder verwenden würden.

Dies alles hat uns dazu bewogen, von seiten der Antragskommission dafür zu plädieren, keinen Prüfauftrag zu geben, sondern dem Gedanken des Familienantrags zu folgen, ein Familiengeld einzuführen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Dr. Annette Schavan, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Laumann.

(Karl-Josef Laumann: Ich habe meine Wortmeldung zurückgezogen!)

– Das heißt, Sie wünschen zunächst eine Abstimmung über diesen Spiegelstrich? – Gut. – Dann Herr Geisler, bitte schön.

Dr. Hans Geisler: Frau Tagungspräsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich deswegen noch einmal gemeldet, weil ich aus den Reaktionen auf meinen Beitrag vorhin gemerkt habe, dass der Hintergrund für meinen Beitrag noch nicht bei allen bekannt ist. Mein Vorschlag beinhaltet eine Nettoleistung und keine Bruttoleistung. Ich spreche mich jetzt eindringlich für den hessischen Antrag aus, weil ich bis jetzt von uns allen keine Antwort auf die Frage nach Gerechtigkeit erhalten habe. Diese Frage besteht zwischen Ost und West in einer ganz anderen Weise, als sie von vielen bis jetzt offensichtlich immer wieder zur Kenntnis genommen worden ist.

Wenn bei uns 33 bis 45 Prozent der Eltern von in Kindertagesstätten untergebrachten Ein- bis Dreijährigen eine staatliche Leistung von 1 000 DM pro Monat bekommen und wenn die Eltern, die diese Leistung zu Hause erbringen, nichts bekommen, dann steht nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil eine Antwort im Sinne der Gerechtigkeit aus. Es besagt, dass wir keinen Einfluss nehmen auf die Wahl der Eltern, wie sie gedenken, die Erziehungs- und Betreuungsleistung durchzuführen, ob selbständig oder nicht selbständig, ob mittels einer Einrichtung oder durch eine Elterninitiative. Wir können doch nicht sagen, dass die Gewährung von 1 000 DM keine Einflussnahme ist.

Deswegen bitte ich, diesen Prüfauftrag anzunehmen, weil dadurch diese Frage beantwortet werden könnte.

(Beifall)

Dr. Annette Schavan, Tagungspräsidium: Jetzt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Deshalb rufe ich nun den ersten Spiegelstrich der Ziffer 29 mit den Empfehlungen der Antragskommission auf. Wer diesen Empfehlungen zustimmen will, den bitte ich um das Kar-

tenzeichen. – Gegenstimmen? – 15 Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Bei 15 Gegenstimmen sind die Empfehlungen der Antragskommission angenommen.

(Beifall)

Ich rufe sodann den zweiten Spiegelstrich der Ziffer 29 auf. Dazu liegen mir Wortmeldungen vor. Bitte, Frau Süßmuth.

Prof. Dr. Rita Süßmuth: Meine Damen und Herren! Zum zweiten Spiegelstrich möchte ich noch einmal sagen, dass es in der Frage der Alterssicherung der Frauen und der Aufwertung der Familienarbeit bei einer Weiterführung ganz entscheidend darauf ankommt, dass wir tatsächlich eine verbesserte Alterssicherung der Frauen erreichen. Mit drei Jahren ist es nicht getan. Wenn wir auf der einen Seite das Familiengeld auf sechs Jahre ausdehnen, müssen wir auch die eigenständige Alterssicherung der Frauen vor Augen haben. Deswegen sage ich hier auch für die Frauen-Union sehr klar: Wir geben der Ausweitung der Erziehungszeiten im Rentenrecht für die Alterssicherung der Frauen absolute Priorität und haben im Falle der Einführung eines Kinderbonus große Bedenken, dass dieser Kinderbonus, wenn er in der Familie frei verfügbar ist, zur eigenständigen Alterssicherung der Frauen nichts beiträgt.

Warum ist uns das so wichtig? Es ist so wichtig, weil wir bisher nicht sehen, wie Frauen auf andere Weise ihre Alterssicherung maßgeblich verbessern, wenn sie sich für Kinder und für den Familienteil entscheiden. Selbst wenn wir in den nächsten Jahren einen kleinen Zuwachs durch die Väter haben werden, ist zunächst einmal die Frauenarbeit entscheidend. Deswegen kommt es auch aus Gründen unserer Glaubwürdigkeit darauf an, dass wir diejenigen, die mehrere Kinder haben – wir können eine Staffelung nach der Kinderzahl vornehmen –, unbedingt in eine bessere Alterssicherung führen. Herr Arentz hat heute Morgen von der Sozialhilfe der Familie mit Kindern gesprochen. Der andere Teil sind die Frauen mit Sozialhilfe im Alter. Wir sind hier deswegen nicht gegen den Prüfauftrag, aber wir sollten zugleich wissen, was für uns eindeutig Priorität hat, damit wir nicht das wieder aufs Spiel setzen, womit wir in den 80er-Jahren produktiv begonnen haben. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Dr. Annette Schavan, Tagungspräsidium: Nun hat Herr Laumann das Wort. Bitte!

Karl-Josef Laumann: Frau Präsidentin! Liebe Parteifreunde! Ich glaube, wir sind hier an einem ganz entscheidenden Punkt angelangt, bei dem es um unsere Auffassung über die Rentenversicherung geht. Was soll Rentenversicherung für die Zukunft alles leisten?

Ich denke, wir sind uns einig, dass bei uns im Lande derjenige, der auf Berufstätigkeit teilweise oder ganz verzichtet, weil er Kinder erzieht, im Alter dafür auch eine Absicherung haben muss. Die Frage ist nur: Wie organisieren wir das? Die Vorstellungen der Antragskommission laufen darauf hinaus, auch im Zuge der Rentenreform zu prüfen, inwieweit man in der Rentenversicherung einen Bonus für Kinder oder für Kindererziehungszeiten geben kann. Man muss klar sehen, wenn man dies tun würde, so würde dies weitere Umverteilungen in der Rentenversicherung bedeuten. Es würde bedeuten, dass wir von der Beitragsbezogenheit der Rente weiter ein Stück Abschied nehmen.

Unsere Politik in den letzten Jahren war eigentlich, die Beitragsbezogenheit der Rente zu stärken. Wir haben Umverteilungsmomente wie zum Beispiel Ausbildungszeiten zurückgenommen, um die Beitragsbezogenheit der Rente zu stärken. Wenn in der Rentenversicherung anders verfahren wird, so wird es vor allen Dingen zu Lasten derjenigen gehen, die über viele Jahrzehnte Beiträge zur Rentenversicherung eingezahlt haben. Das sind in erster Linie die gewerblichen Arbeitnehmer.

Ich glaube, dass die Frage der Kindererziehung eine gesamtgesellschaftliche Frage ist und deswegen in dem größtmöglichen System des Ausgleichs organisiert werden muss, nämlich über Steuern. Zwar sind viele in unserem Volk in der Rentenversicherung, aber lange nicht alle.

Ich gebe zu, dass die Antragskommission freundlicherweise auch geschrieben hat, dass im Rahmen der anderen Alterssicherungssysteme – Beamtenversorgung, berufsständische Versorgungswerke – ebenfalls Überlegungen anzustellen sind. Ich glaube, dass die Antragskommission dies auch ernst meint, sage Ihnen aber voraus – ich bin lange genug in der Sozialpolitik tätig, um dieses sagen zu können –, dass man dann bei den Pensionen sofort auf das Alimentationsprinzip abheben wird und sagen wird, man könne nichts ändern. Wie es in den berufsständischen Versorgungswerken gehen soll, ist mir auch schleierhaft.

Deswegen sollten wir als CDU heute, wie ich meine, klar sagen, dass wir keine weitere Umverteilung im Rentensystem wollen. Wir sollten deswegen auch den Prüfauftrag nicht erteilen, wie er in dem Antrag des Bezirksverbandes Ostwestfalen-Lippe, aber auch in dem Antrag 600 des Kreisverbandes Steinfurt vorgeschlagen wird. Zum Schluss noch ein anderes Argument. Sie werden vielleicht denken, die Sozialversicherung müsste umverteilen. Ich glaube, auch bei der Krankenkasse ist es richtig, dass wir umverteilen, dass wir eine kostenlose Mitversicherung von Familienangehörigen haben. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass wir im Bereich der Rente nur dann eine Akzeptanz für das System, auch wenn wir es um kapitalgedeckte Zusatzsysteme ergänzen, behalten werden, wenn es bei den Leistungen eine starke Beitragsbezogenheit gibt. Deswegen möchte ich eine Umverteilung zugunsten der Erziehungszeiten nicht so gern. Ich würde mich freuen, wenn Sie meinen Argumenten folgen könnten. – Schönen Dank.

(Beifall)

Dr. Annette Schavan, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Christian Wulff.

Christian Wulff: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal ausdrücklich für die Fassung der Antragskommission werben. Wir sind inzwischen vom Bundesverfassungsgericht darin bestärkt worden, dass der Fakt der Kinder und die Zahl der Kinder im Rentenrecht keine versicherungsfremde Leistung, sondern eine versicherungsimmanente Leistung darstellen, weil die Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme ganz wesentlich davon abhängt, wie viele Kinder in unserer Gesellschaft vorhanden sind, denn davon hängt die Zahl der späteren Beitragszahler im wesentlichen ab. Im übrigen sind wir für den Prüfauftrag, damit wir Politik aus einem Guss machen. Wir sollten nicht über Steuerrecht und über Rentenrecht und Familienpolitik nebeneinanderher diskutieren, sondern sie ineinander vernetzen und verzahnen. Dazu ist es erforderlich, die Frage der Sozialstaatskommission zu beantworten, um das Motto unseres Bundesausschusses umzusetzen, näm-

lich Brücken zu bauen. Wir wollen nicht nur eine Brücke zwischen den Generationen bauen, sondern auch eine Brücke innerhalb der Generationen, zwischen denen, die Kinder haben, und denen, die – aus welchen Gründen auch immer – keine Kinder haben. Die Wahrheit ist eben, dass diejenigen ohne Kinder viel für das Alter vorsorgen können, diejenigen mit Kinder aber nicht in diesem Umfang vorsorgen können. Da es aber immer mehr auf Vorsorge für das Alter ankommt, müssen wir über diese Unwucht offen diskutieren. Ich bitte Sie darum, der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen.

(Beifall)

Dr. Annette Schavan, Tagungspräsidium: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deshalb rufe ich jetzt den zweiten Spiegelstrich der Ziffer 29 zur Abstimmung auf. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zu diesem zweiten Spiegelstrich die Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen! – Vier Gegenstimmen. Enthaltungen? – Zwei Enthaltungen. Damit sind die Empfehlungen der Antragskommission angenommen.

Wir kommen damit zum dritten Spiegelstrich der Ziffer 29, und zwar zum Thema „Familien-Gutscheine“. Die entsprechenden Anträge finden Sie in der Broschüre auf den Seiten 114 bis 117.

Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wer den Empfehlungen der Antragskommission die Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen! – Eine Gegenstimme. Enthaltungen? – Keine. Bei einer Gegenstimme sind die Empfehlungen angenommen.

Wir kommen zur Ziffer 30, den Anträgen 616 bis 628 auf den Seiten 130 bis 133. Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Ziffer 31, Anträge 629 bis 635 auf den Seiten 133 bis 135 —

(Stromausfall im ganzen Hause –
Unterbrechung der Sitzung –
Glocke der Generalsekretärin)

Meine Damen und Herren, ich bekomme gerade den Hinweis: Wenn es ganz ruhig würde, dann könnten wir weitermachen.

(Beifall)

Wir waren bei der Abstimmung über Ziffer 31, Anträge 629 bis 635 auf den Seiten 133 bis 135. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit sind die Empfehlungen der Antragskommission so angenommen.

Ich rufe Ziffer 32 auf, Anträge 636 bis 642. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Ziffer 33, Anträge 643 bis 647. Keine Wortmeldungen. Wer den Empfehlungen zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Empfehlungen der Antragskommission sind angenommen.

Ziffer 34, Anträge 648 bis 655. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Auch bei Dunkelheit ist erkennbar: eine Gegenstimme. Enthaltungen? – Dann ist das so angenommen.

Ziffer 35, Anträge 656 bis 662. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer den Empfehlungen zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme. Enthaltungen? – Bei einer Gegenstimme so angenommen.

Ziffer 36, Anträge 663 bis 671 auf den Seiten 142 bis 145. Wer stimmt den Empfehlungen zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einer Gegenstimme angenommen.

Ziffer 37, Anträge 672 bis 676. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer den Empfehlungen zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – So angenommen.

Meine Damen und Herren, auf meinem Regiezettel steht jetzt: Schlussabstimmung. Da wir nur im Halbdunkeln und nicht ganz im Dunkeln sitzen, schaffen wir das auch noch. Zunächst aber möchte ich Ihnen sehr danken für eine lebendige und, wie ich finde, interessante Debatte in zugleich überschaubarer Zeit. Ich danke allen, auch in der Antragskommission und in unseren Büros, die den Verlauf der Debatte aufgenommen haben.

Wir kommen also zur Schlussabstimmung. Wer dem Antrag „Lust auf Familie – Lust auf Verantwortung“ insgesamt zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag vom Kleinen Parteitag einstimmig angenommen:

(Beifall)

Meine Damen und Herren, damit kommen wir zum TAGESORDNUNGSPUNKT 15:

SCHLUSSWORT DES VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS

Herr Dr. Schäuble, bitte.

Dr. Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU: Liebe Freunde! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir stehen am Ende einer wichtigen Sitzung, am Ende unseres Bundesausschusses.

Ich darf Ihnen zunächst einmal mitteilen, um allen Spekulationen vorzubeugen: Offenbar leidet das ganze Stadtviertel unter Stromausfall. Irgend etwas ist halt schiefgelaufen. Das liegt außerhalb unserer Verantwortung.

Ich bedanke mich sehr, daß Sie noch ein paar Minuten ruhig sind. Ich werde auch alles, was meine Stimmbänder hergeben, einbringen.

Ich glaube, wir haben heute und in der Vorbereitung auf diesen Kleinen Parteitag gute Arbeit geleistet. Es ist gut und richtig und wichtig, daß die CDU am Ende des ersten Jahres in der Opposition die Familie in den Mittelpunkt stellt und daß wir einen ganzen Kleinen Parteitag diesem wichtigen Thema gewidmet haben, in einer intensiven Diskussion, die Vielfalt und Geschlossenheit der Union gleichermaßen zeigt. Herzlichen Dank allen, die daran mitgewirkt haben.

(Beifall)

Ich danke der Familienkommission, insbesondere Angela Merkel, der Antragskommission, dem Tagungspräsidium, allen, die an der Vorbereitung und Durchführung dieses kleinen Parteitags mitgewirkt haben, aber auch den vielen Helfern, von der Polizei bis zu den Rettungsdiensten und den Vertretern der Medien. Ich danke Ihnen, den Delegierten.

Es ist sehr ambivalent, elf Tage vor dem Heiligen Abend einen kleinen Parteitag zum Thema Familienpolitik zu machen. Aber weil wir ihn rechtzeitig zum guten Abschluss gebracht haben, ist es gut gewesen. Ich füge hinzu: Die Vertreter der Medien bitten wir um aufmerksame und intensive Berichterstattung. Es zeigt, daß die Union auch in schwierigen Zeiten der Sacharbeit, der programmatischen Arbeit und Geschlossenheit den Vorrang gibt.

Liebe Freunde, indem ich Ihnen allen danke, wünsche ich Ihnen und Ihren Familien schon heute – wenn wir uns nicht mehr sehen – für die bevorstehenden Tage unseres Weihnachtsfestes alles Gute. Ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Wechsel in das neue Jahr, in das neue Millennium!

Ich kann Ihnen versprechen: Die Arbeit geht weiter. Auf uns wartet im neuen Jahr viel Arbeit. Volker Rühe und Jürgen Rüttgers werden bald neue Ministerpräsidenten sein. Dann werden sie noch mehr Arbeit haben.

(Beifall)

Wir, die CDU Deutschlands insgesamt auf allen Ebenen, werden an die Arbeit und an die Erfolge in diesem Jahr anknüpfen. Wir schulden das unserem Land. Ich habe heute morgen zu Beginn unseres kleinen Parteitags an die historischen Veränderungen erinnert, die mit dem Gipfel in Helsinki positiv und in gefährlicher Weise für Europa verbunden sind. Ich habe am Freitag vor einer Woche im Bundestag gesagt: Die europäische Einigung ist politisch das beste, was wir aus diesem Jahrhundert in das neue mitnehmen, ein großes, starkes Europa, ein Europa, ein Deutschland, in dem wir unsere Verantwortung für diese eine, enger zusammenrückende Welt wahrnehmen können. Denn wir wissen, daß wir nicht nur für uns, sondern für alle Menschen auf der Welt und für alle, die nach uns kommen, Verantwortung tragen. Das ist unser Verständnis, das ist unsere Verpflichtung. Das ist eine Sache – Volker Rühe hat das heute morgen gesagt –, für die wir streiten und arbeiten, die größer ist als unsere Partei. Wir tragen eine Verantwortung, die größer ist. Wir stellen uns dieser Verantwortung. In dieser Verantwortung haben wir unsere Arbeit geleistet. In dieser Richtung geht unsere Arbeit weiter auf dem Weg in das Jahr 2000.

Wir schließen in diesem Gebäude, in dem wir vor neun Jahren den Vertrag zur Deutschen Einheit verhandelt und die deutsche Einheit erfolgreich gestaltet haben, den letzten kleinen Parteitag in diesem Jahrhundert mit dem Lied der Deutschen, diesmal ohne technische Hilfe. Bernhard Worms und Norbert Blüm haben versprochen, anzustimmen. – Vielen Dank.

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne)

(Schluss: 15.14 Uhr)



A N H A N G

**Beschlußprotokoll
des Bundesausschusses der CDU Deutschlands
13. Dezember 1999, Berlin,
Altes Stadthaus**

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlussfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Wahl einer Mandatsprüfungskommission
für den 13. Parteitag der CDU Deutschlands
8. Grußwort des Landesvorsitzenden der CDU Berlin
9. Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands gem. § 31 (2) Statut
10. Aussprache zum Bericht des Vorsitzenden
11. Bericht der Generalsekretärin der CDU Deutschlands;
zugleich Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes
„Lust auf Familie – Lust auf Verantwortung“
12. Bericht der Mandatsprüfungskommission
13. Beratung und Beschlussfassung über den Antrag des Bundesvorstandes
„Lust auf Familie – Lust auf Verantwortung“;
zugleich Aussprache zum Bericht der Generalsekretärin
14. Sonstige Anträge
15. Schlusswort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands

Zu TOP 1: **Eröffnung und Begrüßung** durch den Parteivorsitzenden
Dr. Wolfgang Schäuble

Zu TOP 2: Folgendes **Tagungspräsidium** wurde nach Eröffnung des „Kleinen Parteitages der CDU Deutschlands“ in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Dr. Wolfgang Schäuble	Vorsitzender der CDU
Dr. Angela Merkel	Generalsekretärin der CDU
Dr. Helmut Kohl	Ehrevorsitzender der CDU

Vorsitzender des Tagungspräsidiums: Eberhard Diepgen

Weitere Mitglieder: Dr. Norbert Blüm
Volker Rühle
Dr. Annette Schavan
Christian Wulff
Dr. Jürgen Rüttgers
Hildegard Müller
Dr. Bernhard Worms

Zu TOP 3: Die eingangs wiedergegebene **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Zu TOP 4: Die vom Bundesvorstand gemäß § 10 (3) GO-CDU bestellte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzende:	Dr. Angela Merkel
Stellv. Vorsitzender:	Dr. Willi Hausmann

Weitere Mitglieder:

Volker Kauder	Baden-Württemberg
Beate Hübner	Berlin
Katherina Reiche	Brandenburg

Bernd Neumann	Bremen
Birgit Schnieber-Jastram	Hamburg
Gerald Weiß	Hessen
Eckhardt Rehberg	Mecklenburg-Vorpommern
Rita Pawelski	Niedersachsen
Ilse Falk	Nordrhein-Westfalen
Dr. Maria Böhmer	Rheinland-Pfalz /Frauen-Union
Annegret Kramp-Karrenbauer	Saarland
Prof. Dr. Georg Milbradt	Sachsen
Carmen Stange	Sachsen-Anhalt
Reimer Böge	Schleswig-Holstein
Johanna Ahrenhövel	Thüringen
Hannelore Rönsch	Hessen
Hildegard Müller	Junge Union
Peter Rauen	MIT
Helmut Sauer	OMV
Hermann-Josef Arentz	CDA
Peter Götz	KPV
Dr. Bernhard Worms	Senioren-Union

Zu TOP 5:

Die Mandatsprüfungskommission wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig wie folgt gewählt:

Vorsitzender: Ulf Leisner
Leiter der Hauptabteilung Organisation
der CDU-Bundesgeschäftsstelle

Weitere Mitglieder: Mario Faßbender
Geschäftsführer des CDU-
Landesverbandes Brandenburg

Klaus-Dieter Götz
Geschäftsführer des CDU-Landes-
verbandes Mecklenburg-Vorpommern

Susanne Verweyen-Emmrich
Geschäftsführerin
des CDU-Landesverbandes
Baden-Württemberg

Matthias Wambach
Geschäftsführer
des CDU-Landesverbandes Berlin

Zu TOP 6: Die **Stimmzählkommission** wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig wie folgt gewählt:

Vorsitzender: Jürgen Zander
Stellv. Leiter
der Abteilung Parteiorganisation
der CDU-Bundesgeschäftsstelle

Weitere Mitglieder: Uwe Beye
Pia Heim
Landesgeschäftsstelle Sachsen-Anhalt

Karen Geyer
Geschäftsführerin des
CDU-Kreisverbandes Oder-Spree

Horst Knut Kaufmann
Geschäftsführer des CDU-Kreisverbandes
Berlin-Friedrichshain

Frank Martin
Geschäftsführer des CDU-Kreisverbandes
Berlin-Reinickendorf

Marlies Strobach
Geschäftsführerin des CDU-Kreisverbandes
Berlin-Schöneberg

Petra Hansen
CDU-Bundesgeschäftsstelle

Zu TOP 7:

Die Mandatsprüfungskommission für den 13. Parteitag der CDU Deutschlands in Essen 2000 wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig wie folgt gewählt:

Vorsitzender:

Ulf Leisner
Leiter der Hauptabteilung Organisation
der CDU-Bundesgeschäftsstelle

Weitere Mitglieder:

Frieder Fundis
Geschäftsführer des CDU-Bezirks-
verbandes Nordwürttemberg

Bernhard Herzog
Abteilungsleiter CDU-Landesgeschäftsstelle
Nordrhein-Westfalen

Silke Müller
Geschäftsführerin des
CDU-Landesverbandes Bremen

Hans-Joachim Pack
Geschäftsführer des
CDU-Landesverbandes Saar

Randolf Stamm
Geschäftsführer des
CDU-Landesverbandes Sachsen

Waltraud Wannhoff
Geschäftsführerin des
CDU-Landesverbandes Braunschweig

Zu TOP 8:

Grusswort Eberhard Diepgen,
Landesvorsitzender der CDU Berlin

Zu TOP 9/10:

Der Kleine Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Dr. Wolfgang Schäuble**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 11: Der Kleine Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht der Generalsekretärin Dr. Angela Merkel und zugleich die Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Lust auf Familie – Lust auf Verantwortung“** zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 12: Bericht der Mandatsprüfungskommission:

„Die vom heutigen Kleinen Parteitag eingesetzte Mandatsprüfungskommission hat in ihrer Sitzung die Unterlagen der Delegierten überprüft.

Dabei wurde festgestellt, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt worden sind und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Die von den Bundesvorständen der Vereinigungen gewählten Vertreter zum Kleinen Parteitag sind entsprechend § 30 Abs.4 des Statuts der CDU weniger als 12 Monate im Amt.

Nach § 30 des Bundesstatuts gehören diesem Kleinen Parteitag 144 voll stimmberechtigte Delegierte an.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 11.50 Uhr von den 144 uneingeschränkt stimmberechtigten Delegierten 133 anwesend. Das sind 92,36 %.

Demzufolge ist dieser Kleine Parteitag beschlussfähig.“

Zu TOP 13: Beratung und Beschlussfassung über den Antrag des Bundesvorstandes „Lust auf Familie – Lust auf Verantwortung“

Der Kleine Parteitag der CDU Deutschlands fasste über die Anträge zu „Lust auf Familie – Lust auf Verantwortung“ in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge A 1 bis A 676 ist in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“, die Anträge A 677 bis A 683 sind in der „Sammlung der Initiativ-Anträge und Empfehlungen der Antragskommission abgedruckt.)

Die satzungsmäßig erforderliche Mehrheit wurde jeweils erreicht.

- A 1 Ablehnung
- A 2 Überweisung an die Generalsekretärin als Material
- A 3 Ablehnung
- A 4 Ablehnung

- A 5 Ablehnung
- A 6 Ablehnung
- A 7 Annahme idF der Antragskommission
- A 8 Ablehnung
- A 9 Annahme
- A 10 Ablehnung
- A 11 Ablehnung
- A 12 Annahme
- A 13 Ablehnung
- A 14 Ablehnung
- A 15 Ablehnung
- A 16 Ablehnung
- A 17 Ablehnung
- A 18 Ablehnung
- A 19 Ablehnung
- A 20 Annahme idF der Antragskommission
- A 21 Ablehnung
- A 22 Annahme idF der Antragskommission
- A 23 Annahme idF der Antragskommission
- A 24 Annahme idF der Antragskommission
- A 25 Erledigung
- A 26 Erledigung
- A 27 Ablehnung
- A 28 Ablehnung
- A 29 Ablehnung
- A 30 Ablehnung
- A 31 Ablehnung
- A 32 Ablehnung
- A 33 Ablehnung

- A 34** **Ablehnung**
- A 35** **Annahme idF der Antragskommission**
- A 36** **Annahme idF der Antragskommission**
- A 37** **Ablehnung**
- A 38** **Ablehnung**
- A 39** **Erledigung**
- A 40** **Ablehnung**
- A 41** **Ablehnung**
- A 42** **Ablehnung**
- A 43** **Annahme**
- A 44** **Ablehnung**
- A 45** **Ablehnung**
- A 46** **Ablehnung**
- A 47** **Ablehnung**
- A 48** **Ablehnung**
- A 49** **Ablehnung**
- A 50** **Ablehnung**
- A 51** **Ablehnung**
- A 52** **Ablehnung**
- A 53** **Ablehnung**
- A 54** **Ablehnung**
- A 55** **Ablehnung**
- A 56** **Ablehnung**
- A 57** **Ablehnung**
- A 58** **Ablehnung**
- A 59** **Ablehnung**
- A 60** **Ablehnung**
- A 61** **Ablehnung**
- A 62** **Ablehnung**

- A 63 Ablehnung
- A 64 Annahme idF der Antragskommission
- A 65 Annahme idF der Antragskommission
- A 66 Ablehnung
- A 67 Erledigung
- A 68 Ablehnung
- A 69 Annahme idF der Antragskommission
- A 70 Annahme idF der Antragskommission
- A 71 Ablehnung
- A 72 Ablehnung
- A 73 Annahme idF der Antragskommission
- A 74 Ablehnung
- A 75 Ablehnung
- A 76 Ablehnung
- A 77 Ablehnung
- A 78 Ablehnung
- A 79 Ablehnung
- A 80 Ablehnung
- A 81 Ablehnung
- A 82 Ablehnung
- A 83 Ablehnung
- A 84 Annahme idF der Antragskommission
- A 85 Ablehnung
- A 86 Ablehnung
- A 87 Ablehnung
- A 88 Annahme idF der Antragskommission
- A 89 Ablehnung
- A 90 Annahme idF der Antragskommission
- A 91 Annahme idF der Antragskommission

- A 92 Ablehnung
- A 93 Annahme idF der Antragskommission
- A 94 Annahme idF der Antragskommission
- A 95 Annahme idF der Antragskommission
- A 96 Annahme idF der Antragskommission
- A 97 Ablehnung
- A 98 Annahme idF der Antragskommission
- A 99 Annahme idF der Antragskommission
- A 100 Ablehnung
- A 101 Annahme idF der Antragskommission
- A 102 Annahme idF der Antragskommission
- A 103 Ablehnung
- A 104 Annahme idF der Antragskommission
- A 105 Ablehnung
- A 106 Ablehnung
- A 107 Annahme idF der Antragskommission
- A 108 Annahme idF der Antragskommission
- A 109 Annahme idF der Antragskommission
- A 110 Ablehnung
- A 111 Ablehnung
- A 112 Annahme idF der Antragskommission
- A 113 Annahme idF der Antragskommission
- A 114 Ablehnung
- A 115 Ablehnung
- A 116 Annahme idF der Antragskommission
- A 117 Ablehnung
- A 118 Ablehnung
- A 119 Ablehnung
- A 120 Annahme idF der Antragskommission

- A 121 Annahme idF der Antragskommission
- A 122 Annahme idF der Antragskommission
- A 123 Annahme idF der Antragskommission
- A 124 Annahme idF der Antragskommission
- A 125 Ablehnung
- A 126 Annahme idF der Antragskommission
- A 127 Ablehnung
- A 128 Annahme idF der Antragskommission
- A 129 Annahme idF der Antragskommission
- A 130 Annahme idF der Antragskommission
- A 131 Ablehnung
- A 132 Ablehnung
- A 133 Ablehnung
- A 134 Annahme idF der Antragskommission
- A 135 Annahme idF der Antragskommission
- A 136 Ablehnung
- A 137 Annahme idF der Antragskommission
- A 138 Annahme idF der Antragskommission
- A 139 Annahme idF der Antragskommission
- A 140 Ablehnung
- A 141 Ablehnung
- A 142 Ablehnung
- A 143 Ablehnung
- A 144 Ablehnung
- A 145 Ablehnung
- A 146 Annahme idF der Antragskommission
- A 147 Ablehnung
- A 148 Annahme idF der Antragskommission
- A 149 Ablehnung

- A 150 Annahme idF der Antragskommission
- A 151 Ablehnung
- A 152 Ablehnung
- A 153 Ablehnung
- A 154 Ablehnung
- A 155 Annahme idF der Antragskommission
- A 156 Ablehnung
- A 157 Ablehnung
- A 158 Ablehnung
- A 159 Annahme idF der Antragskommission
- A 160 Ablehnung
- A 161 Ablehnung
- A 162 Ablehnung
- A 163 Ablehnung
- A 164 Annahme idF der Antragskommission
- A 165 Annahme idF der Antragskommission
- A 166 Ablehnung
- A 167 Annahme idF der Antragskommission
- A 168 Ablehnung
- A 169 Ablehnung
- A 170 Annahme idF der Antragskommission
- A 171 Annahme idF der Antragskommission
- A 172 Annahme idF der Antragskommission
- A 173 Ablehnung
- A 174 Ablehnung
- A 175 Ablehnung
- A 176 Annahme idF der Antragskommission
- A 177 Annahme idF der Antragskommission
- A 178 Annahme idF der Antragskommission

- A 179 Ablehnung
- A 180 Annahme idF der Antragskommission
- A 181 Annahme idF der Antragskommission
- A 182 Ablehnung
- A 183 Ablehnung
- A 184 Ablehnung
- A 185 Ablehnung
- A 186 Annahme idF der Antragskommission
- A 187 Annahme idF der Antragskommission
- A 188 Ablehnung
- A 189 Ablehnung
- A 190 Ablehnung
- A 191 Annahme idF der Antragskommission
- A 192 Ablehnung
- A 193 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 194 Annahme idF der Antragskommission
- A 195 Ablehnung
- A 196 Ablehnung
- A 197 Annahme idF der Antragskommission
- A 198 Ablehnung
- A 199 Annahme idF der Antragskommission
- A 200 Ablehnung
- A 201 Annahme idF der Antragskommission
- A 202 Erledigung
- A 203 Annahme idF der Antragskommission
- A 204 Ablehnung
- A 205 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 206 Annahme idF der Antragskommission
- A 207 Annahme idF der Antragskommission

- A 208 Ablehnung
- A 209 Annahme idF der Antragskommission
- A 210 Annahme idF der Antragskommission
- A 211 Annahme idF der Antragskommission
- A 212 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 213 Annahme idF der Antragskommission
- A 214 Annahme idF der Antragskommission
- A 215 Erledigung
- A 216 Annahme idF der Antragskommission
- A 217 Ablehnung
- A 218 Ablehnung
- A 219 Annahme idF der Antragskommission
- A 220 Ablehnung
- A 221 Annahme idF der Antragskommission
- A 222 Annahme idF der Antragskommission
- A 223 Ablehnung
- A 224 Ablehnung
- A 225 Annahme idF der Antragskommission
- A 226 Annahme idF der Antragskommission
- A 227 Annahme idF der Antragskommission
- A 228 Ablehnung
- A 229 Annahme idF der Antragskommission
- A 230 Annahme idF der Antragskommission
- A 231 Annahme idF der Antragskommission
- A 232 Ablehnung
- A 233 Annahme
- A 234 Ablehnung
- A 235 Erledigung
- A 236 Ablehnung

- A 237 Annahme idF der Antragskommission
- A 238 Ablehnung
- A 239 Annahme idF der Antragskommission
- A 240 Ablehnung
- A 241 Annahme idF der Antragskommission
- A 242 Erledigung
- A 243 Ablehnung
- A 244 Ablehnung
- A 245 Ablehnung
- A 246 Ablehnung
- A 247 Ablehnung
- A 248 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 249 Annahme idF der Antragskommission
- A 250 Ablehnung
- A 251 Ablehnung
- A 252 Annahme idF der Antragskommission
- A 253 Annahme idF der Antragskommission
- A 254 Annahme idF der Antragskommission
- A 255 Erledigung
- A 256 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 257 Ablehnung
- A 258 Annahme idF der Antragskommission
- A 259 Annahme idF der Antragskommission
- A 260 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 261 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 262 Erledigung
- A 263 Ablehnung
- A 264 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 265 Annahme idF der Antragskommission

- A 266 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 267 Erledigung
- A 268 Ablehnung
- A 269 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 270 Erledigung
- A 271 Ablehnung
- A 272 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 273 Annahme idF der Antragskommission
- A 274 Ablehnung
- A 275 Annahme idF der Antragskommission
- A 276 Ablehnung
- A 277 Erledigung
- A 278 Ablehnung
- A 279 Ablehnung
- A 280 Annahme idF der Antragskommission
- A 281 Annahme idF der Antragskommission
- A 282 Ablehnung
- A 283 Ablehnung
- A 284 Ablehnung
- A 285 Ablehnung
- A 286 Annahme idF der Antragskommission
- A 287 Ablehnung
- A 288 Ablehnung
- A 289 Annahme idF der Antragskommission
- A 290 Ablehnung
- A 291 Ablehnung
- A 292 Ablehnung
- A 293 Ablehnung
- A 294 Ablehnung

- A 295 Annahme idF der Antragskommission
- A 296 Ablehnung
- A 297 Ablehnung
- A 298 Ablehnung
- A 299 Ablehnung
- A 300 Ablehnung
- A 301 Ablehnung
- A 302 Ablehnung
- A 303 Ablehnung
- A 304 Ablehnung
- A 305 Ablehnung
- A 306 Annahme idF der Antragskommission
- A 307 Ablehnung
- A 308 Ablehnung
- A 309 Ablehnung
- A 310 Ablehnung
- A 311 Ablehnung
- A 312 Ablehnung
- A 313 Ablehnung
- A 314 Ablehnung
- A 315 Ablehnung
- A 316 Annahme idF der Antragskommission
- A 317 Ablehnung
- A 318 Ablehnung
- A 319 Ablehnung
- A 320 Annahme idF der Antragskommission
- A 321 Annahme idF der Antragskommission
- A 322 Annahme idF der Antragskommission
- A 323 Annahme idF der Antragskommission

- A 324 Ablehnung
- A 325 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 326 Ablehnung
- A 327 Ablehnung
- A 328 Erledigung
- A 329 Annahme idF der Antragskommission
- A 330 Ablehnung
- A 331 Erledigung
- A 332 Überweisung an die CDU-Fraktionen in den Landtagen
- A 333 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 334 Ablehnung
- A 335 Annahme idF der Antragskommission
- A 336 Ablehnung
- A 337 Ablehnung
- A 338 Ablehnung
- A 339 Annahme idF der Antragskommission
- A 340 Ablehnung
- A 341 Annahme idF der Antragskommission
- A 342 Ablehnung
- A 343 Ablehnung
- A 344 Ablehnung
- A 345 Erledigung
- A 346 Annahme idF der Antragskommission
- A 347 Erledigung
- A 348 Annahme idF der Antragskommission
- A 349 Annahme idF der Antragskommission
- A 350 Ablehnung
- A 351 Ablehnung
- A 352 Ablehnung

- A 353 Annahme idF der Antragskommission
- A 354 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 355 Annahme idF der Antragskommission
- A 356 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 357 Ablehnung
- A 358 Ablehnung
- A 359 Ablehnung
- A 360 Ablehnung
- A 361 Ablehnung
- A 362 Ablehnung
- A 363 Ablehnung
- A 364 Ablehnung
- A 365 Annahme idF der Antragskommission
- A 366 Annahme idF der Antragskommission
- A 367 Annahme idF der Antragskommission
- A 368 Ablehnung
- A 369 Ablehnung
- A 370 Annahme idF der Antragskommission
- A 371 Annahme idF der Antragskommission
- A 372 Annahme idF der Antragskommission
- A 373 Annahme idF der Antragskommission
- A 374 Ablehnung
- A 375 Ablehnung
- A 376 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 377 Annahme idF der Antragskommission
- A 378 Ablehnung
- A 379 Ablehnung
- A 380 Ablehnung
- A 381 Ablehnung

- A 382 Ablehnung
- A 383 Ablehnung
- A 384 Ablehnung
- A 385 Ablehnung
- A 386 Ablehnung
- A 387 Ablehnung
- A 388 Annahme idF der Antragskommission
- A 389 Ablehnung
- A 390 Ablehnung
- A 391 Ablehnung
- A 392 Ablehnung
- A 393 Ablehnung
- A 394 Ablehnung
- A 395 Ablehnung
- A 396 Annahme idF der Antragskommission
- A 397 Annahme idF der Antragskommission
- A 398 Ablehnung
- A 399 Ablehnung
- A 400 Ablehnung
- A 401 Ablehnung
- A 402 Ablehnung
- A 403 Ablehnung
- A 404 Ablehnung
- A 405 Ablehnung
- A 406 Ablehnung
- A 407 Ablehnung
- A 408 Erledigung
- A 409 Ablehnung
- A 410 Annahme idF der Antragskommission

- A 411 Annahme idF der Antragskommission
- A 412 Annahme idF der Antragskommission
- A 413 Ablehnung
- A 414 Annahme idF der Antragskommission
- A 415 Annahme idF der Antragskommission
- A 416 Annahme idF der Antragskommission
- A 417 Annahme idF der Antragskommission
- A 418 Erledigung
- A 419 Annahme idF der Antragskommission
- A 420 Überweisung an die CDU-Fraktionen in den Landtagen
- A 421 Ablehnung
- A 422 Ablehnung
- A 423 Annahme idF der Antragskommission
- A 424 Ablehnung
- A 425 Ablehnung
- A 426 Ablehnung
- A 427 Annahme idF der Antragskommission
- A 428 Überweisung an die CDU-Fraktionen in den Landtagen
- A 429 Annahme idF der Antragskommission
- A 430 Annahme idF der Antragskommission
- A 431 Ablehnung
- A 432 Annahme idF der Antragskommission
- A 433 Annahme idF der Antragskommission
- A 434 Annahme idF der Antragskommission
- A 435 Annahme idF der Antragskommission
- A 436 Erledigung
- A 437 Ablehnung
- A 438 Ablehnung
- A 439 Ablehnung

- A 440 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 441 Erledigung
- A 442 Annahme idF der Antragskommission
- A 443 Annahme idF der Antragskommission
- A 444 Ablehnung
- A 445 Annahme idF der Antragskommission
- A 446 Annahme idF der Antragskommission
- A 447 Ablehnung
- A 448 Ablehnung
- A 449 Ablehnung
- A 450 Erledigung
- A 451 Erledigung
- A 452 Ablehnung
- A 453 Ablehnung
- A 454 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 455 Annahme idF der Antragskommission
- A 456 Annahme idF der Antragskommission
- A 457 Annahme idF der Antragskommission
- A 458 Annahme idF der Antragskommission
- A 459 Ablehnung
- A 460 Ablehnung
- A 461 Ablehnung
- A 462 Annahme idF der Antragskommission
- A 463 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 464 Annahme idF der Antragskommission
- A 465 Ablehnung
- A 466 Erledigung
- A 467 Annahme idF der Antragskommission
- A 468 Ablehnung

- A 469 Ablehnung
- A 470 Annahme idF der Antragskommission
- A 471 Ablehnung
- A 472 Annahme idF der Antragskommission
- A 473 Annahme idF der Antragskommission
- A 474 Ablehnung
- A 475 Ablehnung
- A 476 Annahme idF der Antragskommission
- A 477 Ablehnung
- A 478 Ablehnung
- A 479 Ablehnung
- A 480 Annahme idF der Antragskommission
- A 481 Annahme idF der Antragskommission
- A 482 Ablehnung
- A 483 Ablehnung
- A 484 Ablehnung
- A 485 Ablehnung
- A 486 Annahme idF der Antragskommission
- A 487 Ablehnung
- A 488 Ablehnung
- A 489 Ablehnung
- A 490 Ablehnung
- A 491 Ablehnung
- A 492 Annahme idF der Antragskommission
- A 493 Ablehnung
- A 494 Annahme idF der Antragskommission
- A 495 Ablehnung
- A 496 Ablehnung
- A 497 Ablehnung

- A 498 Erledigung
- A 499 Annahme idF der Antragskommission
- A 500 Annahme idF der Antragskommission
- A 501 Annahme idF der Antragskommission
- A 502 1. + 2. Tiert: Annahme idF der Antragskommission
- A 502 3. Tiert: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 503 Annahme idF der Antragskommission
- A 504 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 505 Erledigung
- A 506 Ablehnung
- A 507 Annahme idF der Antragskommission
- A 508 Ablehnung
- A 509 Annahme idF der Antragskommission
- A 510 Erledigung
- A 511 Erledigung
- A 512 Ablehnung
- A 513 Ablehnung
- A 514 Annahme idF der Antragskommission
- A 515 Ablehnung
- A 516 Annahme idF der Antragskommission
- A 517 Annahme idF der Antragskommission
- A 518 Annahme idF der Antragskommission
- A 519 Ablehnung
- A 520 Ablehnung
- A 521 Ablehnung
- A 522 Ablehnung
- A 523 Ablehnung
- A 524 Ablehnung
- A 525 Ablehnung

- A 526 Ablehnung
- A 527 Ablehnung
- A 528 Ablehnung
- A 529 Ablehnung
- A 530 Ablehnung
- A 531 Annahme idF der Antragskommission
- A 532 Annahme idF der Antragskommission
- A 533 Annahme idF der Antragskommission
- A 534 Annahme idF der Antragskommission
- A 535 Ablehnung
- A 536 Annahme idF der Antragskommission
- A 537 Ablehnung
- A 538 Ablehnung
- A 539 Annahme idF der Antragskommission
- A 540 Ablehnung
- A 541 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 542 Annahme
- A 543 Annahme idF der Antragskommission
- A 544 Annahme idF der Antragskommission
- A 545 Annahme idF der Antragskommission
- A 546 Ablehnung
- A 547 Ablehnung
- A 548 Annahme idF der Antragskommission
- A 549 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 550 Ablehnung
- A 551 Annahme idF der Antragskommission
- A 552 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 553 Annahme idF der Antragskommission
- A 554 Ablehnung

- A 555 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 556 Annahme idF der Antragskommission
- A 557 Ablehnung
- A 558 Annahme idF der Antragskommission
- A 559 Ablehnung
- A 560 Annahme idF der Antragskommission
- A 561 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 562 Ablehnung
- A 563 Ablehnung
- A 564 Erledigung
- A 565 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 566 Erledigung
- A 567 Erledigung
- A 568 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 569 Ablehnung
- A 570 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 571 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 572 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 573 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 574 Ablehnung
- A 575 Ablehnung
- A 576 Ablehnung
- A 577 Ablehnung
- A 578 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 579 Ablehnung
- A 580 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 581 Ablehnung
- A 582 Ablehnung
- A 583 Ablehnung

- A 584 Ablehnung
- A 585 Ablehnung
- A 586 Ablehnung
- A 587 Ablehnung
- A 588 Ablehnung
- A 589 Ablehnung
- A 590 Ablehnung
- A 591 Ablehnung
- A 592 Ablehnung
- A 593 Annahme idF der Antragskommission
- A 594 Annahme idF der Antragskommission
- A 595 Ablehnung
- A 596 Ablehnung
- A 597 Annahme idF der Antragskommission
- A 598 Annahme idF der Antragskommission
- A 599 Ablehnung
- A 600 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 601 Ablehnung
- A 602 Ablehnung
- A 603 Ablehnung
- A 604 Annahme idF der Antragskommission
- A 605 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 606 Ablehnung
- A 607 Ablehnung
- A 608 Ablehnung
- A 609 Ablehnung
- A 610 Annahme idF der Antragskommission
- A 611 Ablehnung
- A 612 Annahme idF der Antragskommission

- A 613 Annahme idF der Antragskommission
- A 614 Ablehnung
- A 615 Annahme idF der Antragskommission
- A 616 Annahme idF der Antragskommission
- A 617 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 618 Ablehnung
- A 619 Annahme idF der Antragskommission
- A 620 Erledigung
- A 621 Ablehnung
- A 622 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 623 Annahme idF der Antragskommission
- A 624 Ablehnung
- A 625 Ablehnung
- A 626 Ablehnung
- A 627 Ablehnung
- A 628 Ablehnung
- A 629 Annahme idF der Antragskommission
- A 630 Annahme idF der Antragskommission
- A 631 Annahme idF der Antragskommission
- A 632 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 633 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 634 Ablehnung
- A 635 Erledigung
- A 636 Annahme idF der Antragskommission
- A 637 Annahme idF der Antragskommission
- A 638 Annahme idF der Antragskommission
- A 639 Ablehnung
- A 640 Ablehnung
- A 641 Annahme idF der Antragskommission

- A 642 Annahme idF der Antragskommission
- A 643 Annahme idF der Antragskommission
- A 644 Annahme idF der Antragskommission
- A 645 Ablehnung
- A 646 Ablehnung
- A 647 Ablehnung
- A 648 Annahme idF der Antragskommission
- A 649 Annahme idF der Antragskommission
- A 650 Erledigung
- A 651 Ablehnung
- A 652 Ablehnung
- A 653 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 654 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 655 Erledigung
- A 656 Annahme idF der Antragskommission
- A 657 Annahme idF der Antragskommission
- A 658 Ablehnung
- A 659 Erledigung
- A 660 Erledigung
- A 661 Ablehnung
- A 662 Ablehnung
- A 663 Annahme idF der Antragskommission
- A 664 Ablehnung
- A 665 Annahme idF der Antragskommission
- A 666 Annahme idF der Antragskommission
- A 667 Annahme idF der Antragskommission
- A 668 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 669 Ablehnung
- A 670 Ablehnung

- A 671 Ablehnung
- A 672 Annahme idF der Antragskommission
- A 673 Ablehnung
- A 674 Ablehnung
- A 675 Annahme idF der Antragskommission
- A 676 aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
- A 677 Erledigung
- A 678 Ablehnung
- A 679 Überweisung an die Generalsekretärin
- A 680 Ablehnung
- A 681 Ablehnung
- A 682 Ablehnung
- A 683 Ablehnung

Die endgültige Fassung des Familienpolitischen Programms der CDU Deutschlands „Lust auf Familie – Lust auf Verantwortung“ ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des Bundesausschusses der CDU Deutschlands, Berlin 1999.

Zu TOP 14: **Sonstige Anträge** wurden nicht gestellt.

Zu TOP 15: **Schlusswort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands,**
Dr. Wolfgang Schäuble

Lust auf Familie – Lust auf Verantwortung

**Beschluss des
Bundesausschusses der CDU Deutschlands
Berlin, 13. Dezember 1999**

Inhaltsverzeichnis:	Ziffern:
I. Wandel der Lebenswirklichkeiten	1 - 9
II. Leitideen für eine moderne Familienpolitik	10 - 19
III. Politik für die Zukunft der Familie	20 - 37
Grundsätze unserer Familienförderung	20
Beruf und Familie besser vereinbaren	21 - 27
Familie finanziell besser fördern	28 - 29
Die Erziehungskraft der Familie stärken	30 - 34
Familienfreundliche Gesellschaft	35 - 36
Lust auf Familie – Lust auf Verantwortung	37

I. Wandel der Lebenswirklichkeiten

Familie hat Zukunft

1. Die Gründung einer Familie hat in den Lebensentwürfen der meisten jungen Menschen einen herausragenden Platz. Die Familie ist auch im 21. Jahrhundert die attraktivste Lebensform. Drei Viertel der Bevölkerung ist davon überzeugt, nur in einer Familie wirklich glücklich leben zu können. Achtzig Prozent der Einwohner Deutschlands leben oder lebten in Familienhaushalten. Familie hat Zukunft.

Die Gesellschaft ändert sich

2. Am Beginn des 21. Jahrhunderts stellen wir gleichzeitig fest: Die Lebenswirklichkeiten in der deutschen Gesellschaft, aber gleichermaßen auch in ganz Europa, haben sich tiefgreifend verändert.

Der Altersaufbau der Bevölkerung hat sich grundlegend gewandelt. Die Zahl der älteren Menschen steigt. Es werden deutlich weniger Kinder geboren als zum Erhalt der Bevölkerungszahl notwendig wäre. In Ostdeutschland ist es nach der Wende zu einem erheblichen Rückgang der Geburtenzahlen gekommen.

Die Gründe für den Geburtenrückgang sind insgesamt vielfältig:

- Die Familie steht heute in Konkurrenz zu anderen Lebensentwürfen, die mehr Freiräume für Beruf und Privatleben bieten und oft auch materiell attraktiver sind.
- Vor allem bei den gut qualifizierten Frauen und Männern ist Kinderlosigkeit besonders ausgeprägt.
- Neben finanziellen Gründen können vor allem Probleme, Berufs- und Familienarbeit zu vereinbaren, dafür ausschlaggebend sein.

Rückläufig ist die Zahl der Eheschließungen. Gewachsen ist die Zahl der nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften und der Ein-Personen-Haushalte. Das Durchschnittsalter bei der ersten Eheschließung ist ständig gestiegen. Die Zahl der Familien mit minderjährigen Kindern nimmt ab.

Stark angestiegen ist die Zahl der alleinerziehenden Eltern, insbesondere der unverheirateten Alleinerziehenden. Zunehmend entstehen neue Familien- und Partnerschaftsstrukturen mit komplexen Verwandtschafts- und Beziehungsverhältnissen.

Gewandelt haben sich auch das Rollenverständnis der Partner, die Erziehungskonzepte von Eltern und die Ausprägung der Eltern-Kind-Beziehung. Die Lebensstile der Menschen sind außerordentlich vielfältig geworden. Diese Pluralität ist heute ge-

sellschaftlich akzeptiert. Wie nie zuvor stehen den meisten Menschen Wahlmöglichkeiten zwischen den unterschiedlichsten Wegen der Lebensgestaltung offen.

3. Auch das Verständnis der Rollen von Mann und Frau in Partnerschaft, Ehe und Familie hat sich gewandelt. Männer können und wollen immer seltener die alleinigen Ernährer der Familie sein. Immer mehr Männer wollen ihrer Rolle als Väter gerechter werden. Viele Frauen lehnen es ab, ihren Lebensentwurf ausschließlich als eine vom Mann abhängige und weitgehend auf Haushalt und Kindererziehung beschränkte Rolle zu verstehen.

*Eigene Wege
gemeinsam gehen*

Nach wie vor gibt es aber auch eine Vielzahl von Frauen, die sich ausschließlich der Familie widmen möchten.

Junge Menschen wollen in der Ehe eigene Wege gemeinsam gehen. Sie wollen eigenständige und durchaus unterschiedliche Lebensentwürfe einbringen und partnerschaftlich verwirklichen können. Sie suchen Lebenssinn und Lebensglück in einer gelungenen Kombination von Familie und Beruf.

Die gleichzeitige Berufstätigkeit beider Partner ist das heute mehrheitlich gewünschte Lebensentwurf-Modell. Heute sind mehr als 2/3 aller Mütter mit Kindern und mehr als die Hälfte aller Mütter mit Kleinkindern berufstätig. Die meisten jungen Menschen wollen nicht vor die Alternative Beruf oder Familie gestellt werden. Gefragt ist heute die möglichst reibungslose Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

4. Die Entscheidung für Kinder ist und bleibt eine private Entscheidung. Dennoch muss es uns nachdenklich stimmen, dass die Wünsche junger Leute nach Ehe und Kindern und die Zahl der tatsächlich geborenen Kinder weit auseinander klaffen.

*Wünsche und
Realitäten klaffen
auseinander*

Trotz erheblicher Summen, die für die Förderung von Familien aufgewandt werden, liegt der Schluss nahe, dass die gewährten Leistungen für Familien – auch im europäischen Vergleich – nicht ausreichend geeignet sind, jungen Paaren mehr Mut zu machen, Elternverantwortung zu übernehmen. Das Bundesverfassungsgericht hat den Gesetzgeber auch aus diesem Grund verpflichtet, bis zum Jahr 2002 eine durchgreifende Verbesserung der Familienförderung umzusetzen.

Der gestiegene Lebensstandard der Bevölkerung und die Erwartungen an die Gestaltung des eigenen Lebens bringen eine strukturelle Kinder- und Familienunfreundlichkeit der Gesellschaft mit sich.

*Wünsche von Eltern
und Kindern
sind differenzierter
geworden*

*Gerechtigkeit
im Rentenrecht*

*Partnerschaften
stehen vor neuen
Herausforderungen*

5. Die CDU hat in den achtziger Jahren mit dem Erziehungsgeld und dem Erziehungsurlaub mit Wiedereinstellungsgarantie wichtige Fortschritte in der Familienpolitik durchgesetzt und damit die entscheidenden Anstöße für eine an den Wünschen und Bedürfnissen junger Eltern orientierten Familienpolitik gegeben. Diese Instrumente sind auch heute grundsätzlich unverzichtbar. Sie müssen aber angesichts differenzierter gewordener Wünsche und Bedürfnisse von Eltern wie Kindern weiterentwickelt und flexibler ausgestaltet werden.

6. Wer teilweise oder vorübergehend ganz auf Erwerbsarbeit verzichtet, um Familienarbeit zu leisten und Kinder zu erziehen, dem fehlen entsprechende Beitragszeiten in der Alterssicherung. Die CDU hat durch die Anerkennung von Kindererziehungszeiten im Rentenrecht begonnen, Abhilfe zu schaffen. Dennoch haben Eltern mit Kindern, insbesondere Frauen, geringere Renten als Kinderlose.

Wer Kinder erzieht, leistet einen Beitrag zum Generationenvertrag. Wer dies – aus welchen Gründen auch immer – nicht tut, leistet diesen Beitrag nicht, profitiert aber gleichwohl in der Regel von der Generationen-Solidarität. Zunehmend wird es gerade von Familien als ungerecht empfunden, dass kinderlose Paare Alterseinkommen erwirtschaften können, die zu einem nicht unerheblichen Teil von den Kindern derer finanziert werden, die ihr Arbeitseinkommen in die Betreuung und Ausbildung dieser späteren Beitragszahler investiert und die im Alter geringere Ansprüche an die Rentenversicherung haben.

7. Die früher vorherrschenden materiell-wirtschaftlichen oder gesellschaftlich-normativen Gründe für eine Eheschließung sind weitgehend in den Hintergrund getreten. Heute erwarten die Menschen von Heirat und Familiengründung vor allem die Erfüllung persönlicher Glücksvorstellungen. Junge Paare haben anspruchsvolle Erwartungen an die Partnerschaft und das Zusammenleben mit Kindern. Diese Entwicklung bringt neue Herausforderungen für Partnerschaft, Elternschaft und Kinder mit sich. Hinzu kommt, dass generationsübergreifendes Zusammenleben und ortsnahe Verwandtschafts- und Nachbarschaftsnetze seltener geworden sind.

In Deutschland wird gegenwärtig jede dritte Ehe geschieden. In 55 Prozent der Fälle sind auch minderjährige Kinder von Scheidung betroffen. Der Bedarf an Beratung in familiären Krisensituationen und bei Erziehungsschwierigkeiten hat deutlich zugenommen.

In besonderem Maße sind Familien auf Hilfe angewiesen, in denen es zu Gewalt gegen Erwachsene und Kinder kommt, in denen Alkohol- oder Drogenprobleme zu bewältigen sind, in denen Kinder vernachlässigt oder missbraucht werden oder in denen die Folgen langfristiger Arbeitslosigkeit zu verkraften sind.

8. Fast jedes fünfte Kind unter 18 Jahren lebt heute mit einer alleinerziehenden Mutter oder einem alleinerziehenden Vater zusammen. Der überwiegende Anteil unter den Alleinerziehenden sind Frauen.

Alleinerziehende unterstützen

Alleinerziehende haben spezifische Probleme zu bewältigen: Die Verantwortung für die Erziehungsarbeit tragen sie oft alleine. Oft sind die Möglichkeiten, eine Ausbildung zu absolvieren oder erwerbstätig zu sein, wegen fehlender, unflexibler oder unzureichender Kinderbetreuung, langer Anfahrtswege, ungünstiger Öffnungszeiten, fehlender Essensversorgung sowie mangelnder Betreuung in Ferienzeiten stark eingeschränkt. Das Einkommen Alleinerziehender liegt in der Regel deutlich unter dem von vergleichbaren Haushalten, häufig sind sie auf staatliche Hilfen angewiesen. Es ist nicht hinnehmbar, dass über 50 Prozent der unterhaltspflichtigen Väter ihren finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen.

Über das Unterhaltsvorschussgesetz und den Anspruch auf einen Mehrbedarfzuschlag bei der Sozialhilfe werden alleinerziehende Familien besonders unterstützt. In Kinderbetreuungseinrichtungen werden die Kinder Alleinerziehender vorrangig berücksichtigt. Diese Maßnahmen federn die besonderen Belastungen dieser Familien wenigstens zum Teil ab.

Auch die unterhaltspflichtigen Elternteile, die nicht mit ihren Kindern zusammenleben, werden mit erheblichen wirtschaftlichen und emotionalen Schwierigkeiten konfrontiert. Die Neuregelung des Sorgerechts durch die CDU war ein wichtiger Schritt, diesen Elternteilen die Wahrnehmung ihrer Verantwortung für das Kind zu ermöglichen. Familienpolitik muss dazu beitragen, auch das Verhältnis zwischen Kindern und den getrennt lebenden Elternteilen weiter positiv zu beeinflussen und den Kontakt zwischen beiden zu fördern.

9. Angesichts des tiefgreifenden Wandels der Gesellschaft in Deutschland und eines veränderten Selbstverständnisses von Frauen und Männern im Hinblick auf die Gestaltung ihrer Partnerschaft in Ehe und Familie besteht für die Familienpolitik neuer Handlungsbedarf. Es muss darum gehen, die veränderten

Handlungsbedarf für die Familienpolitik

Lebenswirklichkeiten und Bedürfnisse der Menschen unvoreingenommen wahrzunehmen. Erforderlich sind auch neue Lösungsansätze für eine stärkere Anerkennung der Familienarbeit, für eine bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Familienarbeit, für einen gerechten Ausgleich zwischen Familien mit Kindern und Kinderlosen, für eine wirkungsvolle Stärkung der Erziehungsfähigkeit der Familie, für eine angemessene Berücksichtigung der Erziehungsleistung in der Alterssicherung und eine durchgreifende Bewusstseinsänderung hinsichtlich der Bedeutung von Familien als Leistungsträger unserer Gesellschaft.

Wir wollen mit unserer Politik junge Menschen ermutigen, sich für die Familie, für ein Leben mit Kindern und für ein Leben in der Solidarität des Familiennetzes zu entscheiden. Wir treten dafür ein, dass die Entscheidung für die Familie nicht vorrangig ein Verzicht, sondern eine Bereicherung im Leben darstellt.

II. Leitideen für eine moderne Familienpolitik

Markt und Menschlichkeit

10. Unsere Gesellschaft ist nicht zuletzt vom Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft geprägt. Die Soziale Marktwirtschaft muss unter den Bedingungen der Globalisierung von Wirtschaft und Finanzmärkten weiterentwickelt werden. Die Neue Soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist die Globale Soziale Frage: Wie gelingt es, unter globalisierten Bedingungen Antworten auf die brennenden sozialen Fragen und Herausforderungen zu finden? Dabei muss es uns auch im 21. Jahrhundert gelingen, Markt und Menschlichkeit durch Weiterentwicklung der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft zu verbinden. Familien als ein entscheidendes Fundament unserer Gesellschaft spielen dabei eine wesentliche Rolle.

Vielfalt der persönlichen Lebensentwürfe respektieren

11. Nach unserem Verständnis vom Menschen schreibt die Politik in einer freien und offenen Gesellschaft nicht vor, wie die Menschen zu leben haben. Die Menschen sollen sich in unserer Gesellschaft wohl fühlen und nach ihren Wünschen entwickeln können. Die Politik muss Rahmenbedingungen und Entscheidungsspielräume schaffen, die es ihnen ermöglichen, ihren persönlichen Lebensentwurf Wirklichkeit werden zu lassen. Sie muss Anreize so setzen, dass der Wunsch der meisten Menschen nach Familie und Kindern erfüllbar wird.

12. Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung tragen. Familie: das sind Ehepaare mit

ehelichen, nicht-ehelichen, adoptierten Kindern oder mit Pflegekindern, erwachsene Kinder, die sich um ihre Eltern kümmern, alleinerziehende Mütter oder Väter oder Alleinerziehende mit Lebenspartner sowie nicht-eheliche Lebensgemeinschaften mit gemeinsamen Kindern. In Familien übernehmen auch Großeltern Verantwortung für ihre Kinder und Enkel.

*Familie als
Verantwortungs-
Gemeinschaft*

Partnerschaft, Verlässlichkeit und Treue, Zuwendung und Orientierung für die Jungen sowie Solidarität gegenüber den alten Menschen: Das sind Maßstäbe, die am christlichen Verständnis vom Menschen ausgerichtet sind und die unabhängig von allen gesellschaftlichen Entwicklungen gültig bleiben.

13. Partnerschaft und Gleichberechtigung sind heute grundlegende Voraussetzungen für eine dauerhafte Ehegemeinschaft. Die auf Dauer angelegte Ehe ist die beste Grundlage dafür, dass Frau und Mann partnerschaftlich füreinander und als Mutter und Vater für ihre Kinder Verantwortung übernehmen und gemeinsam zu Erziehung, Haushaltsführung und Lebensunterhalt beitragen. Deshalb ist der besondere Schutz des Staates, unter dem das Grundgesetz Ehe und Familie stellt, nach wie vor gut begründet und für die CDU entscheidender Maßstab ihrer Politik.

*Ehe als dauerhafte
Gemeinschaft*

14. Die Familie ist der erste und wichtigste Ort, an dem Kinder um ihrer selbst willen angenommen werden, Geborgenheit und Liebe erfahren; sie ist der Ort der Weitergabe und Einübung von grundlegenden Überzeugungen und wertgebundenen Einstellungen. Hier werden am besten die Eigenschaften und Fähigkeiten entwickelt, die Voraussetzung einer freien und verantwortlichen Gesellschaft sind – vor allem die Bereitschaft, dauerhaft und verlässlich Verantwortung für andere zu übernehmen. Deshalb sehen wir in den Familien eine tragende Säule unserer Gesellschaft. Der Zusammenhalt in den Familien ist eine wesentliche Grundlage für die Solidarität in und die Stabilität der Gesellschaft.

*Wertevermittlung in
der Familie*

Die Erziehung der Kinder ist vorrangiges Elternrecht und vorrangige Elternpflicht. Staat und Politik wollen nicht vorschreiben, nach welchen Grundsätzen die Erziehungsarbeit in der Familie zu gestalten ist. Staat und Politik haben aber die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Eltern ihrer Erziehungsverantwortung gerecht werden können. Der Rechtsstaat ist gefordert einzuschreiten, wenn Eltern ihren Erziehungsauftrag vernachlässigen.

*Beitrag zum
Generationenvertrag*

15. Familien sichern durch die Erziehung von Kindern den Fortbestand der Gemeinschaft. Sie leisten damit zugleich einen unverzichtbaren Beitrag zum Generationenvertrag, der die Grundlage unseres sozialen Sicherungssystems darstellt. Eine Gesellschaft, in der immer weniger Kinder geboren werden, setzt ihre Zukunft aufs Spiel.

Die Erziehungsleistung der Familie kommt im Ergebnis auch denen zugute, die selbst keine Kinder erziehen. Es ist deshalb ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, Familien im umfassenden Sinne zu fördern.

*Kinder sind
Reichtum, sie haben
berechtigte
Ansprüche*

16. Familienpolitik ist mehr als Politik für mehr Kinder. Kinder sind Reichtum. Sie machen Freude. Eine Gesellschaft, in der immer weniger Menschen Erfahrungen mit Kindern machen können, wird menschlich arm.

Kinder sind Entwicklung. Sie tragen unsere Hoffnungen und geben uns die Chance eines immer neuen Anfangs. Kinder müssen für die Zukunft stark gemacht werden. Eine Gesellschaft, die Kindern keinen Freiraum für ihre Entwicklung gewährt, verliert ihre Innovationsfähigkeit.

Kinder fordern zu recht ihre Eltern. Wer sich für Kinder entscheidet, übernimmt für sie Verantwortung und Pflichten, denen er sich nicht entziehen darf.

Aber es gibt auch berechtigte Erwartungen der Gesellschaft an die Familien. Um der Zukunft der Gesellschaft willen müssen Familien einen wesentlichen Beitrag leisten, damit Kinder zu eigenständigen, verantwortungsfähigen und leistungsbereiten Frauen und Männern heranwachsen.

*Schutz des
ungeborenen Kindes*

17. Die CDU tritt für einen umfassenden und wirksamen Schutz des ungeborenen Kindes ein. Keine Frau soll allein deswegen, weil sie ein Kind bekommt, in eine Notlage geraten und deshalb in Erwägung ziehen, eine Schwangerschaft abbrechen zu lassen. Schwangere in Not- und Konfliktlagen brauchen vor allem umfassende Beratungs- und Betreuungsangebote, die ihnen helfen, mit schweren seelischen und sozialen Belastungen fertig zu werden und sich für das Leben des Kindes zu entscheiden. Insbesondere die Kirchen können und müssen hier einen wertvollen Dienst leisten. Wir wollen das Bewusstsein dafür schärfen, dass die Väter gegenüber den Frauen und ihren ungeborenen Kindern ein Höchstmaß an Verantwortung tragen, der sie sich nicht entziehen dürfen.

18. Familienpolitik ist mehr als Politik für Frauen. Unsere Familienpolitik richtet sich an Mütter und Väter, die gemeinsam Verantwortung für ihre Kinder wahrnehmen. Wir wollen insbesondere den Vätern Mut machen, sich stärker bei der Familienarbeit und in der Erziehung zu engagieren. Die bisher geringe Nutzung des Erziehungsurlaubs durch Väter zeigt, dass gesetzliche Maßnahmen allein wenig bewirken. Notwendig ist ein weiterer Wandel im Verständnis traditioneller Rollenmuster. Wir wollen mit unserer Politik einen Beitrag dazu leisten, dass Männer und Frauen in partnerschaftlicher Weise Verantwortung für ihre Kinder übernehmen können.

*Verantwortung
der Väter*

19. Wir respektieren die Entscheidung von Menschen, die in anderen Formen der Partnerschaft ihren Lebensentwurf zu verwirklichen suchen. Wir anerkennen, dass auch in solchen Beziehungen Werte gelebt werden können, die grundlegend sind für unsere Gesellschaft.

*Partnerschaft in
anderen Formen*

Dies gilt für nicht-eheliche Partnerschaften zwischen Frauen und Männern. Dies gilt auch für gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Wir werben für Toleranz und wenden uns gegen jede Form von Diskriminierung. Wir wollen prüfen, welche rechtlichen Hindernisse, die dem gemeinsamen Leben und der gegenseitigen Fürsorge im Wege stehen, beseitigt werden können.

Eine rechtliche Gleichstellung dieser Lebensgemeinschaften mit der Ehe lehnen wir ebenso ab wie die Schaffung eines eigenen Rechtsinstitutes.

III. Politik für die Zukunft der Familie

Grundsätze unserer Familienförderung

20. Wir verstehen Familienpolitik als Familienvorrangpolitik. Dabei spielt die finanzielle Förderung eine wesentliche Rolle. Familienpolitik ist aber mehr als Finanzpolitik. Die Schaffung eines kinder- und familienfreundlichen Klimas sowie die Beseitigung struktureller Benachteiligungen ist nicht weniger wichtig als eine gerechte finanzielle Förderung.

Für die finanzielle und sonstige Förderung von Familien lassen wir uns von folgenden Grundsätzen leiten:

- Es ist Ausdruck eines überholten Denkens, wenn Erwerbsarbeit und Familienarbeit wertend gegenüber gestellt werden. Für uns sind Familienarbeit und Erwerbsarbeit gleich-

wertig. Wir wissen, dass es nicht einfach ist, zwischen Familien- und Erwerbsarbeit völlig frei zu wählen beziehungsweise beide Bereiche nach eigenen Wünschen und Vorstellungen miteinander zu vereinbaren. Aufgabe unserer Politik ist es aber, schrittweise die Wahlmöglichkeiten zu erweitern, indem möglichst viele flexible Lösungen angeboten werden.

- Die Förderung von Familien muss sicherstellen, dass eine Entscheidung für die Familientätigkeit sowie für Kinder und ihre Erziehung nicht zu einer gravierenden finanziellen Schlechterstellung gegenüber Kinderlosen führt.
- Der notwendige Unterhalts-, Betreuungs- und Erziehungsbedarf von Kindern muss steuerfrei gestellt sein. Das entspricht einer steuerlichen Behandlung von Kindern vergleichbar der von Erwachsenen. Dies ist eine Frage der leistungsbezogenen Steuergerechtigkeit, nicht aber eine Förderung im Sinne einer sozialen Leistung. Anspruch auf finanzielle Förderung durch den Staat haben darüberhinaus die Familien, deren Einkommen trotz der steuerlichen Freistellung der Aufwendungen für Kinder den durch Kinder entstehenden zusätzlichen Bedarf nicht deckt.
- Keine Familie soll nur deshalb, weil sie die Kosten für ihre Kinder nicht aufbringen kann, auf Sozialhilfe angewiesen sein.
- Der Staat fördert Familien mit Kindern in den ersten Lebensjahren besonders stark, da hier der Erziehungs- und Betreuungsbedarf sehr hoch und eine volle Vereinbarkeit von Beruf und Familie in dieser Zeit besonders schwierig ist. In den späteren Lebensjahren von Kindern fließt ein Teil der staatlichen Familienförderung in die Betreuungs- und Bildungseinrichtungen.
- Die finanziellen Leistungen des Staates sollen in der Höhe so bemessen sein, dass sie für Mütter bzw. Väter eine Entscheidung für eine ausschließliche oder zeitweise Wahrnehmung von Familienarbeit oder aber eine Kombination von Berufs- und Familienarbeit ermöglichen.
- Höhere familienbezogene Leistungen sind keine Alternative zum notwendigen weiteren Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung.
- Der Staat kann den Familien nicht alle finanziellen Belastungen abnehmen; er muss dies auch nicht tun. Die Erziehung von Kindern ist und bleibt vorrangig in der Verantwortung

der Eltern, die nicht vollständig in Mark und Pfennig aufgewogen werden kann. Aber ein geringes Einkommen der Eltern darf nicht dazu führen, dass die Entwicklungschancen von Kindern eingeschränkt werden.

- Die Leistungen, die Frauen und Männer durch Kindererziehung und Pflege erbringen, sind angemessen in der gesetzlichen Rentenversicherung zu berücksichtigen.
- Die Ausgestaltung staatlicher Leistungen für Familien muss so angelegt sein, dass sie die partnerschaftliche Elternverantwortung fördern. Eine moderne Familienpolitik darf nicht zu einer staatlich geförderten Verfestigung einseitiger Rollenmuster der Aufgabenteilung zwischen Mann und Frau führen.
- Beratung, Hilfe und Bildungsarbeit sind integrative Bestandteile unseres Förderkonzeptes für Familien. Dabei setzen wir vorrangig auf präventive Maßnahmen, weil sie am ehesten geeignet sind, Fehlentwicklungen zu verhindern. Hilfe muss in erster Linie Hilfe zur Selbsthilfe sein.

Beruf und Familie besser vereinbaren

21. Unter den Maßnahmen der Familienförderung räumen wir der besseren Vereinbarkeit von Familienarbeit mit dem Beruf oder einer Ausbildung sowie dem gelungenen Wiedereinstieg in eine Ausbildung oder den Beruf nach einer Familienphase Priorität ein. Frauen haben dabei den gleichen Anspruch wie Männer, Familie und Beruf zu vereinbaren. Berufstätigkeit und Elternschaft miteinander zu vereinbaren, darf in einer modernen Gesellschaft nicht das ausschließliche Problem von Frauen sein. Eine Entscheidung für Kinder darf nicht das Aus für eine Ausbildung oder spätere berufliche Entwicklung bedeuten. Wir werben nachdrücklich für mehr gesellschaftliche Akzeptanz sowohl berufstätiger Mütter als auch familientätiger Väter. Die Schlüsselfrage für die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit ist die zufriedenstellende Regelung der Kinderbetreuung.

Vereinbarkeit von Familie, Ausbildung und Beruf verbessern

Dafür setzen wir uns ein:

- Fortentwicklung des von uns durchgesetzten „Erziehungsurlaubs“ zu einem „Anspruch auf Familienzeit“. Künftig sollen Mütter und Väter ein Zeitkonto von drei Jahren in den ersten acht Lebensjahren ihres Kindes in Anspruch nehmen können. Sie sollen damit in die Lage versetzt werden, sich in den Lebensphasen, in denen ein Kind besonders intensiv auf die Begleitung und Zuwendung seiner Eltern angewie-

Erziehungsurlaub zur Familienzeit weiterentwickeln

sen ist, vorrangig ihrer Erziehungsaufgabe widmen zu können. Dies gilt vor allem für die Zeit nach der Geburt, des Eintritts in den Kindergarten und der Einschulung in die Grundschule. Während der jeweils in Anspruch genommenen Familienzeit von insgesamt 3 bzw. 3 1/2 Jahren bleibt der Kündigungsschutz erhalten.

- Verlängerung des Anspruchs auf Familienzeit von 3 Jahren um ein „Partnerhalbjahr“ für den Fall, dass beide Eltern sich die Familienzeit teilen.
- Anspruch auf Teilzeitarbeit in Unternehmen mit mehr als 20 Mitarbeitern während der Erziehungszeit. Die Regelung, dass während des bisherigen Erziehungsurlaubes höchstens 19,5 Stunden pro Woche gearbeitet werden darf, soll bei der Familienzeit künftighin aufgehoben werden.

Kindergarten

22. Mit der Durchsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz hat die CDU eine wesentliche Voraussetzung für die bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Familienarbeit geschaffen. Für drei- bis sechsjährige Kinder ist damit grundsätzlich ein bedarfsgerechtes Angebot vorhanden. Es kommt jetzt darauf an, dieses Angebot enger an den Bedürfnissen der Eltern und Kinder auszurichten und im Bedarfsfall flexible Öffnungszeiten und Ganztagsbetreuung sicherzustellen. Der Besuch eines Kindergartens für zwei bis drei Jahre ist im übrigen für die Kinder auch unter dem Gesichtspunkt des sozialen Lernens von großer Bedeutung, damit sie Anregungen, Förderung und Kontakte mit anderen Kindern finden. Dies ist besonders für Kinder wichtig, die (noch) keine Geschwister haben.

Dafür setzen wir uns ein:

- Erhebung der nach Regionen und Wohnvierteln unterschiedlichen Elterninteressen durch die Kommunen für ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot und differenzierte Angebote im Hinblick auf Öffnungszeiten, Essensversorgung und pädagogische Konzeption sowie Betreuung in Ferienzeiten. Es ist Aufgabe der Kommunen, diesen Bedarf in Zusammenarbeit mit freien Trägern zu decken. Dort, wo rechtliche Hindernisse für solche differenzierten Angebote existieren, fordern wir die Landesgesetzgeber, Landesjugendämter und die Tarifparteien auf, diese umgehend zu beseitigen. Insbesondere sollen Möglichkeiten geschaffen werden, vorhandene Kindergartenkapazitäten auch für andere Altersgruppen zu nutzen. Die Senkung überzogener Standards ist eine weitere wichtige Aufgabe.

23. In den alten Bundesländern herrscht noch ein großer Mangel an Betreuungsangeboten für Kinder bis zu 3 Jahren. Insbesondere Frauen und Männer, die in modernen, sich rasch weiterentwickelnden Berufen arbeiten, sind darauf angewiesen, Kleinkinder-Betreuung in Anspruch zu nehmen, um den Anschluss im Beruf nicht zu verlieren. Kleinkinder-Betreuung bietet Raum für eine Vielzahl von kreativen Lösungen.

Betreuung von Kleinkindern

Dafür setzen wir uns ein:

- Schaffung von Rahmenbedingungen für die Betreuung von Kleinkindern, wobei nicht nur auf institutionalisierte Lösungen gesetzt werden soll. Wir wollen dabei bedarfsgerechte Angebote von Elterninitiativen, Betrieben, Tagesmüttern, Tagespflegeprojekten und den Aufbau von Tagespflegebörsen als Vermittlungsstruktur, die Angebot und Nachfrage zusammenführt, einbeziehen.
- Schaffung eines besseren Angebotes an Betreuungseinrichtungen für Kinder studierender oder in Ausbildung befindlicher Eltern.
- Fortführung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Beschäftigten im Privathaushalt und weitere Vereinfachung des Anstellungsverfahrens für Arbeitgeber. Darüberhinaus soll die Abzugsfähigkeit auch auf Beschäftigte von Zentren für häusliche Dienstleistungen erweitert werden. Solche Dienstleistungszentren garantieren den Familien zuverlässiges und qualifiziertes Personal. Krankheits- und Urlaubsvertretungen sind selbstverständlich.

24. Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen auch die Grundschulen und weiterführenden Schulen einen Beitrag leisten.

Dafür setzen wir uns ein:

- Während der Grundschulzeit müssen Mütter und Väter die Gewissheit haben können, dass ihre Kinder während der im Stundenplan angegebenen Zeiten auch tatsächlich von der Schule betreut werden. Wir streben an, dass Grundschüler an jedem Arbeitstag mindestens halbtägig an ihrer Schule bleiben können.
- Schaffung von Rahmenbedingungen, durch die Schulen in die Lage versetzt werden, den Wünschen von Eltern nach einer Ganztagsbetreuung an der Schule zu entsprechen. Ganztagsbetreuung darf kein Privileg nur von Gesamtschulen sein.

Einhaltung des Stundenplanes

Ganztagsbetreuung in der Schule

Freie Träger

- Angebote der Kinderbetreuung und Jugendarbeit an Schulen auch in Zeiten der Schulferien.
- Mehr Betreuungs-Angebote für Schulkinder auch durch freie Träger, die ihre Arbeit nach eigenem pädagogischen Profil ausrichten, sowie Elterninitiativen und Vereine. Kinderbetreuung muss mehr sein als das Verwahren von Kindern. Freie Träger können im Rahmen ihres Betreuungsangebotes auch der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit neue Chancen eröffnen.

Familie und Mittelstand

25. In Zukunft werden mehr Menschen unternehmerisch tätig sein. Besondere Probleme haben jene Familien zu meistern, die einen Familienbetrieb führen, zu dessen Kennzeichen die enge Verknüpfung von Arbeits- und Privatbereich und die weitgehende Identität von Betriebs- und Privatvermögen gehören. Neben den sich daraus ergebenden vielfältigen Chancen der selbstbestimmten Lebensführung kann dies aber auch zu Konflikten zwischen den berechtigten Ansprüchen der Familie und den unabweisbaren Anforderungen des Berufsalltags führen. Dies gilt vor allem für Frauen. Immerhin wird bereits jedes vierte Unternehmen in Deutschland von einer Frau geführt.

Dafür setzen wir uns ein:

- Kleinbetriebe und Familienunternehmen müssen bei der Darstellung unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit größere Berücksichtigung finden. Lehrinhalte, Schulbücher und Lernmittel sind daraufhin zu überprüfen.
- Gerade für Kleinbetriebe sind verlässliche und längere Betreuungszeiten in Kindergärten und Schulen besonders wichtig. Grundschulen mit verlässlichen Öffnungszeiten – auch mit Halbtagsangeboten – sind je nach regionalen Erfordernissen verstärkt einzurichten.

Unternehmens-Strukturen familienfreundlich gestalten

26. Unternehmen haben ein großes Eigeninteresse daran, gut motivierte und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen und zu halten, die sich voll mit ihrem Unternehmen identifizieren und die über ein hohes Maß an Arbeitsplatzzufriedenheit verfügen. Dies kann auch dadurch gefördert werden, dass die Unternehmen es ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern - wo immer dies möglich ist - durch flexible Arbeitszeitregelungen erleichtern, Erwerbsarbeit und Familienarbeit besser zu koordinieren. Die Schaffung familienfreundlicher Unternehmensstrukturen gehört zu den zentralen Aufgaben eines erfolgreichen Managements. Insbesondere Männer müssen von

Seiten der Unternehmen mehr Unterstützung erhalten, wenn sie sich für ihre Familie stärker engagieren wollen. Wir brauchen familiengerechte Jobs und keine jobgerechten Familien.

Dafür setzen wir uns ein:

- Wir fordern die Tarifpartner und Unternehmen auf, im Rahmen von Tarifverhandlungen oder betrieblichen Vereinbarungen verbindliche Regelungen zu flexiblen Arbeitszeiten, Jahresarbeitszeitkonten und Gleitzeitregelungen zu treffen, die den Bedürfnissen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Familienphase besonders entgegen kommen. Insbesondere das Bedürfnis von Eltern mit behinderten und pflegebedürftigen Angehörigen nach flexibler Gestaltung der Arbeitszeiten sollte Berücksichtigung finden. Die Familienanliegen sollen zur gemeinsamen Aufgabe der Sozialpartner werden.
- Wir fordern die Tarifpartner und Unternehmen auf, im Rahmen von Tarifverhandlungen oder betrieblichen Vereinbarungen verbindliche Regelungen zu flexiblen Arbeitszeiten, Jahresarbeitszeitkonten und Gleitzeitregelungen zu treffen, die den Bedürfnissen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Familienphase besonders entgegen kommen. Insbesondere das Bedürfnis von Eltern mit behinderten und pflegebedürftigen Angehörigen nach flexibler Gestaltung der Arbeitszeiten sollte Berücksichtigung finden. Die Familienanliegen sollen zur gemeinsamen Aufgabe der Sozialpartner werden.
- Wir fordern die Tarifpartner und Unternehmen auf, verstärkt Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit für Frauen und Männer nach der Rückkehr aus der vollen Familienzeit anzubieten, um auf diese Weise auch im notwendigen Umfang für die Betreuung von Kindern zur Verfügung stehen zu können.
- Wir fordern die Landesregierungen auf, besondere Beispiele für familienfreundliche Betriebsstrukturen öffentlich auszuzeichnen und damit zum Vorbild für andere Betriebe zu machen.
- Anwendung von Auditierungsverfahren, insbesondere in größeren Unternehmen, zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf in möglichst vielen Betrieben. Dem einzelnen Unternehmen kann auf diese Weise an Hand von Kriterienkatalogen geholfen werden, seine Familienfreundlichkeit auf den Prüfstand zu stellen und weiterzuentwickeln. Wir

*Verantwortung der
Tarifpartner*

Tele- und Heimarbeit

Teilzeitarbeit

*Vorbilder
herausstellen*

Familien-Audit

wollen zusammen mit Wirtschafts- und Familienverbänden einen bundeseinheitlichen Kriterienkatalog entwickeln, anhand dessen die Betriebe ihre Familienfreundlichkeit im Rahmen eines Familien-Audits beweisen und als Markenzeichen im Wettbewerb nutzen können.

Betriebskindergarten

- Angebot einer Möglichkeit der Kinderbetreuung im Betrieb oder als Verbundeinrichtung mehrerer Betriebe in der Nähe des Betriebs- oder Ausbildungsortes. Solche Angebote könnten auch flexibel darauf reagieren, wenn Mutter oder Vater aus betrieblichen Gründen unvorhergesehene Mehrarbeit leisten müssen.

Rückkehr in den Beruf

27. Angesichts einer sich rasch wandelnden Arbeitswelt ist es für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unumgänglich, sich möglichst zeitnah über Weiterentwicklungen in ihrem Berufsfeld zu informieren und neue Qualifikationen zu erwerben und zu trainieren. Wo Betriebe zu einer Wiedereinstellung nach der Familienzeit verpflichtet sind, müssen diese daran interessiert sein, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter während der Familienzeit in die betriebliche Fortbildung einzubeziehen. Dem öffentlichen Dienst kommt in dieser Hinsicht eine Vorbildfunktion zu.

Dafür setzen wir uns ein:

- Verstärkte Organisation von Fortbildungsmaßnahmen über die Kammern und Unternehmen sowie durch die Bundesanstalt für Arbeit. Fortbildung muss als nachhaltiger Schutz vor Arbeitslosigkeit verstanden werden. Die hier investierten Finanzmittel sind weitaus besser investiert als die Aufwendungen im Fall des Verlustes einer Beschäftigung.
- Um die Vereinbarkeit von Familie und angestrebtem Beruf auch während einer begonnenen Ausbildung zu gewährleisten, sind besondere Hilfen erforderlich. Dies gilt insbesondere nach einer durch Erziehungszeit unterbrochenen Ausbildung. Hier muss sowohl die Betreuung der Kinder wie auch die Wiedereingliederung in den Lernprozess gesichert werden.

Familien finanziell besser fördern

Anwalt der Familie

28. Alle entscheidenden Weichenstellungen und Fortschritte in der Familienpolitik tragen die politische Handschrift der CDU Deutschlands:

- **1949:** Einführung von Kinderfreibeträgen im Steuerrecht
- **1954:** Einführung der Familienausgleichskasse – das erste Kindergeld

- **1986:** Einführung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub mit Wiedereinstellungsgarantie
- **1986:** Einführung von Erziehungszeiten im Rentenrecht
- **1992:** Erhöhung der Kindererziehungsjahre im Rentenrecht von einem auf drei Jahre
- **1996:** Einführung des Optionsmodells: Wahlmöglichkeit zwischen Kindergeld oder Kinderfreibetrag

Wir Christliche Demokraten haben uns – wie keine andere Partei – immer als politischer Anwalt der Familien verstanden und entsprechend gehandelt.

29. Wir treten angesichts veränderter Lebenswirklichkeiten für eine Modernisierung der staatlichen Förderinstrumente für Familien ein.

*Modernisierung
staatlicher
Förderinstrumente*

Dafür setzen wir uns ein:

- Einführung der neuen familienbezogenen Leistung „Familiengeld“ unter Einbeziehung des Kindergeldes – soweit es bis zum sechsten Lebensjahr gezahlt wird – und des bisherigen Erziehungsgeldes und Ausgestaltung in der Höhe so, dass der Familienarbeit und der Erziehungsleistung besser als bisher Rechnung getragen wird.

Familiengeld

Das Familiengeld soll sechs Jahre gewährt werden. Die Erziehenden können die sechs Förderjahre innerhalb der ersten zehn Lebensjahre des Kindes frei wählen. Die Höhe des Anspruches richtet sich nach dem Familieneinkommen und dem Alter des Kindes. Die höchsten Leistungen erfolgen in den ersten drei Lebensjahren, wenn der persönliche oder finanzielle Betreuungsaufwand der Erziehenden am höchsten ist.

Über das sechste Lebensjahr hinaus besteht wie bisher Anspruch auf einkommensunabhängige Kindergeldzahlung.

Unser Ziel ist es, die Familienarbeit gegenüber der Erwerbsarbeit ideell und materiell weiter aufzuwerten. Um dies leisten zu können, bedarf es einer besseren Steuer-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, die auch eine weitere Absenkung der Staatsquote im Blick hat.

Die von uns angestrebte Weiterentwicklung des Familienleistungsausgleichs ist inhaltlich zu verzahnen und zu synchronisieren mit einer breit angelegten Steuerreform, die zu einer spürbaren Netto-Entlastung führt. Dabei sind Erziehende relativ stärker zu entlasten als Nicht-Erziehende.

Den Intentionen des Bundesverfassungsgerichts werden wir auch bei der Weiterentwicklung des Kindergeldes Rechnung tragen.

Dynamisierung

Familiengeld bzw. Kindergeld sowie die entsprechenden Einkommensgrenzen sollen regelmäßig dynamisiert werden, damit den Familien der reale Wert dieser Transfers auf jeden Fall erhalten bleibt.

Die bisherigen familienbezogenen Leistungen Baukindergeld/Eigenheimzulage, Ausbildungsförderung, Ehegattensplitting sowie die steuerliche Absetzbarkeit von Haushalts-hilfen sollen beibehalten werden.

Kinderkomponente in der Rente

- Die Rente beruht auf der Solidarität der Generationen. Trotzdem haben die, die zugunsten der Erziehung von Kindern ganz oder teilweise auf Erwerbseinkommen verzichten, im Alter weniger Rente als Kinderlose. Wir wollen die Anerkennung der Kindererziehung im Rentenrecht weiter verbessern.

Heute erfolgt eine Anerkennung der Kindererziehung im Rentenrecht als steuerfinanzierte Leistung aus dem Bundeshaushalt. Wir wollen prüfen, inwieweit wir auch in Zukunft diese Leistungen unter Berücksichtigung der realen Haushaltslage aufstocken können.

Darüberhinaus wollen wir prüfen, ob es möglich ist, im Rahmen einer Gesamtkonzeption für die Weiterentwicklung des Rentensystems zukünftig neben dem Faktor der Lebenserwartung auch Kinder als zweiten demographischen Faktor zu berücksichtigen und Familien mit Kindern in der Rente einen Bonus gegenüber Kinderlosen zu geben. An einem solchen Bonus müsste sich dann auch eine Reform der Hinterbliebenenversorgung orientieren. Dabei müssen wir im Blick haben, dass die private Vorsorge als dritte Säule des Rentensystems an Bedeutung gewinnt.

Ebenso ist zu prüfen, in welcher Form die Altersbezüge von Beamten sowie von Mitgliedern von beruflichen Versorgungswerken bei der Einführung der Kinderkomponente in die Altersversorgung entsprechend zu gestalten sind.

Dem Ausbau der Anerkennung von Erziehungsleistung im Rentenrecht und der eigenständigen sozialen Sicherung von Frauen im Alter räumen wir hohe Priorität ein. Familien mit Kindern dürfen im Alter gegenüber Kinderlosen nicht benachteiligt sein.

- Einführung von „Familien-Gutscheinen“ als neue familienbezogene Leistung, mit der wir gezielt die Innenkräfte der Familien stärken wollen. Diese Gutscheine berechtigen zur Inanspruchnahme von Beratungs- und Weiterbildungsangeboten, die der Vorbereitung auf Ehe und Familie dienen, dem Erlernen der Haushaltsführung und Kenntnisse über Ernährung für eine bessere Gesundheitsvorsorge vermitteln. Sie sind geeignet, Erziehungskompetenz zu stärken und Familien in Krisen- und Umbruchsituationen zu helfen. Ihre Inanspruchnahme ist freiwillig.

Familien-Gutscheine

Die Familien-Gutscheine sollen auch berechtigen zur Inanspruchnahme kulturell-kreativer und musischer Angebote. Dadurch soll allen Kindern die Chance zur gesellschaftlichen Teilhabe gegeben werden.

Die Erziehungskraft der Familie stärken

30. Eltern haben ein hohes Interesse an der Entwicklung ihrer Kinder. Sie sind aber heute durch den gesellschaftlichen Wandel vielfach verunsichert in Fragen des Zusammenlebens, der Kindererziehung, der praktischen Haushaltsführung und der sinnvollen Freizeitgestaltung. So ist zum Beispiel mit den heute auch Kindern zur Verfügung stehenden zahlreichen Medien die Zahl der „heimlichen Miterzieher“ stark gewachsen. Es gibt einen zunehmenden, hohen Bedarf an Beratung in Fragen der Partnerschafts- und Erziehungsfähigkeit.

Erziehungsfähigkeit fördern

Familienbildung und Familienberatung sind daher eine Notwendigkeit für alle sozialen Schichten. Sie müssen eine wesentlich breitere Zielgruppe erreichen als bisher. Es hat sich gezeigt, dass derartige Angebote insbesondere in Zeiten des Wechsels von einer Lebensphase in andere angenommen werden: zur Zeit der Heirat, in der Schwangerschaft, nach der Geburt eines Kindes, beim Eintritt in Kindergarten und Schule.

Familienbildung und Familienberatung hat zum Ziel, Erziehungssicherheit zu vermitteln, Überforderungen bei Erwachsenen und Kindern abzubauen sowie Eltern-Kind-Konflikte und Konflikte unter den Eltern zu entschärfen. Sie in Anspruch zu nehmen, darf nicht als Scheitern der eigenen Erziehungsarbeit, sondern sollte als deren Unterstützung und Ergänzung gesehen werden.

Entscheidend ist, dass Beratungsdienste ihre Hilfen unbürokratisch anbieten können: schnell erreichbar, kurze oder keine Wartezeiten, ohne Zuständigkeits-Hierarchien und unterein-

Unbürokratische Hilfe

ander vernetzt. Unverzichtbar ist die aktive Beteiligung und Mitentscheidung der Eltern bei Festlegungen über Art, Inhalt und Umfang der Hilfen.

Dafür setzen wir uns ein:

Präventive Arbeit

- Beratungsdienste müssen personell so ausgestattet sein, dass sie im wesentlichen auch aufsuchend und präventiv arbeiten können. Dies ist regelmäßig notwendig in den Fällen, in denen minderjährige Kinder von einer beabsichtigten Trennung oder Scheidung der Eltern betroffen sind. Dazu gehört, dass diese Dienste auch werbend auf ihre Angebote aufmerksam machen: beim Kinderarzt, im Kindergarten, beim Rechtsanwalt oder im Supermarkt. Angebote der Familienbildung sollen stärker mit Hilfen verbunden werden, die Familien bereits in Anspruch nehmen: Geburtsvorbereitungskurse, Stillgruppen, Kindertagesstätten u.ä. Damit wird die Hemmschwelle gesenkt und eine wesentlich breitere Zielgruppe angesprochen.

Besondere Problemlagen

31. In besonderer Weise auf Hilfe und Beratung angewiesen sind Familien, in denen Pflegebedürftige betreut werden, in denen Sucht- und Gewaltprobleme zu bewältigen sind oder die von Jugendarbeitslosigkeit oder längerfristiger Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Dafür setzen wir uns ein:

- Ausreichende finanzielle Ausstattung der familienunterstützenden Fachdienste der Kommunen und der freigemeinnützigen Träger, damit sie ihre Arbeit optimal leisten können.

Familien mit Behinderten

32. Besondere Hilfen brauchen Familien, in denen Behinderte leben. Behinderte sind Teil unserer Gesellschaft; sie und ihre Familien haben Anspruch auf Solidarität und Unterstützung.

Wer behinderte Kinder und Jugendliche fördern will, muss auf Integration statt auf Isolation setzen. Der Erfahrungsaustausch zwischen Behinderten und Nichtbehinderten ist eine Bereicherung für unsere Gesellschaft. Integration muss immer an dem Ziel orientiert sein, dem Behinderten die Chance auf optimale Förderung zu sichern. Integrative Kindergärten und Schulen können hierfür einen wichtigen Beitrag leisten. Ein gut ausgebautes Angebot an Sonderkindergärten, Tagesbildungsstätten, sozialpädiatrischen Zentren sowie Sonder- und Förderschulen ist ebenso unverzichtbar.

Die Betreuung von Behinderten und Pflegebedürftigen stellt an die Betreuenden hohe Anforderungen. Die staatliche Gemeinschaft hat die Aufgabe, die Einrichtungen und Hilfen zur Verfügung zu stellen, die die Betreuenden in die Lage versetzen, sich dieser besonderen Verantwortung zu stellen und ihre Aufgaben zu erfüllen.

Dafür setzen wir uns ein:

- Ausweitung familienentlastender Dienste zugunsten von Familien mit Behinderten. Dazu gehört auch die verstärkte Schaffung von Kurzzeitpflegemöglichkeiten, um den Eltern behinderter Kinder die Möglichkeit zu geben, Erholung und neue Kraft für ihre schwere Aufgabe zu finden.

33. Die zahlreichen erschreckenden Fälle von Gewalt in der Familie, von Kindesmisshandlung, Verwahrlosung von Kindern und Kindesmissbrauch zeigen, dass es in Deutschland eher zu wenige als zu viele Angebote und Möglichkeiten der Familiensozialarbeit gibt. Die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen sind mit dem von der CDU geschaffenen Kinder- und Jugendhilfegesetz gegeben. Notwendig sind vor allem eindeutige, auch finanzielle, Prioritätensetzungen in den Haushalten der Länder, Kreise und Kommunen.

Familiensozialarbeit

Dafür setzen wir uns ein:

- Weiterer Ausbau des Netzes der Anlauf- und Beratungsstellen im Rahmen der Familiensozialarbeit. Besonders in sozialen Brennpunkten ist mehr vorbeugende und nachbetreuende Familienhilfe für Eltern, Kinder und Jugendliche erforderlich. Wir befürworten Hilfskonzepte, die an der Familie als Ganzes orientiert sind und darauf abstellen, Kinder wo immer möglich in einer Familie zu belassen.

34. Die Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“ des Deutschen Bundestages rechnet für die nächsten Jahre mit einem weiter steigenden Anteil ausländischer Mitbürger in der Bundesrepublik Deutschland. Heute bereits stammt ein signifikanter Anteil der hier geborenen Kinder aus Familien anderer Nationalitäten.

Ausländische Familien

Ausländische Familien – ähnliches gilt für die Familien von Aussiedlern – und die in ihnen aufwachsenden Kinder haben eine Fülle besonderer Probleme zu bewältigen, die vor allem in der Bewältigung kultureller Umbrüche wurzeln. Es gilt, Rahmenbedingungen für eine verbesserte Integration von Ausländern in Deutschland zu schaffen.

Dafür setzen wir uns ein:

- Umfassende Umsetzung des von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verabschiedeten Programms „Integration und Toleranz“ gerade auch im Hinblick auf die Förderung ausländischer Familien mit Kindern.

Familienfreundliche Gesellschaft

*Lebensbedingungen
von Familien
verbessern*

35. Familienpolitik ist Querschnittsaufgabe. Fast alle Politikfelder sind in der Lage und in der Pflicht, zu guten Rahmenbedingungen für Familien beizutragen. Deshalb muss jedes neue politische Projekt in seinen Auswirkungen auf Familien gründlich geprüft werden.

Dafür setzen wir uns ein:

*Familien finanziell
entlasten*

- Einführung einer Kinderkomponente in den kommunalen Tarifen für die Ver- und Entsorgung.
- Einführung einer familienfreundlichen Preisdifferenzierung durch die Deutsche Bahn AG und alle anderen Verkehrsträger.
- Flächendeckende Einführung eines „Familienpasses“, der eine kostengünstige Nutzung öffentlicher Einrichtungen ermöglicht.
- Einführung von familien- und kinderfreundlichen Leitlinien als Maßstab für politisches Handeln in den Kommunen.
- Einführung von Familienverträglichkeitsprüfungen bei neuen Projekten und Verwaltungsentscheidungen.

*Familiengerechter
Wohnungsbau*

36. Familiengerechte und zugleich preiswerte Wohnungen zu finden, ist insbesondere für junge, kinderreiche und einkommensschwache Familien schwierig. Trotz aller Appelle sind Kinder als Hausbewohner oft unerwünscht. Wohnungssuchende Familien haben die schlechtesten Chancen im Wettbewerb um angemessenen Wohnraum.

Dafür setzen wir uns ein:

- Förderung des Baus von großen, familiengerechten Wohnungen im Rahmen des Sozialen Wohnungsbaus. Angesichts der Vielfalt der familiären Lebensstile ist es heute notwendig, unterschiedliche Wohnungstypen für Kleinfamilien, Mehrkinderfamilien und Alleinerziehende anzubieten. In den Bauplanungen muss auch berücksichtigt werden, dass zunehmend Familien die Aufgabe übernehmen, Angehörige zu pflegen.

- Schnellere und umfangreichere Ausweisung von Flächen für kosten- und flächensparendes Bauen, insbesondere für familiengerechte Einfamilienhäuser.
- Berücksichtigung der Bedürfnisse vor allem von Familien, von Kindern und von Senioren bei der Planung von Neubaugebieten und der Sanierung bestehender Wohnviertel. Dazu gehören ausreichende Möglichkeiten zum Spielen und Toben, zur Kommunikation einladende Ruhezeiten, schnell erreichbare Einkaufsmöglichkeiten für Gegenstände des täglichen Bedarfs, kurze Wege zu Kinderbetreuungseinrichtungen und eine gute Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr. Dem Mehrgenerationenwohnen im nachbarschaftlichen Bereich soll besser Rechnung getragen werden. Angesichts kleiner werdender Familien gewinnen Nachbarschaft und Wohnviertel auch als sozialer Erfahrungsraum für Kinder und Jugendliche sowie als Begegnungsmöglichkeit für Erwachsene an Bedeutung.

*Familiengerechtes
Wohnumfeld*

Durch die Einbindung älterer Menschen in nachbarschaftliche Strukturen kann nicht nur altersbedingter Einsamkeit und Isolation wirkungsvoll begegnet werden, sondern auch die Erfahrung der älteren Menschen in die gesellschaftliche Entwicklung einbezogen werden.

- Zukunftsorientierte Ausgestaltung kommunaler Jugendpolitik mit dem Ziel, Jugendliche zur Selbstbestimmung zu befähigen, sie zur gesellschaftlichen Mitverantwortung anzuregen und zum sozialen Engagement in allen gesellschaftlichen Bereichen hinzuführen. Dieses kann insbesondere auch durch die Förderung der in der Jugendarbeit engagierten Verbände und Vereine sowie durch die Einrichtung von Jugendzentren in freier oder kommunaler Trägerschaft sichergestellt werden. Kommunale Jugendarbeit darf allerdings nicht in Konkurrenz zur verbandlichen Jugendarbeit treten.

Jugendarbeit

Lust auf Familie – Lust auf Verantwortung

37. Familienpolitik muss Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Menschen Familien gründen und die sich ihnen in der Familie stellenden Aufgaben weitgehend entlastet wahrnehmen können. Im Verhältnis zu Kinderlosen müssen ihnen gleiche Lebenschancen eingeräumt werden.

Familie hat Zukunft

Familie hat Zukunft, wenn die Entscheidung für Kinder und die Übernahme von Elternverantwortung von den gesellschaftli-

chen Bedingungen her die gleiche Chance erhält wie andere Möglichkeiten der Lebensgestaltung.

Eine familienfreundliche Gesellschaft zu schaffen ist nicht allein Aufgabe der Politik; es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir rufen alle gesellschaftlichen Kräfte auf, hier einen Beitrag zur Zukunft unseres Landes zu leisten und daran mitzuwirken, dass möglichst viele Menschen ihre Lust auf Familie und ihre Lust auf Verantwortung Wirklichkeit werden lassen können. Jeder kann einen Beitrag leisten für eine menschliche Gesellschaft, die Kindern optimale Chancen für eine gute Zukunft bietet.

Namensverzeichnis

Arentz 47, 52

Blüm 23

Böhmer 45, 61

Brauksiepe 56

Diepgen 5, 7, 20 ff

Doss 60

Eppelmann 40

Falk 54

Geisler 41, 62

Glowka 55

Laumann 63

Lehmann-Brauns 22

Merkel 25, 57

Müller 7 ff, 47 ff, 61

Nolte 33

Rathjen 55

Rauen 46

Rönsch 56

Rühe 20

Rüttgers 35

Schäuble 5, 12, 66

Schauerte 49

Schavan 50 ff

Störr-Ritter 52

Süssmuth 43, 63

Weiß 59

Wulff 64

